



Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

1 | 2020



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

Ansprache im Rahmen der Gedenkveranstaltung des Landes Sachsen-Anhalt anlässlich des Gedenktages der Bundesrepublik Deutschland an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2020 im Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg	1
Moshe Zimmermann	
Ansprache der Kulturstaatsministerin beim Festakt zum 30jährigen Jubiläum der Friedlichen Revolution am 9. November 2019 in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn	12
Monika Grütters	
Grünes Band Sachsen-Anhalt – Vom Todesstreifen zur Lebenslinie. Entwicklungsschritte und erinnerungskulturelle Perspektiven	16
Kai Langer	
Antisemitismus in der DDR. Das Feindbild Israel	29
Wolfgang Benz	
Das Verfahren gegen den Magdeburger Arzt Dr. Kurt Heißmeyer wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit	42
Iris Groschek	
Rosa Manus (Amsterdam 1881 – Bernburg 1942): Leben und Tod einer niederländischen Feministin	52
Myriam Everard (Übersetzung: Doris Hermanns)	
Verhaftet im Oktober '89 – Gedenktafel in Halle (Saale) eingeweiht	62
Anne Kupke-Neidhardt	
„Aufbruch 1989 – 30 Jahre Friedliche Revolution in Magdeburg“ – Ein Rückblick auf das Veranstaltungsprogramm zum Jubiläum	69
Daniel Bohse	

Aus der Arbeit der Stiftung

1945 | 2020

Das Kriegsende in und um Prettin: Ein Rückblick nach 75 Jahren

Lisa Lindenau

80

**Veranstaltungen am 27. Januar 2020 in den Gedenkstätten für Opfer
des Nationalsozialismus**

Gesine Daifi / Melanie Engler / Andreas Froese / Judith Gebauer /

Michael Viebig

91

**Das 25. Halle-Forum vom 16. bis zum 18. Oktober 2019:
30 Jahre Mauerfall: Grenzregime – Flucht – Erinnerung**

André Gursky

103

**Stellungnahme der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt
zum Terrorakt in Halle (Saale) am 9. Oktober 2019**

107

**Festveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der Gedenkstätte
am Ort des ehemaligen Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge**

Nicolas Bertrand

109

**Entwendete Erinnerung. Zum Diebstahl einer Widmungstafel
für die Ermordeten des Massakers von Gardelegen**

Andreas Froese

113



Prof. Dr. Moshe Zimmermann während seiner Gedenkrede im Landtag von Sachsen-Anhalt

Ansprache im Rahmen der Gedenkveranstaltung des Landes Sachsen-Anhalt anlässlich des Gedenktages der Bundesrepublik Deutschland an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2020 im Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg

Moshe Zimmermann

Frau Landtagspräsidentin Brakebusch,
Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff,
Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt,
Mitglieder der Landesregierung,
Vertreter der jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt,

ich stehe vor Ihnen nicht als israelischer Jude mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern als Historiker, der mit Ihnen einige Gedanken austauschen möchte, die sich aus seiner Forschungstätigkeit ergeben.

Die bekannte Parole lautet: „Nie wieder!“.

Aber: Nie wieder was? Nie wieder Auschwitz? Zu banal, zu selbstverständlich. So selbstverständlich, dass sich die Diskussion darüber erübrigt. Menschen, die auf eine Wiederholung von Auschwitz –für wen auch immer – hoffen oder Auschwitz von gestern leugnen, befinden sich jenseits von Gut und Böse, sind somit nicht „satisfaktionsfähig“. Am 27. Januar, am Tag der Befreiung der Überlebenden von Auschwitz 1945, soll sich deshalb der Blick auf den gewundenen **Weg** (the twisted road) nach Auschwitz richten, und zwar nicht aus der Auschwitz-Retrospektive, sondern aus der herausfordernden Perspektive des „Wehret den Anfängen!“. Denn auch wenn der Weg zu einem anderen Ende geführt hätte, wäre die Mahnung „Nie wieder!“ seit dem ersten Schritt am Platze. Man denke nur zum Beispiel an das Attentat vom 9. November 1939, von Georg Elser verübt. Wäre ein erfolgreicher Versuch, Hitler vor Beginn des Massenmordes zu töten, Grund genug, um einer Auseinandersetzung mit dem Schicksal der Juden oder mit anderen Aspekten der NS-Gewaltherrschaft bis dato auszuweichen? Die Antwort ist klar: Es geht um den **Weg**, und bereits die ersten Abschnitte dieses Weges, nach 1933 und auch vor 1933, gehören der Gattung „Nie wieder!“.

Der Weg hätte nicht in Auschwitz enden müssen, aber jeder neue Schritt, jede neue Phase, an und für sich bereits das absolute „No-Go“, barg in sich das Potenzial, auch zur Vorstufe der nächsten Radikalisierung zu werden. Von dem Moment an, wo eine Menschengruppe als „Problem“ oder „Frage“ konstruiert wird in einer Gesellschaft, die mit „Problemen“ und „Fragen“ nicht leben kann, sondern unbedingt und systematisch Lösungen sucht, ist der Weg für „Lösungen“ jenseits des „Nahziels“, also auch eine „Endlösung“, offen. „Wer A sagt, muss auch B sagen“, ist ein bekannter Spruch. Wer nicht, wie Bertold Brecht, diese Logik durchbricht – „Wer A sagt, der muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war.“ – der kann am Ende bei Z landen, in unserem Fall bei Auschwitz, vor allem weil der Prozess meist schleichend verläuft und das Gefälle nicht steil, deswegen nicht klar sichtbar ist. Um das zu verhindern, soll am besten bereits A vermieden werden. „Wehret den Anfängen.“

Konzentrieren werde ich mich im Folgenden auf das Schicksal der **deutschen** Juden, der Juden, die Deutsche waren, die die längste Erfahrung mit dem Nationalsozialismus hatten, und bereits vor dem Krieg unter der Nazi-Herrschaft gelitten haben, wohlwissend, dass die deutschen Juden, die Juden des sogenannten Altreichs, zur Zeit der Machtübernahme durch Hitler nicht mehr als ein Prozent der deutschen Bevölkerung



Gedenkstunde am 27. Januar 2020 im Plenarsaal des Landtages von Sachsen-Anhalt

und vier Prozent der europäischen Juden waren, und dass die Mehrheit der von den Deutschen und ihren Verbündeten ermordeten Juden keine deutsche Juden waren.

1.

Der erste Schritt, die erste Station, auf diesem Weg, auf diesem Gefälle, hat indirekt auch mit Magdeburg zu tun: In der Johanniskirche in Magdeburg wurde genau vor 200 Jahren, am 5. Dezember 1819, Wilhelm Marr getauft. 60 Jahre später, im Jahr 1879, erfand Wilhelm Marr den Begriff Antisemitismus, gründete die Antisemitenliga und wurde zum „Patriarch des Antisemitismus“. Er hat nicht die Judenfeindschaft erfunden – die gab es seit der biblischen Zeit. Er gab jedoch der alten, eher religiös begründeten Feindschaft nicht nur einen neuen Namen, sondern eine moderne Form: Für ihn und für die zum Antisemitismus hinzugezogenen Menschen ging es nicht (oder nicht primär) um Juden vs. Christen, sondern um Juden vs. Germanen, um die „Rasse“, nicht um die Religion.

Die Errungenschaft der sich säkularisierenden Gesellschaft seit dem 18. Jahrhundert, zwischen Staat und Kirche trennen zu können und somit den Weg für die Emanzipation

und Integration der Juden geebnet zu haben, sollte nach dem Wunsch der Antisemiten zunichte gemacht werden. Darum ging es: Von nun an sollte die Emanzipation der Juden rückgängig gemacht werden, die Diskriminierung dieser Gruppe, die bereits als Teil der deutschen Nation und des deutschen Volkes galt, vorgenommen und gerechtfertigt werden. Hier wurde die Zugehörigkeit zum Staat und zur Nation – und das galt nicht nur für Deutschland – nicht auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Staatsbürgers oder seiner Verfassungstreue bestimmt, sondern auf der Grundlage seiner ethnischen Herkunft. Zum Maßstab für Inklusion und Exklusion wurde das Konstrukt der Rasse. Die Mahnung „Nie wieder!“ und „Wehret den Anfängen!“ gilt bereits dieser Einstellung.

2.

Solange der Antisemitismus latent oder nicht aggressiv bleibt, scheint er, wie andere Vorurteile, ungefährlich zu sein. Doch der Schein trügt. Gesellschaften, die mit Problemen konfrontiert sind, tendieren dazu, solche latenten Vorurteile zwecks Lösung der Probleme zu aktivieren: Vor 150 Jahren sah sich die industrialisierte, modernisierte Gesellschaft mit der „sozialen Frage“ konfrontiert. Wer die soziale Frage nicht im Sinne des Sozialismus oder des Liberalismus wahrnehmen wollte, konnte aufgrund der Gleichsetzung der sozialen Frage mit der „Judenfrage“ Lösungsvorschläge anbieten. Die sich seit 1879 antisemitisch nennende, jüdenfeindliche Ideologie tat eben das. Es war ein Universitätsprofessor, nicht ein ungebildeter Spießbürger, der dann die folgende Parole losposaunte: „Die Juden sind unser Unglück“. Politische Parteien griffen diese Parole auf, um ihr Vorurteil in Politik umsetzen zu können.

Das war die zweite Station.

Doch bis zur Umsetzung des Antisemitismus in die Politik in Deutschland verlief der Weg nicht kurvenarm. Vor dem Ersten Weltkrieg erreichten in Deutschland die Parteien, die den Antisemitismus zum Programm gemacht hatten, nie mehr als vier Prozent. Sie hätten die Fünf-Prozent-Hürde, die es in der Bundesrepublik gibt, nicht geschafft. Doch das Debakel der antisemitischen Parteien, wie es ein amerikanischer Historiker genannt hat, bedeutete nicht, dass die Gefahr gebannt war.

Der Historiker George Mosse hat die Paradoxie des Weges so auf den Punkt gebracht: „Hätte man 1913 die Leute gefragt: Können Sie sich vorstellen, dass es innerhalb einer Generation zur Ermordung der europäischen Juden kommt?“ Da wäre – so Mosse – die Antwort wahrscheinlich: „Ja, das ist vorstellbar, da man nie weiß, was die Franzosen

vorhaben.“ Im Nachhinein wissen wir, die sogenannte Endlösung beruhte nicht auf einer französischen, sondern auf einer deutschen Initiative. Wir wissen andererseits auch, weshalb man sich eine radikale antisemitische Politik, die von Frankreich ausgehen wird, seinerzeit vorstellen konnte – die Dreyfus-Affäre¹, die bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg die Gemüter bewegte, zeigte, wie man ein Vorurteil in Politik verwandeln kann.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg schien die Politik in Deutschland, oder besser die Weimarer Verfassung, eher die Integration der Juden und ihre Gleichberechtigung zu fördern. Schaut man im Vergleich zu Deutschland auf den Antisemitismus in anderen Ländern, in Polen, Rumänien, Ungarn, auch in Frankreich und den USA, so schien eine aus Deutschland ausgehende Katastrophe weniger wahrscheinlich. Die Warnung „Nie wieder!“ gilt in der Retrospektive vor wie nach dem Ersten Weltkrieg, also weltweit, denn das Potenzial der Radikalisierung lag nicht nur exklusiv in einer Gesellschaft.

Um das, was es sich zu wehren galt und gilt, zu illustrieren, kann uns Magdeburg ein gutes Beispiel geben. Es geht um die Affäre, die Dank des nach dem Zweiten Weltkrieg gedrehten Films *Affaire Blum*² bekannt wurde: Nur aufgrund eines **antisemitischen** Vorurteils – denn Beweise gab es nicht – haben im Jahr 1926 Polizei und Justiz einen Juden namens Rudolf Haas des Mordes an seinem Buchhalter beschuldigt und lange inhaftiert. Juden können ihre Steuerbetrügereien auch bis hin zum Mord treiben, dachten die Entscheidungsträger. Am Ende kam die Wahrheit an das Tageslicht, und trotzdem erübrigt sich die Mahnung „Nie wieder!“ bereits für diese Phase in der Entwicklung des Antisemitismus keineswegs. Wenn Justiz und Polizei blind auf einem Auge sind, befindet man sich eben auf dem Weg, den man nicht beschreiten darf.

3.

Wir wissen selbstverständlich Bescheid, dass der Weg nach Auschwitz von Deutschland aus ging. Wohlgermerkt: Die Anfänge, die nicht abgewehrt waren, die gab es auch anderswo. Doch die Erklärung für die unterschiedliche Fortentwicklung leiten Historiker vom spezifischen Zusammenhang des politischen und sozialen Geschehens ab. Es war eine Krise, die sogenannte Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, der Erste Weltkrieg, die den nächsten Schritt vorbereitet hatte. Der englisch-jüdische Historiker Sir Lewis Namier meinte dazu: „Hätte Deutschland den Weltkrieg gewonnen und Frankreich ihn verloren, hätten wir nicht den Namen Hitler kennengelernt, sondern Paul Déroulède oder Charles Maurras.“ Um den nächsten Schritt machen zu können, war eine neue

Anregung, besser – ein neuer Vorwand notwendig. Der psychologische Effekt der Niederlage, die verlorene militärische Ehre, war nach dem totalen Krieg 1914 bis 1918 besonders groß und die Suche nach dem Sündenbock unvermeidbar. Wie oft suchte man nach dem „inneren Feind“, nach dem „trojanischen Pferd“ als Sündenbock – und da bot sich „der Jude“, der „Sozi“, am besten der „jüdische Sozi“ oder „Bolschewik“ optimal an.

Es war keine präzedenzlose Situation: Ein Schock, eine Katastrophe, ruft eine besonders starke Reaktion hervor und setzt latente Kräfte wuchtig frei. Und auch das ist nicht präzedenzlos oder einmalig: In dieser Situation suchen Revisionisten oder Populisten in der Regel nach einem Ersatz für komplexe, oft unbequeme Erklärungen und Kausal-Zusammenhänge – also eine vereinfachende, oberflächlich einleuchtende Erklärung aus einem vertrauten Arsenal der Vorurteile. So ging es auch in der deutschen Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg und in der darauffolgenden Ära der Wirtschaftskrisen und der Not. Ängste wurden geschürt, und die verängstigte Gesellschaft wurde noch empfänglicher für die kurzschlüssigen Lösungsvorschläge. Das Besondere, das jetzt hinzukam, war die Tatsache, dass eine Partei, die diesen Kurzschluss zur Ideologie machte, an die Macht kommen konnte, weil die Mehrheit dieser Denkweise zugestimmt hatte oder sie mindestens nicht für abwegig hielt.

Spätestens hier wäre die Zeit, „Nie wieder!“ zu rufen.

4.

Mit einer rassistischen und antisemitischen Partei als Regierungspartei war der Weg offen für den nächsten Schritt: eine gezielte Politik der Entrechtung der zum Sündenbock auserwählten Gruppe von Menschen, von Staatsbürgern. Wer aber die Geschichte der Entrechtung verfolgt, erkennt dabei zwei Hauptmerkmale:

1. Der Druck kommt nicht unbedingt „von oben“, von der Regierung, vom Gesetz, sondern es ist meist umgekehrt: Das Gesetz passt sich taktisch an den Druck von unten an. Hitler hatte ein Gespür dafür, was außenpolitisch und vor allem innenpolitisch machbar ist.
2. Die Maßnahmen der Entrechtung wurden stets als Gegenmaßnahmen dargestellt und gerechtfertigt – die „Provokation“ geht immer vom Opfer aus.

Um den ersten Punkt zu veranschaulichen, ein Beispiel aus dem Bereich des Sports: Noch bevor es zu einer von „oben“ verlangten Regelung gegenüber jüdischen Sport-

lern kam, ergriffen die nicht-jüdischen Mitglieder der Vereine die Initiative und verlangten die „Arisierung“ der Vereine, also den Ausschluss der Juden aus den Vereinen. Dass es nicht um eine Bagatelle ging, zeigt die Reaktion der deutschen Tennismeisterin Nelly Neppach: Sie nahm sich das Leben, als sie aus ihrem Verein ausgeschlossen wurde.

Um den zweiten Punkt zu illustrieren, vier markante Beispiele:

- Der „Juden-Boykott“ am 1. April 1933 war von der neuen NS-Regierung als Vergeltung für die angeblich von Juden im Ausland verbreitete „Gräuelpopaganda“ dargestellt worden.
- Die Nürnberger Gesetze von 1935 wurden unter anderem als Reaktion auf eine Provokation (das Herunterreißen der Hakenkreuzflagge vom Dampfer „Bremen“ im New Yorker Hafen) dargestellt. Eines der Nürnberger Gesetze verbot Juden in Deutschland nämlich als Vergeltung, die deutsche Flagge zu hissen.
- Und die Pogromnacht am 9. November 1938. Auch die wurde als Reaktion, als Vergeltung dargestellt: „Die“ Juden haben nämlich einen deutschen Diplomaten ermordet. Ergo folgte der Ausbruch des „Volkszorns“.

Ein entscheidender Meilenstein fand drei Tage nach dem Pogrom statt: ein Treffen, an dem Minister, hohe Beamte und Vertreter der Polizei teilgenommen haben³, ein Treffen, das zu wenig Beachtung fand, auch in der „Vergangenheitsbewältigungsarbeit“. Es geht mir hier um die Dynamik der Ausgrenzung, um den Weg, und es geht auch um die Sprache der Täter. Auch wenn die während der Sitzung besprochenen „Lösungsvorschläge“ noch nicht die radikalsten waren, war die Sprache bereits so verroht, brutal, vulgär, dass die extremen „Lösungen“ ohne Schwierigkeit bei geeigneter Gelegenheit – darauf komme ich später zu sprechen – folgen konnten.

An der Sitzung unter dem Vorsitz von Hermann Göring nahmen sieben Reichsminister teil (anders als bei der berühmten Wannsee-Konferenz⁴ drei Jahre später, wo die erste Riege nicht präsent war) und debattierten die „Lösung der Judenfrage“ auf eine Art, die man eher am Kneipenstammtisch erwartet. Und hier gab es, anders als für die Wannsee-Konferenz, ein stenographisches Protokoll.⁵ Aus dem Protokoll möchte ich einige Sätze zitieren:

Als das Thema „Juden im Bahnverkehr“ besprochen wurde, erlaubte sich Hermann Göring die folgende Bemerkung: „[...] *ich würde den Juden [im Zug] einen Wagen oder ein Abteil geben. Und wenn es wirklich jemals so wäre, [...] daß der Zug sonst überfüllt*

ist, glauben Sie: das machen wir so, da brauche ich kein Gesetz. Da wird er herausgeschmissen, und wenn er allein auf dem Lokus sitzt während der ganzen Fahrt.“⁴⁶

Und beim Thema „Juden in der Schule“ meinte Joseph Goebbels: *„Ich halte es für ausgeschlossen, daß mein Junge neben einem Juden im deutschen Gymnasium sitzt und deutschen Geschichtsunterricht erteilt bekommt. Ich halte es für notwendig, daß die Juden absolut aus den deutschen Schulen entfernt werden [...]“⁴⁷*

Als die Idee der Ghettoisierung der Juden in Deutschland aufkam, sagte Reinhard Heydrich: *„Die Kontrolle des Juden durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung ist besser, als wenn Sie die Juden zu Tausenden und aber Tausenden in einem Stadtteil haben, wo ich durch uniformierte Beamte eine Überwachung des täglichen Lebenslaufes nicht herbeiführen kann. [...] würde ich weiter vorschlagen, daß man [...] Führerscheine den Juden entzieht, daß der Jude nicht Eigentümer von Kraftwagen sein darf, daß er aber auch nicht fahren darf, weil er damit deutsches Leben gefährden kann [...]“⁴⁸.*

Besonders grob äußerte sich der Finanzminister Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, einer, der erst seit einem Jahr Parteigenosse war: *„[...] wir müssen alles versuchen im Wege eines zusätzlichen Exportes, die Juden herauszubringen ins Ausland. [...] Infolgedessen muß das Ziel sein, [...] heraus, was herausgebracht werden kann.“⁴⁹*
Herausbringen!

Dazu Göring: *„Er [Hitler] will auch den anderen Staaten sagen: ‚Was redet ihr immer von den Juden? – Nehmt sie!‘“¹⁰*

Und hier befindet sich auch der Zusammenhang zwischen Krieg und Radikalisierung, Krieg und „Lösung“:

Göring: *„Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in aller erster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen.“¹¹*

Etwa zwei Monate später, am 25. Januar 1939, schreibt der „Judenreferent“ des Auswärtigen Amtes, Emil Schumburg, in einem Rundschreiben: *„Auch für Deutschland wird die Judenfrage nicht ihre Erledigung gefunden haben, wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen hat.“¹²*

Hitler fasste einige Tage später, am 30. Januar 1939, zusammen: *„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisie-*

rung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“¹³

Der Spruch „à la guerre comme à la guerre“ birgt in sich die Überwindung jeder Hemmschwelle bei der Implementierung von Lösungen der Probleme, die man konstruiert hat, was mich zum vierten Beispiel für die Taktik der „Judenpolitik“ bringt, wo die Maßnahmen gegen Juden als Vergeltung dargestellt sind:

- die Einführung des „Judensterns“ und die Entscheidung, die Juden aus Deutschland zu deportieren: Die Broschüre einer jüdischen Randfigur in den USA mit dem Titel „Germany must perish“¹⁴ galt für die NS-Propaganda als eine Provokation, die diese Vergeltungsmaßnahme rechtfertigte.

Weil schleichend, schien die über Jahre dauernde „kumulative Radikalisierung“ (um mit Hans Mommsen¹⁵ zu sprechen) nicht dramatisch zu sein. Wenn der Prozess nur schleichend vorankommt, passt man nicht rechtzeitig auf.

5.

Die Frage, die man sich immer wieder stellen muss: Haben wir aus dieser Erfahrung die richtigen Lehren gezogen?

Für die Deutschen sprechend, antwortete Bundespräsident Steinmeier in Jerusalem letzte Woche so: „[Ich] wünschte, sagen zu können: Unser Erinnern hat uns gegen das Böse immun gemacht“, aber nein, sagte er, „die bösen Geister zeigen sich heute in neuem Gewand. Mehr noch: Sie präsentieren ihr antisemitisches, ihr völkisches, ihr autoritäres Denken als Antwort für die Zukunft, als neue Lösung für die Probleme unserer Zeit.“¹⁶

Gerne würde er feststellen, dass alle Deutschen aus der Geschichte gelernt hätten. (Once and for all.) „Aber das kann ich nicht sagen [...]“¹⁷, so der Bundespräsident.

Wird hier aber nur die deutsche Geschichte und Gegenwart erzählt, die nur für die Deutschen relevant ist? Als Historiker und als Beobachter muss man feststellen, dass alle Welt Adressat der Auseinandersetzung mit dieser Geschichte ist, denn es geht um das ubiquitäre menschliche Verhalten und um die Universalgeschichte.

Die Schlussfolgerung „Nie wieder!“ gilt auch für Israelis, und nicht nur aus der Opfer-Perspektive.

Die **Dynamik**, die ich kurz skizziert habe, kann sich wiederholen. Deswegen gedenken wir dem 27. Januar im erweiterten historischen Kontext, und so bleibt die Warnung „Nie

wieder!“ stets zeitgemäß. Als Garantie für das „Wehren der Anfänge“ von Katastrophen, oder bereits um nicht auf den falschen Weg der Katastrophe zu geraten, bleiben uns das kritische Denken, die Überzeugung von der Unantastbarkeit der Würde, der Freiheit und der Gleichheit des Menschen, und die feste Verankerung dieser Überzeugung in der gesellschaftlichen Ordnung.

Anmerkungen

- 1 Die Dreyfus-Affäre war ein Justizskandal, der Ende des 19. Jahrhunderts zu einer tiefen Spaltung der französischen Politik und Gesellschaft führte. 1894 wurde der jüdische Artillerie-Hauptmann Alfred Dreyfus (1859 – 1935) durch ein Kriegsgericht in Paris wegen angeblichen Landesverrats zugunsten des Deutschen Kaiserreichs verurteilt, allerdings basierte das Urteil auf rechtswidrigen Beweisen und zweifelhaften Handschriftengutachten.
- 2 *Affaire Blum* ist ein DEFA-Spielfilm von Erich Engel aus dem Jahr 1948.
- 3 Am 12. November 1938 fand im damaligen Reichsluftfahrtministerium in Berlin auf Einladung Hermann Görings eine Besprechung über die künftige Judenpolitik des NS-Regimes statt, an der 100 Personen teilnahmen. Vgl. dazu Wagner, Patrick: Radikalisierung durch Systematisierung. Die Besprechung vom 12. November 1938 im Kontext der antisemitischen Politik des NS-Regimes, online unter https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Ministerium/Veranstaltungen/2013-11-12-Kurzfassung-Wagner.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [Stand vom 12.03.2020].
- 4 Zur Wannsee-Konferenz: Klein, Peter: Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942, online unter https://www.ghwk.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Konferenz/klein_wannsee-konferenz.pdf [Stand vom 12.03.2020].
- 5 Vgl. dazu Stenographische Niederschrift (Teilübertragung) der interministeriellen Konferenz im Reichsluftfahrtministerium (12. November 1938), online unter <https://ghdi.ghi-dc.org/pdf/deu/German34.pdf> [Stand vom 12.03.2020].
- 6 Ebenda, S. 8.
- 7 Ebenda, S. 9.
- 8 Ebenda, S. 25ff.
- 9 Ebenda, S. 28 f.
- 10 Ebenda, S. 29.
- 11 Ebenda.

- 12 Rundschreiben des AA (83-26 19/1), i.A. gez. Leg.Rat Schumburg, an alle diplomatischen und berufs-konsularischen Vertretungen im Ausland vom 25.01.1939, zit nach Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933- 1945, Band 2: Deutsches Reich 1938 - August 1939, bearbeitet von Susanne Heim, München 2009, S.660.
- 13 Rede Adolf Hitlers vor dem Großdeutschen Reichstag, IV. Wahlperiode, 1. Sitzung vom 30.01.1939, zit. nach Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933- 1945, Band 2: Deutsches Reich 1938 - August 1939, bearbeitet von Susanne Heim, München 2009, S. 678.
- 14 Vgl. Kaufman, Theodore N.: Germany must perish, Newark, New Jersey, 1941.
- 15 Hans Mommsen (1930-2015) gilt als einer der bedeutendsten deutschen Zeithistoriker nach dem Zweiten Weltkrieg.
- 16 Rede von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier beim 5. World Holocaust Forum in Yad Vashem am 23. Januar 2020 in Jerusalem, online unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundespraesident-dr-frank-walter-steinmeier-1716302> [Stand vom 12.03.2020].
- 17 Ebenda.

Ansprache der Kulturstaatsministerin beim Festakt zum 30jährigen Jubiläum der Friedlichen Revolution am 9. November 2019 in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Monika Grütters

Kürzlich fand ich im Stapel meiner Post einen schmalen Gedichtband mit dem Titel „Marienborn“¹, darin kurze Gedichte, überschrieben mit „Quer durchs Land“ oder „Transit“ oder „Hüben und Drüben“ – Eindrücke aus dem innerdeutschen Grenzgebiet, die mich überrascht haben: Es sind zarte, teils überraschend heitere Bilder aus der DDR, wie sie in Deutschland bis 1989 wohl nur Westdeutschen vergönnt waren. Der Autor, Georg Oswald Cott aus Niedersachsen, 88 Jahre alt, hatte mir das Büchlein zugeschickt, versehen mit dem Hinweis, es handle sich bei dieser Sammlung um eine – ich zitiere – „poetische Geschichtsschreibung, die entstand bei meinen Reisen in die DDR“.

„Hüben und drüben“: Dieser scharfe Kontrast, der Deutschland in den Jahren der Teilung prägte, wurde mir beim Blättern in diesem Gedichtband einmal mehr bewusst. Hier die Perspektive des Reisenden, der Grenzen passieren kann und dem die Welt hinter dem Horizont offensteht. Dort die Perspektive der Eingesperrten, wie wir sie an authentischen Gedenkortorten wie Marienborn noch erahnen können: Zäune und Wachtürme, Schussapparate, Minen und Soldaten mit schussbereiten Waffen markierten im innerdeutschen Grenzgebiet für die meisten Bürgerinnen und Bürger der DDR das Ende ihrer Welt. Hier endete der Traum von der Freiheit – und manche, die sich diesen Traum nicht nehmen ließen, die sich nicht einschüchtern und abschrecken ließen, bezahlten dafür hier sogar mit dem Leben.

„Hüben und Drüben“: Wer heute durch Deutschland fährt, findet kaum noch sichtbare Spuren dieses Kontrasts. Die Narben entlang der einstigen innerdeutschen Grenze, Folge der jahrzehntelangen Spaltung Deutschlands und Europas, sind verblasst. Dank enormer Aufbauleistungen der vergangenen drei Jahrzehnte erstrahlen lange marode, malerische Städte mit ihrem reichen Kulturerbe in neuem Glanz. Es sind insbesondere die Zeitzeugnisse des menschenverachtenden DDR-Grenzregimes, die uns das Wunder der Friedlichen Revolution vor 30 Jahren vor Augen führen: Was für ein Glück, was für ein Geschenk – vor allem aber: Was für ein Triumph der Demokratiebewegung über den totalitären Machtanspruch der SED-Diktatur!



Staatsministerin Prof. Monika Grütters, Bundesbeauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, während ihrer Ansprache am 9. November 2019 in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Was für ein Triumph der Freiheit über Unfreiheit und Unterdrückung! Was für ein Triumph des Rechtsstaats über das kommunistische Unrechtsregime! Was für ein Triumph jener Werte, für die Menschen hier an der innerdeutschen Grenze ihr Leben riskierten und vielfach verloren – jener Werte, für die Hunderttausende DDR-Bürgerinnen und Bürger im Herbst 1989 mutig und selbstbewusst ihre Stimme erhoben, für die Oppositionelle und Bürgerrechtler, Friedensbewegte und Umweltschützer über viele Jahre gekämpft haben und zermürbende Repressionen in Kauf nehmen mussten!

Dass sich nach dem Freudenrausch, der die Ereignisse des 9. November 1989 begleitete, über die Jahre Ernüchterung eingestellt hat, ist aus heutiger Sicht kaum überraschend: Die Anstrengungen der Wiedervereinigung brachten Deutschland nicht nur politisch und ökonomisch an die Grenze des Leistbaren. Sie verlangten Veränderungsbereitschaft weit über das in einem durchschnittlichen Menschenleben übliche Maß hinaus und konfrontierten manche Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands auch mit den Grenzen des persönlich Verkraftbaren. Doch Demokratie ist korrektur- und lernfähig, sie eröffnet Handlungs- und Mitgestaltungsspielraum, und das berechtigt immer zur Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Bitter sind deshalb die Wahlerfolge



Stephan Weil, Ministerpräsident von Niedersachsen, Staatsministerin Prof. Dr. Monika Grütters, Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, und Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch (v.l.n.r.) zur feierlichen Eröffnung des Besucherleitsystems am Eingang der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

populistischer Demokratieverächter, die keine Scheu haben, sich Leitsätze der Friedlichen Revolution von 1989 anzueignen, um Stimmung zu machen gegen demokratische Institutionen und Grundprinzipien, um Mauern der Ab- und Ausgrenzung zu errichten und die Gesellschaft zu spalten in verhärtete Fronten, in „Hüben und Drüben“. So ist die Vergegenwärtigung des Leids und des Unrechts, das mit der Errichtung von Mauern, mit totalitärer Ab- und Ausgrenzung einhergeht, heute wichtiger denn je. Das sind wir auch den Opfern staatlicher Unterdrückung und Gewalt schuldig, nicht zuletzt jenen, die an der innerdeutschen Grenze für Freiheit und Selbstentfaltung ihr Leben ließen. Der Bund fördert deshalb gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, und es freut mich sehr, dass wir heute einen Teil der neuen Dauerausstellung und des innovativen Besucherleit- und Informationssystems eröffnen können (- beides ebenfalls von Bund und Land gemeinsam gefördert). Mit Geld allein ist es aber nicht getan. Es ist vor allem die engagierte Arbeit in den Gedenkstätten, die aus der Vergegenwärtigung des Vergangenen Lektionen für die Zukunft macht. Dafür danke ich Ihnen, liebe Frau Dr. Baumgartl, und Ihrem Team von Herzen. Gerade die Konfrontation mit den erschütternden persönlichen Geschichten

hinter der leidvollen deutsch-deutschen Teilungsgeschichte ist sowohl für ein würdiges Gedenken als auch für die Sensibilisierung für den Wert demokratischer Freiheitsrechte unverzichtbar: Denn mehr als ein Überblick im Geschichtsbuch geht die Konfrontation mit Einzelschicksalen und Zeitzeugnissen unter die Haut.

Zur notwendigen Aufarbeitung der SED-Diktatur gehört aber natürlich auch die umfassende Erforschung der DDR-Geschichte und des SED-Unrechts. Im Bemühen, der Wahrheit auf den Grund zu gehen, darf kein Raum sein für Geschichtsklitterung und Legendenbildung, für unzulässige Vereinfachungen oder politische Deutungsmonopole. Deshalb fördert mein Haus die wissenschaftlich fundierte Aufarbeitung der SED-Diktatur – beispielsweise durch die Stasiunterlagenbehörde, die Stiftung Aufarbeitung, die Stiftung Berliner Mauer und in weiteren Gedenkstätten und Museen. Das teils erschreckende Unwissen über die SED-Diktatur, das Umfragen immer wieder offenbaren, unterstreicht die Bedeutung dieser Arbeit; darum habe ich die einzelnen Fördersummen seit meinem Amtsantritt teilweise massiv erhöht.

Ich bin überzeugt: Das gemeinsame Bemühen um Aufarbeitung stärkt die gesellschaftlichen Widerstandskräfte gegen totalitäre Ideologien. Nicht minder wichtig aber ist das Bewusstsein, welche Veränderungskräfte die Hoffnung auf ein besseres Leben und der Glaube an eine bessere Welt entfalten können. Die Erinnerung an die Friedliche Revolution vor 30 Jahren und an die Menschen, deren Mut, Zuversicht und Weitsicht diesem Triumph den Weg bereitet haben, hilft, Handlungsspielräume zu erkennen und lähmende Lethargie zu überwinden. So trägt auch die Würdigung der wohl glücklichsten Stunden in der jüngeren deutschen Geschichte zur Wertschätzung und damit zur Wehrhaftigkeit unserer Demokratie bei: als gleichermaßen mahnende und motivierende Erinnerung, dass Demokratie kein Geschenk ist, sondern eine Errungenschaft – auch heute, im wiedervereinten Deutschland. Seinen Bürgerinnen und Bürgern – uns allen! – wünsche ich für die Zukunft, was (– wir haben es gerade gehört –) die Musikerinnen und Musiker des Jugendjazzorchesters Sachsen-Anhalt meisterhaft beherrschen: das einander Zuhören und sich Einfühlen, das Lauschen auf andere Stimmen, auf Takt und Tonart, auf laut und leise. So gelingt Verständigung, so verbinden sich „Hüben und Drüben“.

In diesem Sinne: Auf ein Deutschland ohne Mauern, Gräben und Grenzen!

Anmerkung

- 1 Vgl. Cott, Georg Oswald: Marienborn. Westostelbische Gedichte, Hauenberg 2014.



Nationales Naturmonument Sachsen-Anhalt

Vom Todesstreifen zur Lebenslinie

Unter diesem Logo sollen die verschiedenen Aktivitäten am Grünen Band Sachsen-Anhalt künftig gebündelt werden. Der „Todesstreifen“ (grau) wird in der Grafik symbolisch überlagert von der „Lebenslinie“ (im Original grün).

Grünes Band Sachsen-Anhalt – Vom Todesstreifen zur Lebenslinie. Entwicklungsschritte und erinnerungskulturelle Perspektiven

Kai Langer

Am 9. November 2019, auf den Tag genau dreißig Jahre nach der Öffnung der Berliner Mauer sowie der innerdeutschen Grenze, trat das „Gesetz zur Unterschützstellung des Grünen Bandes auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt“ in Kraft.¹ Das nur wenige Tage zuvor durch den Landtag verabschiedete, über 900 Seiten starke Gesetzeswerk erklärt den früheren DDR-Grenzstreifen zur Bundesrepublik zum „Nationalen Naturmonument“.²

Das neue Schutzgebiet mit dem Namen „Grünes Band Sachsen-Anhalt – Vom Todesstreifen zur Lebenslinie“ hat eine Länge von 343 Kilometern und umfasst eine Fläche von 4.754 Hektar. Es wird auf der einen Seite durch die heutige Landesgrenze und auf

der anderen Seite durch den Verlauf des sogenannten Kolonnenweges als erhalten gebliebener Bestandteil der DDR-Grenzanlagen begrenzt. Der historische Kolonnenweg wurde aus witterungsbeständigen Betonlochplatten hergestellt, die größtenteils von Pflanzen durchwachsen und so mit dem Boden verbunden sind. Die Breite des Schutzgebietsstreifens ist unterschiedlich. Historisch bedeutsame Bauzeugnisse und Raumstrukturen, die sich in der Nähe dieses Streifens befinden und im Zusammenhang mit der ehemaligen Grenze stehen, werden in bestimmten Fällen in die Gebietskulisse des Nationalen Naturmonuments einbezogen. Als eine der markantesten „Exklaven“ gehört dazu auch die heutige Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am Standort der einstigen DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn.

*

Bis zur Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989 befand sich auf dem Gebiet des heutigen Nationalen Naturmonuments ein technisch hochgerüstetes System aus Sperrelementen, das Menschen in Ost- und Westdeutschland jahrzehntelang voneinander trennte. Neueren Forschungen zufolge sind allein an diesem Abschnitt 68 Personen zu Tode gekommen.³

Während die hermetisch abgeriegelte Grenze für die Menschen in der DDR ein tödliches Hindernis darstellte, das ihre Lebensweise und Bewegungsfreiheit massiv einschränkte, bot sie für viele Tier- und Pflanzenarten relativ gute Entfaltungsmöglichkeiten. Schon bald nach der Grenzöffnung berieten Naturschützerinnen und Naturschützer aus beiden deutschen Staaten, wie mit diesem Phänomen umzugehen sei. Bereits auf ihrem ersten Treffen am 9. Dezember 1989 im bayerischen Hof verabschiedeten die über 400 Teilnehmenden eine Resolution mit dem Ziel, den „[...] Grenzstreifen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik [...] als ökologisches Rückgrat Mitteleuropas vorrangig zu sichern“⁴.

Nach dem Beitritt der DDR zum Bundesgebiet am 3. Oktober 1990 wurden die funktionslos gewordenen Grenzanlagen systematisch abgebaut. Nur in wenigen Ausnahmefällen blieben wenige zusammenhängende Reste erhalten. Im Fall der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn geschah dies auf Veranlassung des neu gegründeten Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen-Anhalt, im Fall des Grenzabschnitts bei Hötensleben auf Initiative der örtlichen Zivilgesellschaft. Durch gezielte

Flächenankäufe der Naturschutzverbände und die Übertragung von Bundesflächen in Landesbesitz entstand in den vergangenen Jahrzehnten entlang des ehemaligen „Todesstreifens“ ein weitgehend zusammenhängender Biotopverbund: das „Grüne Band Deutschland“.

Inzwischen ist der auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt verlaufende Abschnitt des Grünen Bandes Teil eines rund 12.500 Kilometer langen transnationalen Biotopverbundes geworden, der sich vom Eismeer im Norden bis zur Adria im Süden und weiter zum Schwarzen Meer erstreckt. Dort, wo der Eiserne Vorhang den europäischen Kontinent in zwei sich feindlich gegenüberstehende Welten zerteilte, ist ein fast durchgängiger ökologischer Raum entstanden, der unterschiedliche Klima- und Vegetationszonen verbindet und zugleich vielen gefährdeten Tier- und Pflanzenarten Schutz bietet.⁵ Von den 24 Anrainerstaaten des „European Green Belt“ haben sich 20 durch politische Absichtserklärungen zum Schutz und zur Weiterentwicklung dieses internationalen Schutzraums bekannt. Insofern ist das Grüne Band weit mehr als ein Relikt und Symbol der deutschen Teilung und ihrer Folgen. Als Natur- und Erinnerungsraum ist es auch ein wichtiger Teil des historischen Erbes Europas.

*

Mit der symbolträchtigen Festsetzung des Nationalen Naturmonuments „Grünes Band Sachsen-Anhalt – Vom Todesstreifen zur Lebenslinie“ verwirklichte die Magdeburger „Kenia-Koalition“ aus CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eines ihrer zentralen Vorhaben.⁶ Nach Thüringen⁷ ist Sachsen-Anhalt nunmehr das zweite Bundesland, das ein entsprechendes politisches Bekenntnis erlassen hat.

Ähnlich wie im benachbarten Freistaat verlief das Gesetzgebungsverfahren auch in Sachsen-Anhalt alles andere als reibungslos. Ablehnung war insbesondere aus den Reihen der Landwirte und Waldbesitzenden zu vernehmen, die vor einer „grünen Grenze“ und drohenden Enteignungen warnten.⁸ In Einzelfällen mögen derartige Befürchtungen auch auf konkreten Repressionserfahrungen unter dem SED-Regime („Aktion Ungeziefer“ 1952, „Aktion Festigung“ 1961⁹) beruhen. Wirklich stichhaltige Gründe dafür gibt es aber nicht. So hatte das zuständige Landesministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE) bereits frühzeitig kommuniziert, dass die innerhalb des Grünen Bandes vorhandenen Lücken durch Flächenankäufe geschlossen werden sollen.¹⁰



Ehemaliger Grenzabschnitt im nördlichen Harzvorland mit Kolonnenweg

Abgesehen von der Ablehnung durch bestimmte Interessenverbände trugen unmittelbar betroffene Menschen im ehemaligen Grenzgebiet gut nachvollziehbare Bedenken gegen das geplante Gesetz vor. Als prominenteste Vertreterin dieses Lagers meldete sich die aus dem Grenzort Harpke stammende Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch öffentlich zu Wort. In einem emotionalen Plädoyer wandte sie sich gegen ein „strenges Schutzgebiet“, weil es „alte Traumata wiederaufleben lassen“ könne.¹¹ Da sie mit dieser Meinung in ihrer Partei, der CDU Sachsen-Anhalt, keineswegs allein stand, stellten die Diskussionen um das Grüne Band das regierende Dreierbündnis vor eine unerwartete Zerreißprobe.¹²

Zur Wiederherstellung des Einvernehmens unter den Koalitionspartnern trug nicht zuletzt ein im September 2019 von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff einberufenes Kuratorium bei. Diesem gehörten vier Persönlichkeiten aus Sachsen-Anhalt an, die bereits in der Vergangenheit mit diesem Thema befasst waren: der Präsident des Landesheimatbundes Konrad Breitenborn, der frühere Minister für Landesentwicklung und Verkehr Karl-Heinz Daehre, der ehemalige Landtagsabgeordnete Ulrich-Karl Engel und der einstige Innenminister Manfred Püchel. Auch Dank der Überzeugungsarbeit

dieses ehrenamtlichen Gremiums gelang es, bestehende Meinungsverschiedenheiten zu schlichten und die nachträglichen Bedenken gegen das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben auszuräumen.

Als gemeinsamer politischer Nenner erwies sich der Anspruch, ökologische und erinnerungskulturelle Aspekte des Grünen Bandes *gleichermaßen* berücksichtigen zu wollen. Ganz in diesem Sinne erklärte die für die Vorlage des Gesetzentwurfs zuständige Umweltministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert: „Das Grüne Band ist eine Folge der deutschen Teilung. Es stellt daher zwei Seiten derselben Medaille dar: Am Grünen Band wird die Erinnerung wachgehalten und gleichzeitig ist eine einzigartige Natur erlebbar, ein Paradies der Artenvielfalt. Es ist jetzt unsere Aufgabe, beides zu erhalten, zu sichern und erlebbar zu machen.“¹³

*

Bis zur Einbringung der Beschlussvorlage durch die Vorsitzenden der drei Regierungsfractionen in den Landtag am 13. Juni 2019 und der Verabschiedung des Gesetzes am 28. Oktober durchlief der Gesetzestext eine Reihe von Korrekturen und Ergänzungen. Die Notwendigkeit fortlaufender Überarbeitungen ergab sich insbesondere aus der politisch gewollten, gesetzgebungstechnisch aber schwierigen Verknüpfung naturschutzrelevanter und naturschutzfremder, unter anderem agrarwirtschaftlicher, touristischer und denkmalpflegerischer Belange. Schließlich handelte es sich im Falle des Grüne-Band-Gesetzes um ein Gesetz zur Änderung naturschutzrechtlicher Vorschriften. So erlebte beispielsweise der zur Bezeichnung des Nationalen Naturschutzmonuments vorgesehene Name einige Metamorphosen. Letztlich wurde der Empfehlung des Kuratoriums entsprochen, die ausschließlich ökologisch konnotierte Bezeichnung „Grünes Band Sachsen-Anhalt“ um die erinnerungskulturelle Bedeutung „Vom Todesstreifen zur Lebenslinie“ zu erweitern.

Mehrfach überarbeitet wurden auch die Formulierungen in der Präambel, die den eigentlichen Gesetzestext einleitet. In der Endfassung findet sich auch das offizielle Postulat wieder, „dass Naturschutz und Erinnerungskultur nur gleichrangig gelebt werden können“¹⁴. Der so formulierte Anspruch zieht sich wie ein roter Faden durch die nachfolgenden Paragraphen. So wird im Hinblick auf die Schutzwürdigkeit des ehemaligen Grenzstreifens einerseits auf dessen landeskundliche, wissenschaftliche und

kulturhistorische Bedeutung als „Erinnerungslandschaft“ hingewiesen, „die ein einzigartiges Zeugnis der deutschen Geschichte auch für die zukünftigen Generationen darstellt“, andererseits auf die einmalige Verbindung von „Biotopstrukturen und deren Lebensgemeinschaften zusammen mit den Resten der Grenzanlagen und Einrichtungen der Erinnerungskultur“.¹⁵

Der besondere Stellenwert der Erinnerungskultur wird vor allem durch die Einfügung eines zusätzlichen Paragraphen deutlich, der eigens diesem Thema gewidmet ist und den es in der thüringischen Version des Grüne-Band-Gesetzes so nicht gibt. Den im Grunde nicht klar definierten Begriff „Erinnerungskultur“, der hier als Sammelbezeichnung für „verschiedene Formen der bewussten Auseinandersetzung mit der Geschichte der deutschen Teilung im Grenzgebiet und deren Folgen“ gebraucht wird, galt es, in einem Diskussionsprozess vorab zu präzisieren: Dazu zählen „insbesondere die Vermittlung von Kenntnissen über die Entwicklung der Grenzanlagen sowie des Grenzregimes [der DDR] [...] und der damit in Zusammenhang stehenden schweren Menschenrechtsverletzungen, das Gedenken und Erinnern an die Opfer sowie der Erhalt und die Markierung zeitgeschichtlich relevanter Orte und der materiellen Zeugnisse der innerdeutschen Grenze“¹⁶.

Ausgehend von der begrifflichen Präzisierung, zu der auch die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (StGS) beigetragen hatte, verweist der Erinnerungskultur-Paragraf auf drei Landesinstitutionen, denen unter Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten bestimmte Aufgaben zugewiesen werden. Neben der Gedenkstättenstiftung werden die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur als Akteurinnen genannt. Zu den Aufgaben der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt gehören dabei:

1. „die Erforschung und Dokumentation der Geschichte der Grenzanlagen sowie des Grenzregimes der Deutschen Demokratischen Republik und seiner Folgen,
2. die Erarbeitung und Bereitstellung von Angeboten der historisch-politischen Bildung,
3. die Markierung zeitgeschichtlich relevanter Orte und der materiellen Zeugnisse der innerdeutschen Grenze sowie die Erarbeitung eines entsprechenden Informationssystems und
4. die Beratung und Unterstützung von Einrichtungen, Initiativen sowie Gebietskörperschaften in Fragen der Erinnerungskultur.“¹⁷

Anders als im benachbarten Freistaat, wo die öffentlich-rechtliche Stiftung Naturschutz Thüringen zur alleinigen Trägerin des dortigen Abschnitts des Grünen Bandes erklärt wurde, beschritt Sachsen-Anhalt konsequent einen anderen Weg. Zur Regelung der Trägerschaft führt das am 28. Oktober 2019 beschlossene Gesetz folgendes aus:

„Träger des Nationalen Naturmonuments sind:

1. für Belange des Naturschutzes das für Naturschutz und Landschaftspflege zuständige Ministerium,
2. für die Belange der Erinnerungskultur das für Denkmalpflege und Traditions- und Heimatpflege zuständige Ministerium.“¹⁸

*

Im Frühjahr 2019 beauftragte der Stiftungsrat die Gedenkstättenstiftung, ein „Konzept für die Erinnerungs- und Gedenkkultur am Grünen Band“ zu erarbeiten.¹⁹ Damit reagierte das zehnköpfige Gremium auf einen bekannt gewordenen früheren Gesetzentwurf, der nach thüringischem Vorbild zwei öffentlich-rechtliche Stiftungen des Landes als Trägerinnen des Nationalen Naturmonuments vorgesehen hatte. Bei dieser Version hätte die Gedenkstättenstiftung die Trägerschaft für die Belange der Erinnerungskultur übernehmen sollen.

Unabhängig von dieser Frage erarbeitete die Stiftung ein Impulspapier²⁰, das konkrete Anregungen für die institutionelle Verankerung der Erinnerungskultur des Grünen Bandes enthielt. Es wurde an diverse Partnerinnen und Partner versandt, um diese am Diskussionsprozess zu beteiligen. Das Gesprächsangebot richtete sich an einen großen Adressatenkreis, um ein möglichst breites Spektrum betroffener Einrichtungen und Organisationen zu berücksichtigen. Dazu zählten bewährte Partnerinstitutionen und -verbände auf Landesebene, Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden, Grenz- und Heimatmuseen sowie auf regionaler und lokaler Ebene engagierte Vereine.

Die im Beteiligungsprozess gewonnenen Erkenntnisse flossen bis zur Sommerpause in das fertige „Konzept zur Stärkung der Erinnerungskultur des Grünen Bandes“ ein.²¹ Die hier erstmals gebrauchte Formulierung „Erinnerungskultur *des* Grünen Bandes“ verweist auf den Anspruch der erinnerungskulturellen Akteurinnen und Akteure, dass

es sich bei diesem Thema nicht um eine auf den lokalen Raum begrenzte Angelegenheit am Grünen Band handelt, sondern um einen integralen Bestandteil der öffentlichen Erinnerungskultur Sachsen-Anhalts.

Um das „Grüne Band Sachsen-Anhalt – Vom Todesstreifen zur Lebenslinie“ wie vorgesehen auch als Mahnmal der deutschen Teilung und einzigartige Erinnerungslandschaft zu bewahren, plädiert die Gedenkstättenstiftung dafür, zwei eigens dafür vorgesehene und damit essentielle Strukturelemente zu schaffen: das „Besucherzentrum Grünes Band der Erinnerung Sachsen-Anhalt“ sowie die „Netzwerkstelle Erinnerungskultur des Grünen Bandes“.²²

Während das Besucherzentrum als Heimstatt für eine integrierte Forschungs- und Bildungsarbeit zum Grünen Band gedacht ist, die ökologische und historisch-politische Inhalte miteinander verzahnt, soll die Netzwerkstelle als Plattform und Schnittstelle speziell zur Koordination aller erinnerungskulturellen Aktivitäten am und im Nationalen Naturmonument dienen.

*

Da das Nationale Naturmonument den Charakter eines Flächendenkmals hat, sollte es über ein „Besucherzentrum Grünes Band der Erinnerung Sachsen-Anhalt“ verfügen, wie es auch in den meisten Nationalparks üblich ist. In dieser Einrichtung, die gewissermaßen als „Eingangstor“ fungieren würde, sollten die für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wesentlichen Informationen abrufbar sein, um ausgehend davon zu eigenständigen Erkundungen des Grünen Bandes anzuregen.

Neben seiner Hauptfunktion als zentraler touristischer Anlaufpunkt böte das Besucherzentrum die Möglichkeit, sowohl interdisziplinäre Forschung und Dokumentation zum Nationalen Naturdenkmal als auch darauf basierende Bildungsangebote an einem Standort zu bündeln. Dank des Zusammenwirkens verschiedener Expertinnen und Experten wäre es möglich, spezifische Bildungsangebote zu ökologischen und historisch-politischen Aspekten an einem Ort zu entwickeln und bereitzustellen, etwa durch Publikationen, Online-Angebote, Seminare oder Sonderausstellungen oder touristische Formate wie (Rad-)Wanderungen. Für diese Zwecke sollte das Zentrum neben geeigneten Räumlichkeiten gegebenenfalls auch über Übernachtungsmöglichkeiten für mehrtägige Veranstaltungsformate verfügen.

Natürlich wäre das Besucherzentrum mit einer zeitgemäßen Dauerausstellung ausgestattet, die die ökologisch und zeitgeschichtlich relevanten Aspekte des Grünen Bandes speziell in Sachsen-Anhalt thematisiert. Als Herzstück sollte ein interaktives Modell der hiesigen Grenzregion vorhanden sein, um die unterschiedlichen Zeitschichten zu visualisieren. Darüber hinaus böte es den Raum und die Möglichkeiten, um materielle Zeugnisse zur Geschichte und Gegenwart des Grünen Bandes Sachsen-Anhalt zu archivieren.

In inhaltlicher Abgrenzung zu den historisch-politischen Bildungsangeboten der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, die vor allem den Zeitraum bis zur Grenzöffnung am 9. November 1989 betreffen, würde sich das neue Zentrum auf den Zeitraum nach der Wiedervereinigung fokussieren, als sich eine gesamtdeutsche Erinnerungskultur zur innerdeutschen Grenze etablierte. Auf diese Weise könnten hier noch gezielter und intensiver die persönlichen Erinnerungen der unmittelbar vom Grenzregime betroffenen Menschen berücksichtigt werden. Zudem könnten die langfristigen *Folgen* der deutschen Teilung und die Verarbeitung kollektiver und persönlicher Transformationserfahrungen nach der Wiedervereinigung in den Blick genommen werden. Mit dieser erinnerungskulturellen Ausrichtung böte sich die Chance, den aktuellen Zustand unseres demokratischen Gemeinwesens, die Gefahren neuer mentaler Grenzziehungen im vereinten Deutschland und Fragen des Nationalismus zum Gegenstand der Diskussion zu machen.

Zur Frage des Standortes für das Besucherzentrum führt das Konzept aus, dass er sich im Sinne des oben benannten „Eingangstores“ in räumlicher Nähe zum Grünen Band befinden sollte. Es werden drei Varianten vorgeschlagen: In Frage käme die Nutzung eines leerstehenden, ehemals zur DDR-Grenzübergangsstelle zählenden Mehrzweckgebäudes, das sich in unmittelbarer Nachbarschaft der heutigen Gedenkstätte Deutsche Teilung befindet. Möglich wäre aber auch ein kompletter Neubau, beispielsweise im Südabschnitt des Grenzdenkmals Hötenleben oder an einem anderen Standort in einer für den öffentlichen Publikumsverkehr günstigen Lage.

*

Wie anhand der Diskussion des Impulspapiers deutlich wurde, sind die lokalen Akteurinnen und Akteure der Erinnerungskultur – zu denen vor allem Gebietskörperschaften,

Vereine, lose Zusammenschlüsse und engagierte Einzelpersonen gehören – auf vielfältige Unterstützung angewiesen: bei der Akquise und Verwaltung von Fördermitteln, der Vermittlung historisch-politischer Kenntnisse, der Archivierung von Sammlungsbeständen, zur Organisation einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit sowie für die sinnvolle Verzahnung ökologischer und erinnerungskultureller Themen.

Um diese vielfältigen Beratungsbedarfe bedienen zu können, bedarf es einer geeigneten Struktur, die den geregelten Austausch mit externen Beteiligten, also landesweit tätigen Institutionen und Verbänden, auf Augenhöhe ermöglicht. Dafür bietet sich der Aufbau eines erinnerungskulturellen Netzwerks an, das wertvolle Partizipationsmöglichkeiten bieten und einen Diskurs ermöglichen könnte. Ein solches Netzwerk wäre auch dafür prädestiniert, eine gemeinsame Identität als Verantwortungsgemeinschaft für die Erinnerungskultur des Grünen Bandes zu begründen.

Um die Kommunikation innerhalb des Netzwerks effektiv zu gestalten, sollte es über einen zentralen Knotenpunkt verfügen: die „Netzwerkstelle Grünes Band der Erinnerung Sachsen-Anhalt“, die zunächst von einer entsprechend qualifizierten Person betreut werden könnte. Diese könnte gleich drei Funktionen übernehmen:

1. als Anlauf- und Beratungsstelle für zivilgesellschaftliche und institutionelle Akteurinnen und Akteure,
2. als Schnittstelle zwischen lokalen und überregionalen bzw. zwischen ehrenamtlichen und institutionellen Beteiligten,
3. als Koordinierungsstelle für sämtliche erinnerungskulturellen Aktivitäten rund um das Nationale Naturmonument.

Die wesentliche Bedeutung der Netzwerkstelle wird vor allem darin gesehen, gemeinsame Strategien zu entwickeln und durchzusetzen, die die Stärkung der Erinnerungskultur des Grünen Bandes zum Ziel haben. Externe Akteurinnen und Akteure hätten die Gelegenheit, ihr Knowhow zur Verfügung zu stellen und trügen damit zu einer Diversifizierung und Professionalisierung der Erinnerungskultur des Grünen Bandes bei. Lokalen Akteurinnen und Akteuren böte sie die Chance, als Teil eines Netzwerkes eine solidere Basis für ihre erinnerungskulturellen Aktivitäten zu erhalten und eine stärkere Reichweite und Wahrnehmbarkeit zu erzielen. Über das Netzwerk könnten auch gemeinsame Bedarfe und Ziele formuliert werden.

Die Netzwerkstelle soll explizit der Unterstützung dienen, nicht der Steuerung der zivilgesellschaftlichen Erinnerungskultur des Grünen Bandes. Im Sinne eines

Empowerments der Ehrenamtlichen würde die Netzwerkstelle Angebote unterbreiten und Vernetzung ermöglichen, selbst aber keine administrativen Aufgaben für die Netzwerkpartner übernehmen.

*

Wie anhand der positiven Reaktionen auf das „Konzept zur Stärkung der Erinnerungskultur des Grünen Bandes“ deutlich wurde, werden die von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt entwickelten und gemeinsam mit anderen Akteurinnen und Akteuren abgestimmten Vorschläge als eine gute Grundlage zur weiteren Ausgestaltung des Nationalen Naturmonuments angesehen. Im Namen des Netzwerkes „Orte und Stätten des Eisernen Vorhangs – Europäisches Kulturerbe-Siegel“ schreibt beispielsweise deren Sprecher Prof. Dr. Axel Klausmeier, dass er sich dem Konzept „*vorbehaltlos und uneingeschränkt anschließe und dieses unterstütze*“. Das vorgelegte Konzept berücksichtigt die Interessen auch unseres Netzwerkes vorbildlich und beschreibt sowohl die Fehlstellen als auch Bedarfe umfänglich und angemessen. Sie decken sich mit der Wahrnehmung, der Analyse und den Bemühungen unseres Netzwerkes von Erinnerungsorten.“²³

Unabhängig von den neuen Aufgaben auf dem Feld der Erinnerungskultur, die das Grüne-Band-Gesetz Sachsen-Anhalt ohnehin für die Stiftung vorsieht, wird sie alle verfügbaren Ressourcen einsetzen, um zur Umsetzung dieser Vorschläge beizutragen. Voraussetzung für ein weitergehendes und dauerhaftes Engagement ist jedoch eine gesicherte personelle und finanzielle Ausstattung, die keinesfalls zulasten der eigentlichen Gedenkstättenarbeit erfolgen kann.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Gesetz zur Unterschutzstellung des Grünen Bandes auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt (Grünes-Band-Gesetz Sachsen-Anhalt – GBG LSA). Vom 28. Oktober 2019, in: Gesetz und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt (GVBl. LSA), Nr. 28 vom 08.11.2019, S. 345f.
- 2 „Nationale Naturmonumente sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, die 1. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen, kulturhistorischen oder landeskundlichen Gründen und 2. wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit von herausragender Bedeutung sind. Nationale Naturmonumente sind wie Naturschutzgebiete zu schützen.“ § 24 Abs. 4 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG). Vom 29. Juli 2009, online unter https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/BNatSchG.pdf [Stand vom 23.03.2020].
- 3 Vgl. Kostka, Jan: An der Grenze erschossen. Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes auf dem Gebiet der heutigen Ländergrenze Sachsen-Anhalt / Niedersachsen, hrsg. von der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Magdeburg 2019, S. 22ff.
- 4 Zit. nach Geidezis, Liana / Frobel, Kai: Das Grüne Band Deutschland – Entstehung, Entwicklung und Herausforderungen. Naturschutz im Land Sachsen-Anhalt (Nr. 54/2017), S. 17.
- 5 Vgl. Das Grüne Band Europa: Eine Vision, online unter https://www.bund.net/gruenes-band/gruenes-band-europa/?gclid=CjwKCAjwsMzzBRACEiwAx4ILG1aI6Ax7g72EAe7E64NnX2PHhZPYN2cMAteccddFZURmil_uQJSQXixoCvNEQAvD_BwE [Stand vom 19.03.2020].
- 6 Vgl. Koalitionsvertrag von CDU, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen für die Legislaturperiode 2016–2021: „Zukunftschancen für Sachsen-Anhalt – verlässlich, gerecht und nachhaltig“, online unter https://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/StK/STK/Dokumente/Koalitionsvertrag2016-2012.pdf [Stand vom 24.03.2020].
- 7 Vgl. Thüringer Gesetz über das Nationale Naturmonument „Grünes Band Thüringen“ (Thüringer Grünes-Band-Gesetz – ThürGBG). Vom 11. Dezember 2018, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen, Nr. 12 vom 18.12.2018, S. 605ff.
- 8 Vgl. dazu die Meinungsäußerungen der Anzuhörenden im Einzelnen, online unter <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/2019/gruenes-band-gesetz-in-anhoerung-diskutiert/gruenes-band-meinungen-im-einzelnen/#c10268> [Stand vom 24.03.2020].
- 9 „Aktion Ungeziefer“ (1952) und „Aktion Festigung“ (1961) sind die Tarnnamen für zwei Zwangsumsiedlungsmaßnahmen, die vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR geplant und von der Volkspolizei durchgeführt worden waren. Menschen, die das MfS als „politisch unzuverlässig“ eingeschätzt hatte, wurden mit ihren Familien zwangsweise von der innerdeutschen Grenze in das Landesinnere umgesiedelt.
- 10 Vgl. Vorwort von Umweltministerin Claudia Dalbert, in: Naturschutz im Land Sachsen-Anhalt: Grünes Band,

- Sonderheft von 2017, hrsg. vom Landesamt für Umweltschutz, S. 4.
- 11 Vgl. Honig, Steffen: Die ehemalige Grenze ein grüner Gürtel? Landtagschefin Gabriele Brakebusch (CDU) befürchtet damit, eine alte Grenze neu zu manifestieren, in: Volksstimme vom 21.03.2018.
 - 12 Vgl. Richter, Christoph: Koalitionskrise in Sachsen-Anhalt. Streit um den ehemaligen Todesstreifen, online unter https://www.deutschlandfunk.de/koalitionskrise-in-sachsen-anhalt-streit-um-den-ehemaligen.1769.de.html?dram:article_id=451173 [Stand vom 24.03.2020].
 - 13 Kuratorium für „Naturmonument Grünes Band Sachsen-Anhalt“ berufen, online unter https://mule.sachsen-anhalt.de/startseite-mule/artikel-detail/news/kuratorium-fuer-naturmonument-gruenes-band-sachsen-anhalt-berufen/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=74b02856f416984c85b99025e6d6c4d4 [Stand vom 24.03.2020].
 - 14 Präambel zum GBG LSA (wie Anm. 1), S. 346.
 - 15 Paragraph 3 (Schutzzwecke) des GBG LSA (wie Anm. 1), S. 347f.
 - 16 Paragraph 4 (Erinnerungskultur) des GBG LSA (wie Anm. 1), S. 348f.
 - 17 Ebenda, S. 348.
 - 18 Paragraph 6 (Trägerschaft) des GBG LSA (wie Anm. 1), S. 349. Entsprechend dem gegenwärtigen Ressortzuschnitt der Landesregierung sind damit zum einen das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie und zum anderen die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur gemeint.
 - 19 Vgl. Protokoll der 38. Stiftungsratssitzung vom 18. März 2018, S. 6f.
 - 20 Vgl. Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt: GRÜNES BAND DER ERINNERUNG SACHSEN-ANHALT VOM TODESSTREIFEN ZUR LEBENSLINIE, Impulspapier für ein Konzept zur regionalen Erinnerungskultur, Typoskript vom 21.03.2019.
 - 21 Vgl. Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt: Konzept zur Stärkung der Erinnerungskultur des Grünes Bandes, Typoskript vom 10.07.2019.
 - 22 Die im Konzept verwendeten Bezeichnungen orientieren sich am ursprünglichen Namensvorschlag der StGS, das Nationale Naturmonument als „Grünes Band der Erinnerung Sachsen-Anhalt“ zu bezeichnen.
 - 23 Stellungnahme von Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, zum Gesetzentwurf „Grünes Band“ vom 18.07.2019 (Hervorhebung im Original).

Antisemitismus in der DDR. Das Feindbild Israel

Wolfgang Benz

Die DDR war kein antisemitischer Staat. Das sei auch ausdrücklich betont angesichts allergischer Reaktionen älterer Menschen, die den Zusammenhang von Israelschelte und Judenfeindschaft und die Schnittmengen von Antizionismus und Antisemitismus nicht wahrhaben wollen. Jenseits offizieller Beteuerungen der SED gab es, wie überall, auch in der DDR private Ressentiments gegen Juden, auch Friedhofsschändungen und andere Manifestationen der Abneigung, die öffentlich tabuisiert waren. Bei der Frage nach der Existenz von Antisemitismus in der DDR ist das propagierte Feindbild Israel der zentrale Gegenstand. Die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung des Problems werden im Folgenden präsentiert.¹

Aus Meyers Taschenlexikon A–Z, publiziert vom VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1965 in fünfter Auflage, erfuhren DDR-Bürgerinnen und -Bürger kurz und knapp das Wesentliche über Antisemitismus, Zionismus und Israel. Die feindliche Haltung gegenüber Juden habe „unter dem Hitlerfaschismus zu extremstem Rassenchauvinismus und planmäßiger Ausrottung der Juden“ geführt. Der historische Sachverhalt wurde begründet: „Der Antisemitismus diene stets der Ablenkung der Massen von der Schuld der Ausbeuterklassen an sozialen und politischen Mißständen und war oft Vorwand zur Unterdrückung fortschrittlicher Bewegungen“. Während Antisemitismus in der DDR als Verbrechen in der Verfassung definiert sei, werde er in Westdeutschland wieder öffentlich propagiert, berüchtigte Antisemiten seien im Bonner Staat „selbst an führender Stelle“ zu finden.

Zum Begriff Zionismus hieß es lakonisch: „reaktionäre, nationalistische Bewegung in der jüdischen Bourgeoisie, die gegen Ende des 19. Jahrhundert entstand und in enger Bindung zum britischen und USA-Imperialismus die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates (Israel) in Palästina forderte. Der Zionismus leugnet den Klassenkampf“. Folgerichtig wurde Israel so charakterisiert: 1948 entstanden auf Beschluss der Vereinten Nationen, 1948 Gründung einer kommunistischen Partei, 1948/49

Kämpfe mit mehreren arabischen Staaten, 1956 „israelisch-britisch-französische Aggression gegen Ägypten, ständige Spannungen mit benachbarten Staaten“. Die Diktion machte klar, dass Israel der Störenfried der Region sei.

Die Lexikonartikel über Antisemitismus und Zionismus bezeichneten gleichzeitig die Parameter eines Feindbildes, das durch die Schrecken von Imperialismus und Klassenkampf bestimmt war, das Judenfeindschaft ausschließlich dem Westen zuwies und die Errungenschaften eines aufgeklärten Geschichtsverständnisses und daraus resultierender politischer Praxis für das eigene Lager reklamierte.²

Wie der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus die Staatsgründung der DDR im Herbst 1949 als antifaschistische Antwort auf den Weststaat legitimieren sollte, so wurde nach einer kurzen Anfangsphase auch Antizionismus zum Bestandteil der Staatsdoktrin des Oststaates.³ In der Volkskammer trug Otto Grotewohl am 2. November 1956 eine Regierungserklärung vor, in der er im ledernen Pathos der SED die Suez-Krise⁴ als Bruch des Friedens deutete: Schuld an der Aktion der Briten und Franzosen war nach DDR-offizieller Sicht ausschließlich Israel: „Das von den USA unterstützte Israel dient seit Jahren dem internationalen Monopolkapital als aggressiver Militärstützpunkt und ständiger Unruheherd im Nahen Osten. Westliche Kreise haben die israelische Armee mit modernsten Waffen ausgerüstet. Heute sieht die ganze Welt, wozu das geschah.“ Unter Anspielung auf das Luxemburger Abkommen der Adenauer-Regierung mit Israel zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts an Juden, aber im vollkommenen Missverständnis über dessen Inhalt⁵, behauptete Grotewohl, Bonn gewähre „den aggressiven Kreisen Israels mehr als drei Milliarden D-Mark sogenannter Reparationen, die Israel in seinem Kampf gegen die nationale Unabhängigkeitsbewegung der Völker des Nahen Ostens verwendet.“⁶

Die von der Sowjetunion vorgegebene manichäische Nahostpolitik des sozialistischen Lagers und das Werben um die Gunst der arabischen Staaten⁷ machte Israel zum Objekt eines Stellvertreterkrieges zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Der mit der Hallstein-Doktrin⁸ bewehrte Alleinvertretungsanspruch Bonns wurde in Ostberlin mit Feindschaft gegen Israel und Buhlen um die Freundschaft der arabischen Nachbarstaaten pariert. Ein anderes Argument gegen den Feind im Westen war das Herauskehren der tiefempfundenen moralischen Überlegenheit der DDR und ihrer Gesellschaft

im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die Behauptung der erfolgreichen Überwindung des Faschismus kaschierte zugleich das leidige Problem, dass die DDR der Weltöffentlichkeit gegenüber ständig in Argumentationsnot war, warum sie Restitutionsleistungen an Holocaustopfer ablehnte. Dass die DDR zu angemessener Entschädigung ökonomisch nie in der Lage war, blieb den Verantwortlichen schmerzlich bewusst bis zur Endzeit 1988/89, in der Erich Honecker des erhofften außenpolitischen Erfolges wegen die Summe von einer Million US-Dollar als Einmalzahlung der DDR an Israel ins Gespräch brachte.

Von SED-Politikern wurde, sekundiert von Repräsentanten der jüdischen Gemeinden der DDR (die damit die von ihnen erwartete Anpassungsleistungen erbrachten) allezeit und unermüdlich das Mantra deklamiert, der Antisemitismus sei in der DDR mit den Wurzeln ausgerottet, stehe aber im Bonner Weststaat, der von Faschisten penetriert sei, in voller Blüte. Wenige Tage nach dem Beginn des Eichmann-Prozesses⁹ in Jerusalem sandte Rabbiner Martin Riesenburger im April 1961 namens der Ostberliner Jüdischen Gemeinde ein Telegramm an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, mit Beschwörungsformeln über Bonn im Empörungsgestus: „Ich bin zutiefst erbittert darüber, daß in westdeutschen Amtsstellen jene SS- und Naziführer in großer Zahl leitend tätig sind, die wie Eichmann und Staatssekretär Globke schuldig sind der Ermordung von über sechs Millionen meiner Schwestern und Brüder. Angesichts solcher Tatsachen protestiere ich gegen die Behauptung Dr. Adenauers vor seiner Reise in die USA, es gäbe in Westdeutschland keinen Nazigeist mehr.“¹⁰ „Alarmierender Antisemitismus“ in Westdeutschland wurde auch auf einer internationalen Pressekonferenz des Verbandes der Jüdischen Gemeinden der DDR im Februar 1967 konstatiert. Der Präsident Helmut Aris nannte in der Eröffnungsansprache auch den Grund: „Neonazismus und Antisemitismus sind in Westdeutschland möglich, weil im Bonner Staat Judenfeinde und Judenmörder an den Schalthebeln der Macht stehen!“¹¹

Der Westen blieb nichts schuldig und brandmarkte den Antizionismus als spezielle Form des Antisemitismus im Gewand der Israelfeindschaft. Als die judenfeindliche Welle des Spätstalinismus der 1950er Jahre, die mit dem Vorwurf der Ärzteverschwörung in Moskau¹² begann, denen das Slansky-Tribunal¹³ in Prag folgte, die DDR erreichte, verließen viele Juden die sozialistische Welt. Die Flucht der Eliten aus jüdischen Ver-

bänden und Gemeinden um die Jahreswende 1952/53 nach Westberlin war im Westen Gegenstand eingehender wohlwollender Berichterstattung. Die „Neue Zeitung“, gegründet als Flaggschiff der freien Presse in der US-Zone, finanziert vom amerikanischen Steuerzahler, interviewte die jüdische Prominenz aus der „Sowjetzone“ und förderte fünf Fluchtgründe zutage: Das Zentralkomitee der SED habe erstens vom Landesverband der jüdischen Gemeinden verlangt, die jüdisch-amerikanische Hilfsorganisation „Joint“ als Agentenzentrale zu brandmarken, zweitens die Gleichsetzung von Zionismus und Faschismus zu bestätigen sowie damit den israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion als „Agenten des US-Imperialismus“ zu denunzieren. Drittens müsse die US-Justiz als verbrecherisch verurteilt werden, weil sie das Ehepaar Rosenberg, das für die Sowjetunion Atomgeheimnisse ausspioniert hatte, zum Tode verurteilte.¹⁴ Wiedergutmachung für Unrecht an Juden sollte viertens als „Ausbeutung des deutschen Volkes“ gesehen und abgelehnt werden und fünftens müsse das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Israel zur Wiedergutmachung, das 1952 in Luxemburg ausgehandelt worden war, verurteilt werden.¹⁵

Im Juni 1967, als die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik ihre Solidarität mit dem bedrohten Israel im Sechstagekrieg¹⁶ auf der Straße demonstrierten, positionierte sich die Führung der DDR vehement gegen den „Aggressorstaat“¹⁷ und prägte damit eine langlebige Parole, die nicht auf ihren Herrschaftsbereich beschränkt blieb. Ein SED-konformer Kommentar zum Libanonkrieg 1982¹⁸ sprach gar von Völkermord: „Angesichts des Israelischen Versuchs, mit einer neuen Aggression im Nahen Osten die physische Vernichtung des palästinensischen Volkes durchzusetzen, erwies die DDR auch weiterhin der PLO¹⁹ und den libanesischen Patrioten ihre konsequente solidarische Unterstützung, die u.a. ihren materiellen Ausdruck in der Rettung vieler verwundeter Patrioten fand.“²⁰ Die praktizierte Solidarität wurde mit weitreichender Wirkung propagandistisch verwertet und prägte sich im Bild von Opfern und Tätern ein. Die Metapher „Aggressorstaat“ überlebte die DDR und ist in mancherlei Varianten noch im alltäglichen Gebrauch.

Die Repräsentanten der wenigen Juden der DDR erbrachten die von ihnen verlangten Konzessionen an die SED, wenn sie sich über Israel äußerten wie der Vorsitzende der Erfurter Gemeinde, der Ende der 1960er Jahre erklärte: „Schließlich sind wir ein so-

zialistischer Staat und Israel ist noch ein kapitalistischer Staat. Das erschwert eine harmonische Beziehung. Wir müssen realistisch sein und die Politik unserer Regierung unterstützen.“²¹ Noch konzilianter wurde über den Besuch einer israelischen Delegation in der Magdeburger jüdischen Gemeinde berichtet. Im Nachrichtenblatt der jüdischen Gemeinden war zu lesen: „Natürlich war es auch für uns interessant zu erfahren, wie heute der Bürger im Staat Israel lebt. Wenn man das Gehörte vergleicht, dann kann man sagen: ‚In der DDR haben Bürger jüdischen Glaubens eine gesicherte Zukunft, können ihr Leben entsprechend ihren Wünschen gestalten und ihren Lebensabend in Frieden und Geborgenheit verbringen. Inflation und Arbeitslosigkeit sind für uns Fremdwörter. Mit diesen Problemen müssen aber unsere Glaubensgenossen in Israel ständig leben und fertig werden.“²² Eindeutig positionierte sich dagegen der Vorsitzende der Ostberliner Jüdischen Gemeinde, Peter Kirchner, im Jahre 1982 angesichts verbreiteter, aber offiziell nicht wahrgenommener Manifestationen von Antisemitismus: „Wenn ein heranwachsender Jugendlicher fast täglich – aus politischen Gründen – mit negativen Daten über die israelischen Juden gefüttert wird, kann er kaum umhin, diese negative Zeichnung auch auf die Juden in seiner Umgebung zu übertragen.“²³

Zum Jahrestag der Novemberpogrome ließ sich 1982 der Vorsitzende der Dresdner jüdischen Gemeinschaft und Präsident der jüdischen Gemeinden in der DDR, Helmut Aris, im regierungskonformen Ton vernehmen: „Wenn ich die seitdem verflossenen 44 Jahre überblicke und an das grausame Morden zwölfjähriger Hitlerherrschaft denke, so erfüllt es mich mit Freude und Dankbarkeit zugleich, heute in einem deutschen Staat leben zu können, in dem der Antisemitismus mit seinen Wurzeln ausgerottet ist, einem Staat, der das Vermächtnis aller Opfer des Faschismus erfüllt hat. Die kleine Zahl der Juden in der DDR teilt diese Dankbarkeit mit mir.“²⁴

Der jüdische Historiker Helmut Eschwege, der als Kommunist 1946 aus dem Exil in Palästina nach Deutschland zurückgekehrt war, ist Kronzeuge für den doktrinären Antizionismus, der die DDR-Politik auch in der Praxis bestimmte. Eschweges Geschwister und seine Mutter lebten in Israel und er bekam gelegentlich die Erlaubnis, dorthin zu reisen, öfter wurde ihm die Ausreise verweigert. Begründet wurde das von ganz verschiedenen Instanzen einmal damit, dass „keine diplomatischen Beziehungen zu Israel bestehen, auch Israel fortgesetzt Aggressionsakte begeht“²⁵. Ein

anderes Mal lautete der Bescheid, die Erlaubnis zur Reise könne nicht erteilt werden, da der Antragsteller „keine Gewähr biete, voll und ganz die Ziele der Palästinenser in Israel“ gegenüber seiner Mutter und seinen Geschwistern zu vertreten.²⁶ Schließlich, 1974, hieß es, Eschwege habe keine Stellungnahme gegen die Regierung Golda Meir abgegeben, er stünde mit zionistischen Organisationen wie dem Leo Baeck Institut in Verbindung und er müsse geschützt werden, weil sein Status ausgenützt werden könne.²⁷ Wofür blieb unklar, denn Eschwege war ein kleiner Angestellter an einem Institut der TH Dresden. Die Arbeiten über jüdische Geschichte, die ihn in der DDR als „Zionisten“ suspekt und im Ausland bekannt machten, waren seine Privatsache.

Die Wende in der Haltung der DDR zu Israel kam im letzten Jahr ihrer Existenz. Das Bedürfnis Erich Honeckers, die internationale Anerkennung der DDR durch einen Staatsbesuch in Washington zu krönen, sollte mit einer Einladung an den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, den Amerikaner Edgar Bronfman, gefördert werden. Im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der „Reichskristallnacht“, die 1988 erstmals in Ostberlin aufwändig zelebriert wurden, besuchte Bronfman im Oktober die DDR. Außenminister Oskar Fischer holte ihn in New York ab, SED-Chef Honecker dekorierte den Gast mit einem seltenen Orden und bat ihn um Vermittlung beim dringenden Wunsch, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen.²⁸ Beim Festbankett musste sich Bronfman aus dem Munde des DDR-Außenministers die Phrasen aus der Asservatenkammer anhören, nach denen Faschismus und Antisemitismus im Arbeiter- und Bauernstaat mit Stumpf und Stiel ausgerottet seien. Neu war, dass die Rede keine Attacken auf Israel enthielt. In spröder Funktionärsprosa würdigte Fischer den Beitrag deutscher Juden zur Geschichte und Kultur. Insbesondere war die Rede von den „jüdischen Menschen, die gemeinsam mit Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräften den Kampf gegen den Faschismus führten“. Eine am Vortag eröffnete Ausstellung über die Judenverfolgung, die Verpflichtung der FDJ, den jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee zu pflegen, der Beschluss zur Restaurierung der Synagoge in der Oranienburger Straße wurden als stolze Bilanz jüdischen Lebens und der staatlichen Zuwendung an die Juden – das waren damals in der ganzen DDR noch 400 Personen – vorgeführt. Zu den philosemitischen Beteuerungen des Ministers gehörte der Hinweis, Lessings „Nathan der Weise“ stehe auf dem Spielplan der Theater der Republik und ihrer Hauptstadt.²⁹ Wirkung in der Bevölkerung hatte der späte pragmatische Philosemitismus der SED nicht mehr.³⁰

Zum Erbe der DDR gehören das feindselige Israelbild und die Definition des Zionismus als Kampfbegriff, der dem Staat Israel die Legitimation abspricht und Antisemiten wie dem AfD-Politiker Wolfgang Gedeon und Konsorten als Ventil für Ressentiments dient, die angeblich aber nicht „den Juden“ gelten, sondern „nur den Zionisten“, nicht dem Judentum, sondern dem Staat Israel. Ohne Differenzierung und Definition verbirgt sich hinter solcher Israelkritik der gewöhnliche Antisemitismus im aufbegehrenden Gestus „man werde doch noch sagen dürfen, dass...“ und auf Vorhalt heißt es beleidigt, man dürfe offensichtlich nichts Kritisches über Israel äußern. Das eine, die Tarnung von Antisemitismus als Antizionismus, ist infam, das andere, die Behauptung, Israel zu kritisieren sei verboten, ist falsch.

Konrad Weiss, der als Parlamentarier kurz vor dem Ende der DDR die „Gemeinsame Erklärung der Volkskammer“ als Bekenntnis der Schuld gegenüber den Juden anregte und verfasste, schrieb im Sommer 1995 in der deutsch-jüdischen New Yorker Zeitschrift „Aufbau“ über „Die DDR und Israel“, der Stalinismus in der DDR habe wirklichen Antifaschismus unmöglich gemacht. Das sei nirgendwo so deutlich geworden wie an der Feindschaft zu Israel: „Deutsche haben nach Auschwitz wiederum Juden verfolgt und aus dem Land getrieben, haben sich mit den blutigen Feinden Israels solidarisiert und ihren Kampf gegen die Überlebenden der Shoah mit Geld und Waffen unterstützt. Das ist ein furchtbares Kapitel in vierzig Jahren DDR.“ Man muss dieses aus der Erfahrung des Autors genährte vernichtende emotionale Urteil des Bürgerrechtlers nicht teilen, aber die Fakten sind so eindeutig wie nachhaltig wirkungsvoll: „Die SED erklärte Israel zum ‚Internationalen Rechtsbrecher‘ und ‚Aggressorstaat‘. Die Medien beschmutzten und verleumdeten Israel, wo immer es ging.“³¹

Ein Kristallisationspunkt für das Israelbild der DDR war die Wiedergutmachungsproblematik im Wettbewerb der antagonistischen Staaten BRD und DDR, festgemacht am Luxemburger Abkommen von 1952. Einen anderen bildete das Verhältnis Israels zu seinen Nachbarn, wahrgenommen im Osten als „Aggression“ in der Suezkrise 1956, im Sechstagekrieg 1967 und dann durchgehend. Damit im Zusammenhang steht das ideologische Verdikt über den Zionismus, denunziert als kapitalistische, imperialistische und rassistische Bedrohung des Friedens in der Region. Den Juden wurde nicht nur mangelndes Klassenbewusstsein zum Vorwurf gemacht, sondern auf der Grund-

lage tradierter Stereotype über den vermuteten besonders ausgeprägten jüdischen Geschäftssinn waren sie die „Kapitalisten“ schlechthin, also Feinde. Die von den DDR-Bürgern geforderte bedingungslose Parteinahme für die arabische Seite bei gleichzeitiger Verdammung Israels als Schurkenstaat war nach Jahrzehnten der Indoktrination nicht einfach aufzulösen oder durch einen differenzierten Blick zu ersetzen. Das Feindbild haftete lange in den Köpfen. (Das gilt nicht nur für Bürgerinnen und Bürger der einstigen DDR, hier ist aber deren Blick von Interesse.³²) Das östliche Feindbild Israel korrespondierte mit solidarischen Emotionen im Westen angesichts palästinensischen Leids und berechtigter Kritik an Entscheidungen und Handlungen der israelischen Regierung wie der de-facto-Verweigerung einer Zwei-Staaten-Lösung. Die Legende, die Bundesrepublik zahle an Israel Reparationen in Form von Waffen, verstärkte das in der DDR generierte absolute Feindbild Israel. Die Skepsis westlicher Bürgerinnen und Bürger und der Wunsch nach Frieden verbinden sich mit den von der DDR-Propaganda genährten Sorgen über die israelische Militärmacht, die bis zu Verschwörungsphantasien reichen.

Natürlich sind die Ursachen für die Sympathieverluste Israels in den Jahrzehnten der Intifada³³ nicht samt und sonders in der DDR zu finden, aber verstärkende und bestätigende Wirkung auf verbreitete Ressentiments hat das von der SED verordnete Weltbild über das Ende der DDR hinaus. Als Fazit der Betrachtung von Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel – der zentralen Ausprägung von Judenfeindschaft in der DDR – lassen sich die folgenden Aspekte erkennen:

1. Der ausgrenzende, einen grundsätzlichen und unaufhebbaren Loyalitätskonflikt voraussetzende Verdacht gegen die Minderheit („erst Jude, dann sozialistischer Staatsbürger“) bestimmte auch im Blick auf Israel das Verhalten des Staats- und Parteiapparats der DDR. Er stand in der verschwörungstheoretischen Tradition des Antisemitismus und ist mit der DDR so wenig verschwunden wie andere Vorbehalte gegen Juden.
2. Die bedingungslose Parteinahme für Palästinenser, für die arabischen Nationen und gegen Israel definierte das Land Israel als Feindstaat. Das stereotyp vorgelegene Konstrukt, mit der Staatsgründung und vor allem nach dem Sechstage-

krieg hätten sich in Israel jüdische Opfer des Holocaust in Täter verwandelt, wurde in den Medien der DDR mit Parolen gepflegt, die von der Feststellung ausgingen, die Juden verhielten sich im besetzten Gebiet gegenüber den Palästinensern wie einst die Nazis ihnen gegenüber, sie mündeten in das Verdikt, Zionismus sei Rassismus.

3. Die Berichterstattung der DDR-Medien über den Nahostkonflikt stellte Israel als Aggressor dar, als brutale Besatzungsmacht, als mutwilligen Akteur eines Vernichtungskrieges gegen Unschuldige. Auch hier war die Insinuation, NS-Ideologie und nationalsozialistische Mordpraxis hätten das Vorbild geboten, geläufig. So wurde der Sechstagekrieg in der „Aktuellen Kamera“ am 7. Juni 1967 als „imperialistisch-jüdische Verschwörung“ gebrandmarkt und mit dem schon von der NS-Propaganda bedienten Feindbild des Juden als Kapitalisten verknüpft.³⁴
4. Die militärischen Erfolge Israels waren Niederlagen der Sowjetunion, ihrer Satelliten und Verbündeten. Stellvertretend für ihre Schutzmacht schloss die DDR 1973 den Geheimvertrag mit der PLO, der auch Waffenlieferungen vorsah. Dass Israel das Abkommen publizierte, wertete die PLO auch in den Reihen der westdeutschen Linken auf und verlieh der DDR Vorbildfunktion in der Abneigung gegen Israel.
5. Das grobschlächtige Agitprop-Getöse Karl Eduard Schnitzlers im „Schwarzen Kanal“ mochte über SED-Kader hinaus Unterhaltungswert gehabt haben für jene, die schlichte Welterklärungen nach dem Schema ‚Gut oder Böse‘ suchten. Über das Bedürfnis nach Verschwörungsphantasien hinaus war der zu Formeln gestanzte Antizionismus leicht mit den antisemitischen Goebbels-Parolen in Verbindung zu bringen. Das (unbewusste) Erbe nationalsozialistischer Propaganda verband sich mit den Parolen der DDR-Agitation, auch wenn die Schmähungen nicht im Maßstab eins zu eins geglaubt wurden. Drei Jahrzehnte lang erklärte Schnitzler Israel zum Weltfeind, wie Goebbels das „Weltjudentum“ stigmatisiert und verdammt hatte. Der nationalsozialistischen Anmaßung „Großdeutschland“ stellte Schnitzler das Konstrukt „Groß-Israel“ zur Seite, er hasspredigte über israelisches „Herrenmenschentum“, setzte Zionismus und Nationalsozialismus gleich. Schnitzlers Bilder waren einprägsam aufgrund der erinnerten Vor-Bilder

und deshalb blieben sie über den Untergang des „Schwarzen Kanals“ im DDR-Fernsehen hinaus wirksam. Auch wenn man ihn nicht gemocht hatte

6. Auf subtilere Weise erfolgte die Indoktrination von Kindern und Jugendlichen. Als Vehikel für antiisraelische Emotionen wurden Mitleid und Solidarität mit palästinensischen Kindern stimuliert. Der Erziehungsauftrag zum Antizionismus wurde gegenüber „Jungpionieren“ in der ABC-Zeitung und gegenüber den etwas älteren „Thälmann-Pionieren“ in der „Trommel“ wahrgenommen.
7. Die mediale Verurteilung Israels als Urheber von Terror gegen die arabische Zivilbevölkerung, gipfelnd im Vorwurf des Völkermords am palästinensischen Volk, relativiert den Holocaust. Das war auch vielen im rechten Lager der alten Bundesrepublik ein Anliegen. Das Verdikt korrespondiert mit der Leugnung des Judenmords und dem Ruf nach dem überfälligen Schlussstrich unter die Aufarbeitung belasteter Vergangenheit.
8. Mit dem Argument, Israel imitiere Hitlers „völkerrechtswidrige Taktiken und Überfallmethoden“, sollten auch Überlegungen zur Entschädigung und Wiedergutmachung unterbunden werden. Das ging einher mit der zynischen Indienstnahme jüdischer DDR-Bürger und Gemeindevorsitzender zur Verurteilung Israels und des „Komplots Israel-Washington-Bonn“. Die These, dass Antisemitismus der DDR fremd sei, was die Kritik an Israel legitimieren sollte, blieb zukunftsfähig.
9. Die Diffamierung der Idee des Zionismus, die gleichzeitig den Begriff zur politischen Kampfparole gegen Israel abwertete, gehört zum wirkungsmächtigen Erbe der DDR. Auch in den Reihen der rechtsradikalen Partei „Alternative für Deutschland“, deren politisches Programm ausschließlich aus Provokation und fremdenfeindlichem Wutgebrüll besteht, finden sich Vertreter der Meinung, man müsse „die Zionisten“ bekämpfen, wogegen man gegen „die Juden“ nichts habe. Auch hier gilt, dass Antizionismus als Israelfeindschaft nicht Alleinbesitz der DDR war, dennoch war er Staatsdoktrin.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Benz, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel, Berlin 2018. Die Autorinnen und Autoren behandeln in ihren Beiträgen Themen wie die Wahrnehmung Israels in Kinder- und Jugendzeitschriften, das Wirken von SED und Staat gegenüber jüdischen Gemeinden, Antizionistische Propaganda, Jüdisches Leben in der DDR, Friedhofsschändungen und die Nachwirkungen eines feindseligen Israelbildes.
- 2 Vgl. Meyers Taschenlexikon A-Z, 5. Aufl., Leipzig 1965.
- 3 Vgl. Haury, Thomas: „Finanzkapital oder Nation“. Zur ideologischen Genese des Antizionismus der SED, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5 (1996), S. 148–171.
- 4 Die Verstaatlichung der britisch-französischen Suez-Kanal-Gesellschaft und die Sperrung des Akaba-Golfes für israelische Schiffe im Herbst 1956 durch den ägyptischen Präsidenten Nasser löste die Suez-Krise aus, in deren Verlauf Israel, Frankreich und Großbritannien Ägypten militärisch angriffen. Auf Intervention der USA und der Sowjetunion wurde der Krieg im März 1957 beendet.
- 5 Vgl. Benz, Wolfgang: Das Luxemburger Abkommen 1952. Moral, Pragmatismus und politische Vernunft, in: Tribüne 46 (2007), S. 110–118.
- 6 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. V, Berlin 1958, S. 63 f.
- 7 Vgl. Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956-1982. Ausgewählt und eingeleitet von Wolfgang und Angelika Bator, Berlin 1984.
- 8 Die BRD setzte ihren Anspruch, das deutsche Volk alleine zu vertreten, mit Hilfe der nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Walter Hallstein benannten Doktrin durch. Sie wurde von 1955 bis Anfang der 1970er Jahre so angewendet, dass diplomatische Beziehungen zu Staaten, die die DDR anerkannten, abgebrochen wurden.
- 9 Nach seiner Entführung aus Argentinien durch den israelischen Geheimdienst wurde Adolf Eichmann (1906–1962), SS-Offizier und 1939–1945 Leiter des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt, in Jerusalem vor Gericht gestellt. Wegen seiner Mitwirkung am Holocaust als Organisator der Transporte in die Vernichtungslager wurde Eichmann am 15. 12. 1961 wegen Verbrechen gegen das Jüdische Volk zum Tod verurteilt.
- 10 Wortlaut in: „Bonner Staat steckt voller Nazis“, Neues Deutschland vom 20.04. 1961.
- 11 „Alarmierender Antisemitismus“, Der Morgen vom 11.02.1967.
- 12 Die paranoide Vorstellung Stalins, jüdische Ärzte planten seine Ermordung, mündete Anfang 1953 in eine antisemitische Kampagne mit zahlreichen Verhaftungen und Hinrichtungen in der Sowjetunion. Ein Prozess gegen die „Ärzteverschwörung“ wurde vorbereitet, wegen Stalins Tod aber nicht mehr durchgeführt. Das erfundene Komplott war ein Indiz für verbreitete Judenfeindschaft in der Stalin-Ära.

- 13 Im November 1952 wurden auf sowjetischen Druck in einem Schauprozess 14 hohe tschechoslowakische Funktionäre der Kommunistischen Partei (an der Spitze Generalsekretär Rudolf Slánský) wegen „Verschwörung“ angeklagt. Elf Angeklagte waren jüdischer Herkunft. Die meisten wurden zum Tod verurteilt, Hauptvorwurf war Zionismus, Israel wurde als „Anstifter eines neuen Weltkriegs“ denunziert.
- 14 Ethel und Julius Rosenberg, US-Bürger kommunistischer Gesinnung, wurden 1951 in einem weltweit Aufsehen erregenden, umstrittenen Prozess wegen Atomspionage für die Sowjetunion zum Tod verurteilt und 1953 hingerichtet.
- 15 „Moskauer Antizionismus in der DDR“, Die Neue Zeitung vom 24.01.1953.
- 16 Der von Ägypten erzwungene Abzug von UN-Truppen aus der Sinai-Halbinsel, die Blockade der Meerenge von Tiran und die Vernichtungspropaganda der arabischen Nachbarstaaten Ägypten, Syrien und Jordanien bewogen Israel im Juni 1967 zum Präventivschlag gegen die ägyptische Luftwaffe, der innerhalb von sechs Tagen die vollkommene Niederlage der arabischen Konfliktparteien folgte. Israel eroberte und besetzte die Sinai-Halbinsel (Rückgabe 1982), den Gaza-Streifen, das Westjordanland und die Golanhöhen.
- 17 Haury, Thomas: Die DDR und der „Aggressorstaat Israel“. Das „unschuldige Deutschland“ im Nahostkonflikt, in: Tribüne 44 (2005), H. 173, S. 202–215.
- 18 Nach Anschlägen auf israelische Diplomaten und einem Raketenangriff aus dem Süden Libanons griff die israelische Luftwaffe im Juni 1982 Ziele im Libanon an. Die Kämpfe dauerten bis September 1982. Das Vorgehen war auch in der israelischen Öffentlichkeit und im Westen umstritten.
- 19 Die Palestine Liberation Organization (PLO), gegründet 1964 in Kairo, ist seit 1974 von der UNO anerkannte Repräsentantin des palästinensischen Volkes. Ihre Politik wandelte sich vom Terror zur Verkündung von Gewaltverzicht, Ziel ist ein palästinensischer Staat.
- 20 Bator / Bator: Die DDR und die arabischen Staaten (wie Anm. 7), S. 49.
- 21 Herbert Ringer, zit. nach Mertens, Lothar: Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München 1995, S.96f.
- 22 Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinde von Berlin und der Jüdischen Gemeinden in der DDR, März 1981, S.24, zit. nach ebenda, S.97; vgl. dazu Mertens, Lothar: Staatlich propagierter Antizionismus: Das Israelbild der DDR, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S.139–153.
- 23 Zit. nach Merten: Antizionismus (wie Anm. 21), S. 98.
- 24 „DDR hat den Antisemitismus mit der Wurzel ausgerottet“, Neues Deutschland vom 06./07.11.1982.
- 25 Eschwege, Helmut: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 98.
- 26 Ebenda, S. 100.
- 27 Vgl. ebenda.

- 28 Vgl. „Schnaps und Schminke“, Der Spiegel, Nr. 44 vom 31.10.1988.
- 29 Vgl. „DDR hat die Wurzeln für Faschismus und Antisemitismus ausgerottet“, Neues Deutschland vom 18.10.1988.
- 30 Vgl. Kessler, Mario: Die SED und die Juden – Zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995.
- 31 Weiß, Konrad: Die DDR und Israel, in: Aufbau, Nr. 16 vom 04.08.1995, S. 15.
- 32 Vgl. Timm, Angelika: Israel in den Medien der DDR, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 154 – 173 sowie dies: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.
- 33 Die erste Intifada („Erhebung“) begann 1987 als Aktion des zivilen Ungehorsams im besetzten Palästina gegen Israel und endete im August 1993 mit der Schaffung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Im September 2000 begann nach einem Besuch des israelischen Politikers Scharon auf dem Tempelberg in Jerusalem, der von Palästinensern als Provokation empfunden wurde, die zweite Intifada. Die folgenden Anschläge palästinensischer Guerillas wurden von der israelischen Armee mit großer Härte beantwortet. Zahlreiche Opfer sind auf beiden Seiten zu beklagen.
- 34 Vgl. „Wo die Ressentiments herkommen könnten“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.02.2001.

*„Du musst wissen, ich bin nicht grundlos verhaftet worden!
Ich habe etwas getan, was ich nicht hätte tun dürfen.“*

(Dr. Kurt Heißmeyer an seine Frau, 27. Juli 1964¹)

Das Verfahren gegen den Magdeburger Arzt Dr. Kurt Heißmeyer wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit

Iris Groschek

1945, kurz vor Ende des Krieges, vergrub der Oberarzt Dr. Kurt Heißmeyer² im Garten des SS-Sanatoriums Hohenlychen in der Uckermark nördlich von Berlin eine Kiste. Sie enthielt Dinge, die ihm wichtig erschienen, aber seiner Meinung nach nicht von den Alliierten gefunden werden sollten. Darunter befanden sich neben privaten Dingen auch berufliche Dokumente, darunter 32 Krankenakten und hunderte Fotos. Diese zeigten, dass Heißmeyer im Hamburger KZ Neuengamme medizinische Experimente an Häftlingen hatte durchführen lassen.

Heißmeyer war nicht der einzige Mediziner des Sanatoriums Hohenlychen, der Häftlinge in Konzentrationslagern für Menschenexperimente missbrauchte. Hohenlychen war ein zunächst auf Lungenkrankheiten, dann auf die Erholung von Menschen mit Sportunfällen spezialisiertes Sanatorium. Unter ihrem nationalsozialistischen Leiter, dem Leibarzt Heinrich Himmlers, Prof. Karl Gebhardt (1897–1948), wurde Hohenlychen nicht nur zu einem Treffpunkt medizinischer Funktionäre des nationalsozialistischen Regimes, sondern auch zu dem zentralen Ort, an dem medizinische Versuche in Konzentrationslagern organisiert wurden. Gebhardt selber unternahm im Auftrag Himmlers unter anderem an weiblichen Häftlingen des in der Nähe gelegenen KZ Ravensbrück Versuche mit Sulfonamiden (Antibiotika) und orthopädische Versuche, für die er den Frauen Knochenbrüche zufügte.³

Im „Dritten Reich“ nutzten Ärztinnen und Ärzte die ideologisch begründeten Möglichkeiten, die die nationalsozialistischen Machthaber boten, um medizinische Versuche an entrechteten Menschen durchzuführen. Dabei nahmen sie dauerhafte Schäden und den Tod dieser Menschen wissend in Kauf. Auch im KZ Neuengamme und seinen Au-



Wehrpass von Kurt Heißmeyer, undatiert (BStU, HA IX/11 ZUV, Nr. 46, Band 153, Blatt 250)

ßenlagern führten Wissenschaftler und Mediziner verschiedene Experimente durch. Bei einer Fleckfieberepidemie im Winter 1941/42 wurden versuchsweise Sulfonamide als Medikament eingesetzt. Zwischen Juni 1944 und März 1945 testeten Ärzte in mehreren Versuchsreihen die Verträglichkeit von zuerst mit militärischen Kampfstoffen versetztem und dann entgiftetem Wasser an Häftlingen. Im November begannen Heißmeyers Versuche mit Tuberkulose-Erregern an Häftlingen im Hauptlager Neuengamme. Anfang Februar 1945 folgten weitere Versuche mit „Stickstofflost“, einem chemischen Kampfstoff. Pläne sahen eine Fortsetzung der biologischen Versuche vor – dieses Mal mit nicht entgiftetem, kampfmittelverseuchtem Wasser.⁴ Noch im März 1945 erfolgten Versuche in Luftschutzbunkern mit Frauen aus Außenlagern des Konzentrationslagers Neuengamme.⁵ Dabei wurde getestet, wie lange Menschen sich in gasdichten Luftschutzräumen ohne Belüftungsanlage aufhalten können. Die Frauen, die nicht wussten, was mit ihnen passierte, hatten Atemnot und Todesangst.

Im Frühjahr 1944 hatte Kurt Heißmeyer, damals leitender Arzt der Abteilung für lungenkranke Frauen im SS-Sanatorium Hohenlychen, erste Überlegungen zu Tuberkuloseversuchen an Menschen in Konzentrationslagern angestellt. An tuberkulosekranken Häftlingen wollte Heißmeyer prüfen, ob diese Menschen durch die Verabreichung lebender Tuberkelbazillen geheilt werden könnten. Entgegen dem wissenschaftlichen Kenntnisstand seiner Zeit war er der Meinung, dass Tuberkulose keine Infektions-, sondern eine Erschöpfungskrankheit sei. Außerdem sah er einen Zusammenhang zwischen „Rasenzugehörigkeit“ und Tuberkuloseanfälligkeit und war überzeugt, dass „rassisch minderwertige“ Menschen anfälliger für diese Krankheit seien und Tuberkulose daher eine „Ausleseerscheinung“ sei. Schon 1943 hatte er sich für eine auf Rassismus basierende Selektion von Kranken ausgesprochen: „Mit jener Krankenauswahl müssen jedoch solche Kranken bevorzugte Heilstättenaufnahme finden, die für die Erhaltung von Volk und Rasse am bedeutendsten sind, auch für den Fall, daß ihr Organbefund als solcher im Augenblick ungünstiger sein sollte als der rassisch weniger Wertvolle.“⁶ Gute Kontakte halfen ihm bei seinen Planungen – sein Onkel August Heißmeyer (1897–1979) war General der Waffen-SS und bis 1940 „Inspektor der Konzentrationslager und der Verstärkten Totenkopfstandarten“ und ein guter Freund des inzwischen für die Konzentrationslager zuständigen Chefs des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes in Berlin, Oswald Pohl (1892–1951). Ursprünglich wollte Kurt Heißmeyer an Frauen im nahegelegenen KZ Ravensbrück experimentieren, was ihm nicht erlaubt wurde, da dort, wie bereits erwähnt, schon Experimente durchgeführt wurden. Im Juni erhielt Heißmeyer, nachdem er Neuengamme schon besucht und der Leitung des Konzentrationslagers seine Wünsche dargelegt hatte, die Genehmigung, in einer eigens für ihn eingerichteten „Sonderbaracke“ im KZ Neuengamme Experimente an männlichen Häftlingen durchzuführen. Dies wurde dann auch umgehend umgesetzt. Bis zu 100 Häftlinge, vor allem aus der Sowjetunion, ließ Heißmeyer mit Tuberkulose infizieren. Viele von ihnen waren ohne Vorerkrankung. Der Lagerfotograf von Neuengamme hatte die Aufgabe, die Testpersonen in unterschiedlichen Stadien der Experimente zu fotografieren.⁷ Viele dieser Versuchspfer starben oder wurden hingerichtet. Ihre Fotos, zusammen mit den Krankenakten seiner Opfer, waren Teil des Inhalts der von Heißmeyer vergrabenen, eingangs erwähnten Kiste.

Den Standort des Versteckes hatte Heißmeyer 1964 den ermittelnden Behörden in der DDR verraten, als Anklage gegen ihn erhoben wurde. Er meinte, mit den Unterlagen

seine Unschuld beweisen zu können. Doch das Gegenteil war der Fall. Anhand dieser Originaldokumente wurde die Schwere seiner Schuld erst deutlich, unter anderem da seine Theorien, die zur Genehmigung der Experimente führten, schon zur damaligen Zeit widerlegt waren. Die Experimente und damit der Tod vieler Menschen fußten also von vornherein auf falschen Angaben. In der Kiste enthalten waren auch Fotografien von Kindern, denen für das Foto ein Arm hochgehoben wurde, um ihre Narben in den Achselhöhlen zu dokumentieren. An der Stelle waren ihnen die Lymphdrüsen entnommen worden, die dann im pathologischen Institut der Heilanstalten Hohenlychen ausgewertet wurden. Diese Kinder waren am 28. November 1944 im KZ Neuengamme eingetroffen. Heißmeyer hatte sie aus dem KZ Auschwitz angefordert, um seine pseudowissenschaftlichen Forschungen auszuweiten. In Auschwitz waren die Kinder von ihren Eltern getrennt und nach Hamburg gebracht worden. Es waren zehn Jungen und zehn Mädchen, zwischen fünf und zwölf Jahren alt, die aus ihrer Heimat in Polen, Frankreich, den Niederlanden, der Slowakei und Italien nach Auschwitz verschleppt worden waren, weil sie jüdisch waren. Im KZ Neuengamme wurden ihnen, ebenso wie zuvor den erwachsenen Häftlingen, virulente Tuberkulose-Bakterien injiziert. In einigen Fällen wurden ihnen diese zusätzlich durch eine Sonde in die Lunge eingeführt. Bei den meisten Versuchen war Heißmeyer persönlich anwesend. Einige der Kinder erkrankten an akuter Lungentuberkulose. Sie lebten bis April 1945. Um kurz vor Kriegsende die Versuche zu vertuschen und Zeugen der Taten zu beseitigen, brachten SS-Männer am 20. April 1945 die Kinder und ihre vier Betreuer aus dem Krankenrevier des KZ Neuengamme in ein zwischenzeitlich als KZ-Außenlager genutztes, aber zu diesem Zeitpunkt leerstehendes ehemaliges Schulgebäude am Bullenhusser Damm in Hamburg-Rothensburgsort und ermordeten sie dort.

Heißmeyer ging nach Kriegsende zunächst zu seinem Vater ins heutige Sachsen-Anhalt. Er übernahm im Juli 1945 dessen Landpraxis in Sandersleben gemeinsam mit seinem Bruder. Schon im Mai 1946 ließ Heißmeyer sich mit Genehmigung der Behörden als Lungenfacharzt in der sowjetischen Besatzungszone in Magdeburg nieder. Fast zeitgleich begann in Hamburg ein Prozess gegen die Hauptverantwortlichen der Verbrechen im KZ Neuengamme. Heißmeyer als Verantwortlicher für die dort durchgeführten Medizinverbrechen wurde unter anderem durch Zeugenaussagen ehemaliger Häftlinge namentlich genannt und belastet. Doch galt er im in der britischen Besatzungszone gelegenen Hamburg als „flüchtig“. Im Nürnberger Ärzteprozess wurden 1947 ehemalige



Der Inhalt der von Heißmeyer vergrabenen Kiste, Aufnahme vom 25. März 1964 (BStU, HA IX/11 ZUV, Nr. 46, Band 154, Blatt 292)

Kolleginnen und Kollegen Heißmeyers verurteilt. Auch Heißmeyers Name wurde als Verantwortlicher für die Menschenversuche im KZ Neuengamme – zum Beispiel von Oswald Pohl – genannt. Spätestens ab Juni 1948 wurde nach Dr. Kurt Heißmeyer dann auch international gefahndet. In der Magdeburger Ärzteschaft wurden zeitgleich die ersten „Gerüchte“ über Heißmeyers Tätigkeit im NS-Staat laut. Dies brachte einen Kollegen dazu, in einem Brief festzustellen, dass diese Ärzte nur neidisch seien, da Heißmeyer eine eigene private Tuberkulose-Klinik eröffnen konnte, „die sich offenbar eines außerordentlichen Zuspruchs erfreute“⁸.

1955 begannen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit damit, den Arzt zu beobachten. Hintergrund war, dass Heißmeyer sich für den Erhalt von Privatkliniken in der DDR eingesetzt hatte. Der Staat befürchtete, dass er „feindlich gegenüber dem Aufbau des sozialistischen Gesundheitswesens“ und allgemein „ein Feind der DDR“ sei.⁹ Kein Grund für die Beobachtung waren hingegen Heißmeyers Tätigkeiten im KZ Neuengamme, obwohl im November 1958 die Namensgleichheit zwischen dem Arzt, dessen

Verbrechen seit 1946 öffentlich waren, und dem Magdeburger bekannt und notiert worden waren und diese Erkenntnis durch eine anonyme Anzeige vom 23. Juli 1959 erneuert wurde. Doch die Beobachtungen von Heißmeyer durch die Staatssicherheit wurden am 24. September 1959 eingestellt, da ihm „keine Feindtätigkeit nachgewiesen“ werden konnte. Mit dem lapidaren Hinweis, er sei „auch nicht mit dem berühmten SS Arzt Heissmeyer im Buch ‚Geißel der Menschheit‘ identisch“, wurde die Akte vorerst geschlossen. Der tatsächliche Grund der Einstellung der Untersuchungen wurde in den Akten auch notiert: Da Röntgenologen in der DDR knapp waren, wurde von einer Inhaftierung abgesehen „im Interesse einer ausreichenden medizinischen Versorgung unserer Bevölkerung“¹⁰. Das erwähnte Buch „Geißel der Menschheit“ von Lord Russell of Liverpool war 1956 in einem DDR-Buchverlag erschienen.¹¹ Auch dort wurde Heißmeyers Name als Verantwortlicher für die Tuberkulose-Experimente an Kindern im KZ Neuengamme genannt.

Im Mai 1961 wurden die Experimente im KZ Neuengamme erneut, diesmal in einem Artikel in der Zeitschrift „Der Pflüger“, geschildert.¹² Das Ministerium für Staatssicherheit nahm die Beobachtung von Heißmeyer wieder auf. Der Verdacht gegen Heißmeyer bestätigte sich im Januar 1962, als ehemalige Häftlinge zu den Verbrechen im KZ Neuengamme befragt wurden. Einer von ihnen war Dr. Tadeusz Kowalski, der von 1943 bis 1945 im KZ Neuengamme inhaftiert war, und der einen eigenen Artikel in der Zeitung „Śląska Gazeta Lekarska“ über medizinische Experimente in Konzentrationslagern unter besonderer Schilderung der Experimente Heißmeyers verfasst hatte. Einem Festnahmevorschlag vom Oktober 1962 folgte noch immer keine Tat, da den Behörden weitere Befragungen und Recherchen nötig erschienen. Befragt wurden neben ehemaligen Häftlingen aus Deutschland und Polen, die im KZ Neuengamme inhaftiert waren und dort im Krankenrevier arbeiten mussten, auch erstmals eine große Anzahl ehemaliger Häftlinge aus der Sowjetunion und deren Angehörige.¹³ Von ihnen hatten tatsächlich viele die Kinder im KZ Neuengamme gesehen oder von ihrer Existenz gewusst und sie konnten benennen, dass ein Arzt namens Heißmeyer medizinische Experimente in Neuengamme durchgeführt hatte. Versucht wurde auch, anders als im Hamburger Prozess, anhand einiger bekannter Namen polnischer Kinder, an denen im KZ Neuengamme Versuche durchgeführt worden waren, über das polnische Ausschwitzkomitee nähere Angaben über sie sowie Verwandte zu ermitteln, was jedoch nicht gelang. Und es wurde erstmals versucht, noch lebende ehemalige Häftlinge zu finden,



Das KZ Neuengamme 1945 | Der Pfeil kennzeichnet das Krankenrevier IVa, in dem die Kinder untergebracht waren, an denen Heißmeyer medizinische Experimente durchführen ließ. Rechts davon ist der Appellplatz zu sehen. Das Foto händigte der ehemalige Häftling Gerhard Pisarski in den 1960er Jahren den Ermittlungsbehörden der DDR aus. (BSTU, HA IX/11 ZUV, Nr. 46, Band 154, Blatt 274)

an denen Experimente durchgeführt wurden, wenn auch ohne Erfolg. Am 6. November 1963 stimmte Erich Mielke als Staatssicherheitschef dem Zugriff zu.¹⁴ Am 13. Dezember 1963 wurde Kurt Heißmeyer in seiner Wohnung verhaftet.

Vom 21. bis zum 30. Juni 1966 fand die Hauptverhandlung gegen Dr. Kurt Heißmeyer vor begrenzter Öffentlichkeit in Magdeburg statt.¹⁵ Der I. Strafsenat des Bezirksgerichts Magdeburg verurteilte ihn am 30. Juni 1966 wegen fortgesetzten Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu lebenslangem Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Rechte¹⁶, vor allem weil nachgewiesen werden konnte, dass viele der von ihm infizierten Versuchspersonen, insbesondere diejenigen, die keine frühere Erkrankung mit Tuberkulose hatten, an den Folgen der Injektionen gestorben waren. Heißmeyer hatte mit seinen Versuchen bewusst die Erkrankung und den Tod von Menschen in Kauf genommen.¹⁷ Heißmeyer war geständig, aber nicht einsichtig. Er bat in Haft darum, die in der vergrabenen Kiste aufgefundenen Akten und seine Notizen auswerten zu dürfen.¹⁸ Er starb am 29. August 1967 im Haftkrankenhaus Bautzen nach einem Herzinfarkt.

Die meisten überlebenden Eltern und Geschwister erfuhren erst ab dem Ende der 1970er Jahre vom Schicksal der Kinder im KZ Neuengamme, als der Hamburger Journalist Günther Schwarberg erfolgreich nach ihnen recherchierte. Noch heute sind, anders als für viele erwachsene Opfer der Experimente, deren Namen sich aus den Krankenakten ergeben, nicht alle ihre Identitäten bekannt.

Literatur

Diercks, Herbert: Gesucht wird: Dr. Kurt Heißmeyer, in: Schuldig. NS-Verbrechen vor deutschen Gerichten (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland Heft 9), Bremen 2005, S. 102–115.

Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.): Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozess und seine Folgen, Berlin 2001.

Groschek, Iris / Vagt, Kristina: „... dass du weißt, was hier passiert ist“: Medizinische Experimente im KZ Neuengamme und die Morde am Bullenhuser Damm, Bremen 2012.

Klee, Ernst: Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer, Frankfurt/Main 2001.

Prokop, Otto / Stelzer, Ehrenfried: Die Menschenexperimente des Dr. med Heißmeyer, in: Kriminalistik und forensische Wissenschaft (Beiträge zur Theorie und Praxis der sozialistischen Kriminalistik und der forensischen Wissenschaft Band 3), Berlin 1970, S. 67 – 104.

Von Villiez, Anna: Heißmeyer's forgotten victims. Tuberculosis experiments on adults in Neuengamme 1944–45, in: Weindling, Paul (Ed.): From Clinic to Concentration Camp. Reassessing Nazi Medical and Racial Research 1933 – 1945, London New York 2017, S. 272 – 289.

Anmerkungen

- 1 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), HA IX/11 ZUV, Nr. 46, Band 139, Bl. 88.
- 2 Dr. Kurt Hermann Otto Heißmeyer, geboren am 26.12.1905 in Lamspringe bei Hildesheim, Studium der Medizin in Marburg, Leipzig und Freiburg/Breisgau, 1932 Promotion, 1938–1945 Oberarzt der Lungenheilanstalt Hohenlychen, 1946–1963 Lungenfacharzt in Magdeburg, zuletzt in eigener Klinik, gestorben am 29.08.1967 im Gefängnis Krankenhaus Bautzen.
- 3 Vgl. dazu Stiftung Erinnerung, Verantwortung Zukunft: Sammlung bekannter medizinischer Experimente in Konzentrationslagern, Kuratoriumssitzung 2004, online unter <https://web.archive.org/web/20070312003154/http://www.stiftung-evz.de/content/view/5/18/> [Stand vom 24.03.2020].
- 4 Vgl. dazu die Themenmappe mit Quellen „Medizinische Experimente an Häftlingen: Versuche mit kampfstoffverseuchtem Wasser“ in der Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 2005.
- 5 Vgl. dazu die Themenmappe mit Quellen „Medizinische Experimente an Häftlingen: Versuche mit Fleckfiebererregern und Belüftungsversuche in Luftschutzbunkern“ in der Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 2005.
- 6 Heißmeyer, Kurt: Grundsätzliches über Gegenwarts- und Zukunftsausgaben der Lungenheilstätte, in: Zeitschrift für Tuberkulose; Bd. 90, Heft 1, 1943, S. 36–37.
- 7 Vgl. The National Archives Kew/London (TNA) WO235/167 (Curiohaus Trial): Dokument 4: Aussage von Joseph Schmitt.
- 8 BStU, HA IX/11 ZUV, Nr. 46, Akte 154, Bl. 153–154 (nach Herbert Diercks, S. 106.)
- 9 BStU, 8935/66 Band 1, Bl. 203, Bericht des IM „Gummibaum“ vom 14.04.1958 und Bl. 226, Bericht des MfS Berlin vom 21.11.1958.
- 10 BStU 8935/66, Band 1, Bl. 249, Abschlussvermerk und BStU 8935/66, Band 1, Bl. 261, Zwischenbericht vom 12.02.1959.

- 11 Vgl. Lord Russell of Liverpool: Geißel der Menschheit. Kurze Geschichte der Nazikriegsverbrecher, Berlin 1955.
- 12 Vgl. Der Pflüger. Blätter für pädagogische Begegnung, Hamburg März / April 1961, in: BStU 8935.66, Band 2, Bl. 11.
- 13 Vgl. BStU HA IX/11 ZUV, Nr. 46, Band 149.
- 14 Vgl. BStU 8935/66, Band 2, Bl. 257.
- 15 Vgl. BStU HA IX/11 ZUV, Nr. 46, Band 153, Bl. 43, Bericht über die Hauptverhandlung vom 01.07.1966.
- 16 Vgl. BStU HA IX/11 ZUV, Nr. 46, Band 153, Bl. 3–42, Urteil in der Strafsache gegen Heißmeyer.
- 17 Vgl. BStU HA IX/11 ZUV, Nr. 46, Band 153, Bl. 135, Begründung des Urteils gegen Heißmeyer vom 30.6.1966.
- 18 Vgl. BStU, HA IX/11 ZUV, Nr. 46, Band 154, Bl. 292. Heißmeyers Patienten waren fassungslos über die Tatsache, dass ihr Arzt verhaftet worden war. Sie schrieben Unterstützungsbriefe an seine Ehefrau, in der sie ihre Hoffnung zum Ausdruck brachten, dass er bald zurückkehren werde. Dabei blendeten sie die ihm zur Last gelegten Taten völlig aus. Vgl. dazu BStU HA IX/11 ZUV, Nr. 46, Band 142, Bl. 43.

Rosa Manus (Amsterdam 1881 – Bernburg 1942): Leben und Tod einer niederländischen Feministin

Myriam Everard

(Übersetzung: Doris Hermanns)

Aktuelle Forschungen haben gezeigt, dass die führende niederländische Feministin Rosa Manus, die seit Oktober 1941 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück inhaftiert war, dort nicht im Mai 1942 an einem Nierenleiden gestorben ist, wie ihren Hinterbliebenen von dort aus mitgeteilt wurde, sondern dass sie im März 1942 im Rahmen der „Aktion 14f13“ in der Gaskammer der Tötungsanstalt Bernburg ermordet wurde.¹ Der geheime Charakter dieser Mordaktion hat dazu geführt, dass man in den Niederlanden bis vor kurzem den tatsächlichen Ort, die Zeit und die Umstände des Todes von Rosa Manus nicht kannte.² Außerdem ist die Existenz der ehemaligen „Euthanasie“-Anstalt für Kranke und Behinderte in Bernburg, die im Jahre 1942 als Tötungsanstalt für KZ-Häftlinge funktionierte, in den Niederlanden so gut wie unbekannt. Zudem hat die besondere Nachkriegsgeschichte Deutschlands darin resultiert, dass die Erinnerungskultur in den Gedenkstätten in der ehemaligen DDR, wie Ravensbrück und Bernburg, lange Zeit von verfolgten Kommunistinnen dominiert wurde. Diese erkannten in jemandem wie der Kommunistin Olga Benario, die im Frühjahr 1942 ebenfalls von Ravensbrück aus nach Bernburg gebracht und dort vergast wurde, ohne Zögern eine denkwürdige antifaschistische Widerstandskämpferin, aber fast grundsätzlich nicht in einer bürgerlichen Feministin wie Rosa Manus. Dies führte dazu, dass Manus dort bis vor kurzem nicht erwähnt wurde.³ Da wir inzwischen mehr wissen und die Verhältnisse sich geändert haben, ist es an der Zeit, um Rosa Manus in der Erinnerungslandschaft Sachsen-Anhalts präsent zu machen.

Jugend und frühe Jahre

Rosette Susanna Manus wurde am 20. August 1881 in Amsterdam in einer wohlhabenden Familie säkularer Juden geboren.⁴ Sie war das zweite von sieben Kindern und die älteste der drei Töchter. Ihr Vater Henri Philip Manus war ein erfolgreicher Tabakhändler, ihre Mutter Soete Vita Israël stammte aus einer Familie renommierter Juweliere, die mehrere europäische Königshäuser zu ihren Kunden zählte.



Rosa Manus, Berlin, Juni 1929, Studiofoto von Erna Lendvai-Dircksen, gedruckt als Postkarte. Dieses Porträt, das zur Zeit des 11. Kongresses des Weltbundes für Frauenstimmrecht aufgenommen wurde, war eines der vielen Porträts ausländischer Feministinnen, die Lendvai-Dircksen damals machte. Nach 1933 trennten sich die Wege der beiden Frauen auf drastische Weise: Während Manus sich gegen den Nationalsozialismus wandte, gehörte Lendvai-Dircksen als Bildberichterstatterin der Reichsfrauenführung zur nationalsozialistischen Propagandamaschine. Während im Oktober 1941 Werke von Lendvai-Dircksen in der Ausstellung „Frauenschaffen in Deutschland“ im Reichsmuseum in Amsterdam zu sehen waren, kam Manus als politische Gefangene in Ravensbrück an.

Die Kinder der Familie Manus wurden standesgemäß und säkular erzogen, und beide Aspekte waren für die Feministin, die Rosa Manus später werden sollte, prägend. In der Tradition der Familie Manus, die sich bereits am Ende des 18. Jahrhunderts den aufgeklärten Zielen der jüdischen Emanzipation verschrieben hatte und sich in erster Linie als Bürger der Niederlande sahen, identifizierte Rosa Manus sich seit ihrer Kindheit nicht in erster Linie als jüdisch. Ihr Leben spielte sich gänzlich ohne jüdische Traditionen ab, zur jüdischen Gemeinde hatte sie keinen Kontakt. Auch ihr soziales Leben beschränkte sich nicht auf jüdische Kreise und ihre engsten Freundschaften waren mit nicht-jüdischen Frauen. Durch diese säkulare Lebensauffassung war sie für eine Führungsposition in der niederländischen Frauenwahlrechtsbewegung besonders geeignet, da diese grundsätzlich nicht konfessionell gebunden war. Die Schulen, die Manus besuchte, waren selbstverständlich ausgezeichnete, überkonfessionelle Privatschulen, sowohl in den Niederlanden als auch in der Schweiz. Sie lernte dort Französisch, Deutsch und Englisch, sowie die Umgangsformen der europäischen Elite, die für ihre „Karriere“ in der internationalen Frauenbewegung ungemein hilfreich waren. Darüber hinaus war sie als Erbin des großelterlichen Kapitals bereits als junge Frau sehr vermögend. Dies ermöglichte ihr, sich gantztägig für die Frauenbewegung einzusetzen, was sie dann auch ab 1908 tat.

Für Frauenrechte und Frieden

1908 nahm Manus am Kongress des Weltbundes für Frauenstimmrecht teil, der in jenem Jahr in Amsterdam stattfand. Dieser großangelegte mehrtägige Kongress, der Feministinnen aus dem In- und Ausland nach Amsterdam brachte, wurde zu einem Wendepunkt im Leben von Rosa Manus. Beeindruckt von der Ernsthaftigkeit, mit der die mehr als 1.000 Frauen für ihre Bürgerrechte kämpften, und durch den Geist der internationalen Schwesternschaft, die der Weltbund ausstrahlte, gleichzeitig verstärkt durch die Freundschaft, die sie mit Carrie Chapman Catt, der Präsidentin des Weltbundes, schloss, fand Manus dann und dort ihr Lebensziel. Sie trat sofort dem niederländischen Verein für Frauenstimmrecht bei, wo sie schnell die Organisation und Leitung großer öffentlicher Veranstaltungen übernahm. Fast zeitgleich wurde Manus zur außerordentlichen Organisatorin aller folgenden internationalen Kongresse des Weltbundes (zwischen 1911 und 1939 in Stockholm, Budapest, Genf, Rom, Paris, Berlin, Istanbul und Kopenhagen) ernannt, dessen Vizepräsidentin sie 1926 wurde.



Der Vorstand des Weltbundes für Frauenstimmrecht bei der Eröffnung des 11. Kongresses des Weltbundes im Juni 1929 in Berlin, der gleichzeitig das 25-jährige Bestehen des Weltbundes (gegründet 1904 in Berlin) markierte, Fotograf unbekannt. Vorne in der Mitte sitzend: Reichsinnenminister Carl Severing, neben ihm rechts Präsidentin Margery Corbett Ashby und links Schatzmeisterin Frances Sterling. Vizepräsidentin Rosa Manus, die als Organisatorin vom Weltbund während dieses Jubiläumskongresses einige spektakuläre Veranstaltungen initiierte, ist die 3. von links in der 2. Reihe (mit Glockenhut).

Von diesen beiden Organisationen aus breiteten sich Manus' Aktivitäten stark aus. Davon ausgehend, dass es sich beim Frauenwahlrecht nicht nur um das Recht handelte, als Frau zu wählen und gewählt zu werden, sondern auch um die Möglichkeit, als vollwertige Bürgerin über Sachen mitzuentcheiden, die das Allgemeinwohl betreffen, berief der niederländische Verein für Frauenstimmrecht 1915, also mitten im Krieg, einen Internationalen Frauenkongress in Den Haag ein, um die Stimme der Frauen – Frauen aus neutralen und aus kriegsführenden Ländern – zu Krieg und Frieden zu Gehör zu bringen. Die praktische Organisation dieses Kongresses lag vollständig in Händen von Manus. Auf diesem Kongress wurde das Internationale Frauenkomitee für dauernden Frieden, ab 1919 Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), ge-

gründet. Manus war Mitglied des Gründungsausschusses und führte das Komitee fast im Alleingang vom Büro in Amsterdam aus durch den Krieg.

Dennoch sollte Manus sich letztendlich nicht in der IFFF für den Frieden einsetzen, sondern im Komitee für Frieden und Völkerbund des Weltbundes – Manus war seit der Gründung 1926 Sekretärin – und von dort aus im Friedens- und Abrüstungskomitee des Dachverbandes der internationalen Frauenorganisationen. Die erste Kampagne des letztgenannten Komitees – Manus war seit der Gründung 1931 Sekretärin – war die Koordination der größten je dagewesenen Frauen-Friedens-Aktion. Mit Blick auf die Internationale Abrüstungskonferenz des Völkerbundes, die im Februar 1932 in Genf beginnen sollte, organisierten die angeschlossenen Frauenorganisationen, darunter der Weltbund und die IFFF, eine großangelegte Unterschriftenaktion für Frieden und Abrüstung. Die über acht Millionen Unterschriften, die dafür weltweit gesammelt worden waren, wurden im Zuge der Eröffnung der Abrüstungskonferenz in einer präzise geplanten Zeremonie erst durch die Straßen von Genf gefahren, um letztendlich gestapelt nach den Herkunftsländern in den Tagungsraum der Konferenz getragen zu werden. Rosa Manus hatte die Leitung für dieses aufsehenerregende Ereignis.

Durch all diese Aktivitäten – und dies ist nur eine Auswahl – war Manus Anfang der 1930er Jahre „bekannter als irgendeine andere Holländerin“⁵ und kannte zahlreiche Feministinnen aus anderen Ländern persönlich. Wenn wir uns auf Deutschland beschränken, waren es Frauen wie Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, Adele Schreiber-Krieger, Dorothee von Velsen, Klara-Marie Faßbinder, Katharina von Kardorff-Oheimb, Alice Salomon und Rosa Bodenheimer-Dalberg.⁶

Radikale Wende

Als Feministin und Friedensaktivistin hatte sich die parteipolitisch ungebundene Manus stets jeglicher politischer Festlegung und Koalitionsbildung enthalten. Dies änderte sich jedoch nach der Machtübernahme Hitlers 1933 radikal. Durch ihr großes internationales Netzwerk wusste sie, dass in Deutschland Frauenorganisationen, vor allem die linken, sofort verboten bzw. gleichgeschaltet wurden, dass verschiedene IFFF-Gebäude geplündert worden waren, dass etliche deutsche Feministinnen, vor allem die politisch engagierten Friedensaktivistinnen unter ihnen, sofort das Land verlassen hatten. Und natürlich war ihr auch bekannt, dass sich die Situation der Juden in Deutschland täglich verschlechterte, für Frauen nicht weniger als für Männer. Bereits im Mai 1933 ergriff

sie dann auch aus dem niederländischen Zweig des Weltbundes heraus die Initiative zur Gründung des Neutralen Frauenkomitees für Flüchtlinge, um weiblichen Flüchtlingen aus Deutschland Hilfe zu bieten, egal, ob sie aus politischen, religiösen oder „rassischen“ Gründen verfolgt wurden.

1936 trat Manus dem niederländischen Wachsamkeits-Komitee der antifaschistischen Intellektuellen bei, das öffentlich Stellung gegen die politischen Entwicklungen in Deutschland bezog. Im gleichen Jahr kam es auch zu Manus' ehrgeizigster und öffentlich sichtbarster Stellungnahme gegen Krieg und Faschismus: Als Generalsekretärin organisierte sie den großangelegten Weltfriedenskongress der *Rassemblement Universel pour la Paix*, der Weltbewegung für den Frieden, in Brüssel. Der Kongress stand schon bald im Ruf, eine kommunistische Tarnorganisation zu sein, was er tatsächlich auch war. Doch das schreckte Manus nicht ab. Im Gegenteil, ihrer Auffassung nach war die Linke sehr viel streitbarer im Kampf für den Frieden als die Rechte, eine Zusammenarbeit mit der Linken war also mehr als geboten.

Diese Bündnisse mit linken antifaschistischen Gruppierungen machten sie zu dieser Zeit und auch noch Jahre später zur Zielscheibe einer antisemitischen Hasskampagne in der niederländischen reaktionären und nationalsozialistischen Presse, wie es keine andere niederländische Feministin erlebt hatte. Das war für sie jedoch kein Grund, sich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen. Ganz im Gegenteil wurde sie noch aktiver und setzte sich mit aller Kraft dafür ein, das Internationale Archiv für die Frauenbewegung (IAV), das sie 1935 in Amsterdam mitgegründet hatte und dessen Präsidentin sie war und auch nach 1936 blieb, zu einem wirklich internationalen Archiv auszubauen. In diesem Zusammenhang schenkte Manus in den späten 1930er Jahren dem IAV ihr eigenes umfassendes Archiv, das Ergebnis ihrer dreißigjährigen Aktivitäten in der nationalen und internationalen Frauenbewegung, und ihre umfangreiche feministische Bibliothek.

Wie wir heute wissen, haben Manus' Bündnisse mit linken antifaschistischen Gruppen zu noch viel ernsthafteren Konsequenzen geführt als zu der Hasskampagne der nationalsozialistischen Presse: Ab 1936 stand Manus unter Beobachtung sowohl des niederländischen als auch des deutschen Geheimdienstes, was dazu führte, dass sie im Jahr 1939 auf der niederländischen „Liste linksextremistischer Personen“, sowie einer deutschen „Sonderfahndungsliste“ aufgeführt wurde. Auf letzterer standen Personen aus zu diesem Zeitpunkt noch nicht besetzten westeuropäischen Ländern, die bei der

ersten sich bietenden Gelegenheit verhaftet werden sollten. Als Deutschland im Mai 1940 die Niederlande besetzte, war Manus' Verhaftung also nur eine Frage der Zeit.

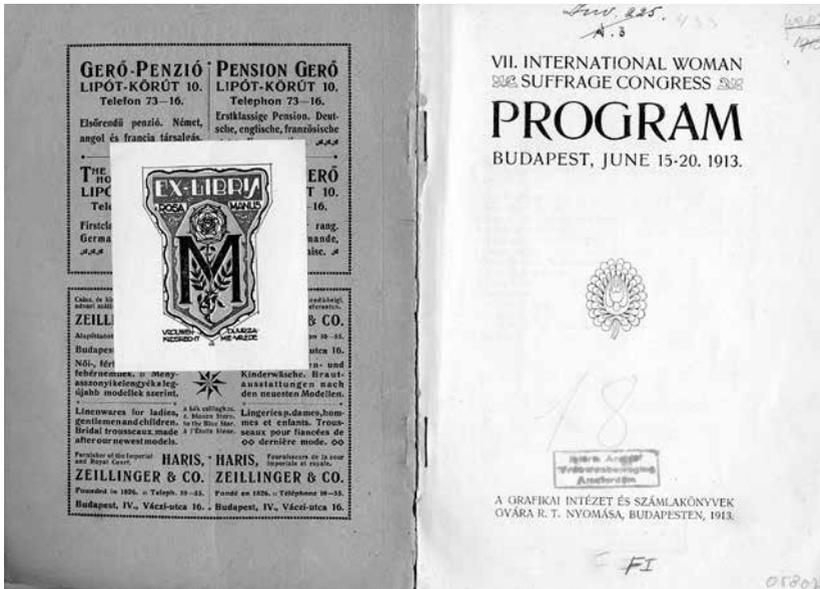
Scheveningen – Düsseldorf – Ravensbrück – Bernburg

Bereits im Juni 1940 wurde das IAV von den deutschen Besatzern geschlossen. Alle Bücher und Archive, darunter auch die von Manus, wurden vom Sicherheitsdienst (SD) beschlagnahmt. Die Bücher wurden nach Berlin gebracht, wo man sie der Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink zur Verfügung stellte. Auch die Archive landeten letztendlich in Deutschland. Möglicherweise hat sie der SD zunächst dazu genutzt, um sich eine Übersicht über die Aktivitäten von Manus zu verschaffen. Jedenfalls war der SD bei ihrem Verhör im Mai 1941 über ihre internationalen Tätigkeiten bereits vollständig informiert.

Rosa Manus wurde im August 1941 verhaftet. Als Grund wurde „Staatsgefährdung“ angegeben. Nach ihrer Verhaftung ging sie dann auch den Weg der politischen Gefangenen: von den Polizeigefängnissen in Scheveningen und Düsseldorf ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Dort kam sie Ende Oktober 1941 an, kurz bevor im Lager die Selektionen für die grausame, von Berlin aus gesteuerte „Aktion 14f13“ begannen. Ausgewählt wurden alle jüdischen Häftlinge sowie alte, kranke oder anderweitig arbeitsunfähige Gefangene – insgesamt etwa 1.400 bis 1.600 Frauen.⁷ Von dieser geheimen Tötungsaktion, die im Frühjahr 1942 stattfand, sind keine Unterlagen erhalten geblieben. Aber Manus war alt, und sie war jüdisch. Und laut einer niederländischen Mitgefangenen wurde sie im März 1942 mit unbekanntem Ziel aus Ravensbrück abtransportiert.⁸ Zu diesem Zeitpunkt kann dies nur nach Bernburg gewesen sein. Wie wir inzwischen wissen, war die ausgestellte Sterbeurkunde, die die Familie Manus einige Monate später in Amsterdam erhielt, Teil dieser finsternen Operation. Dies alles erlaubt die Schlussfolgerung, dass Rosa Manus im März 1942 in Bernburg vergast wurde.

Nachleben

Nach dem Krieg ist Rosa Manus weitgehend in Vergessenheit geraten. Dazu haben verschiedene Faktoren beigetragen. Einer der wichtigsten war die vollständige Plünderung des IAV im Jahre 1940, durch die auch die Büchersammlung und das Archiv von Rosa Manus aus unserem Blickfeld verschwunden waren. Von der Bibliothek des IAV kam nach dem Krieg nur ein Bruchteil aus Deutschland zurück, darunter einige



Programm des 7. Kongresses des Weltbundes für Frauenstimmrecht. Das Exlibris und die nachfolgenden Besitzerangaben auf der Titelseite dieses Exemplars zeigen den Weg auf, den das Buch gegangen ist: Von Rosa Manus' Bibliothek (Exlibris, Innenseite des Umschlags), von der es noch eine eigene Katalognummer trägt (handschriftlich mit schwarzer Tinte, in der Mitte oben), zum Internationalen Archiv für die Frauenbewegung (IAV, Stempel, rote Tinte, in der Mitte unten), woraufhin es nach dem Raub im Juli 1940 letztendlich in die Bergungsstelle „18“ kam (handschriftlich mit Bleistift in der Mitte), das Berliner Depot, in dem die Bücher der „Bibliothek des Deutschen Frauenwerkes“ von Gertrud Scholtz-Klink nach dem Krieg übernommen wurden. Dieses Buch muss zu den wenigen Büchern gehören, die das IAV 1947 aus Deutschland zurückerhielt (handschriftliche Nachkriegs-Signatur mit Bleistift, rechts oben).

Bücher mit dem Exlibris von Rosa Manus. Dieses Exlibris sollte fast 70 Jahre später dazu führen, dass neun Bücher in den Nachkriegsbeständen der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) als dem IAV zugehörig identifiziert werden konnten. Diese Bücher wurden 2015 dem Institut für Emanzipation und Frauengeschichte in Amsterdam, Atria, als Nachfolgeeinrichtung des IAV zurückgegeben. Darunter befanden sich wiederum einige Bücher, die Rosa Manus gehört hatten.⁹ Vom Archiv des IAV fand sich nach dem Krieg keine Spur. Es galt dann auch als verloren, bis 1992 bekannt

wurde, dass sich das Archiv des IAV in einem geheimen Archiv in Moskau befand. Dort wurden jene Archive verwahrt, die die Deutschen aus allen Teilen Europas geraubt hatten und die die Rote Armee 1945 als Kriegsbeute mit nach Russland genommen hatte.¹⁰ Erst nach der Rückkehr des IAV-Archivs im Jahre 2003 nach Amsterdam wurde deutlich, wie umfangreich das Archiv von Rosa Manus war, und konnte die Forschung über ihr Leben und Werk beginnen. Und auch wenn wir inzwischen feststellen konnten, dass ihr zurückgekehrtes Archiv längst nicht vollständig ist – so fehlt beispielsweise jegliche Korrespondenz mit deutschen Feministinnen – so hat es uns letzten Endes die Erkenntnis ermöglicht, wie bedeutsam ihre Rolle in der niederländischen und internationalen Frauenbewegung ist.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Everard, Myriam / de Haan, Francisca (Hrsg.): *Rosa Manus (1881–1942). The International Life and Legacy of a Jewish Dutch Feminist*, Leiden / Boston 2017, vor allem Everard, Myriam: *Fateful Politics. The Itinerary of Rosa Manus, 1933–1942* (S. 240–300).
- 2 Inzwischen sind immer mehr Instanzen in den Niederlanden von den Argumenten überzeugt, die in der Publikation *Rosa Manus* (vgl. Anm. 1) angeführt werden, siehe beispielsweise das Online-Monument für die mehr als 100.000 jüdischen Männer und Frauen aus den Niederlanden, die den Holocaust nicht überlebten, online unter <https://www.joodsmonument.nl/nl/page/564866/death-of-rosette-rosa-susanna-manus> [Stand vom 24.02.2020] und das Memorbuch *De 102.000 namen (Die 102.000 Namen)*, herausgegeben von Boom / Herinneringscentrum Kamp Westerbork, Amsterdam / Hooghalen 2018, S. 1179. Die Gedenkstätten Ravensbrück und Bernburg planen, die neuen Informationen über Rosa Manus in ihre Dauerausstellungen und Datenbanken aufzunehmen.
- 3 So wurde die Straße, an der die Gedenkstätte Bernburg liegt, bereits in den 1950er Jahren in Olga-Benario-Straße umbenannt. An Rosa Manus hingegen wurde in Ravensbrück erst 2017 bei der Buchpräsentation von *Rosa Manus* (zum 72. Jahrestag der Befreiung des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück) zum ersten Mal ausdrücklich erinnert.
- 4 Im Folgenden beziehe ich mich, wenn nicht anders angegeben, auf Everard, Myriam / de Haan, Francisca (Hrsg.): *Rosa Manus* (wie Anm. 1).
- 5 Van Ammers-Küller, Jo: *Rosa Manus*, in: *Bedeutende Frauen der Gegenwart. Zehn Frauenbildnisse*. Aus dem Holländischen übertragen von Eva Schumann, Bremen 1935, S. 175–208, dort S. 178. In diesem

- Porträt, das 1933 auf Niederländisch erschien, gibt es einige Fehler in den Fakten, siehe dazu die Anmerkungen zur englischen Übersetzung, die in Rosa Manus (wie Anm. 1) aufgenommen wurden (S. 359–382).
- 6 Zu diesen national und international wirkenden deutschen Feministinnen siehe Digitales Deutsches Frauenarchiv, online unter <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de> [Stand vom 26.03.2020], und Everard, Myriam / de Haan, Francisca (Hrsg.): Rosa Manus (wie Anm. 1).
 - 7 Zur „Aktion 14f13“ in Ravensbrück vgl. Schwartz, Johannes: Die Selektion und Zusammenstellung der Vernichtungstransporte nach Bernburg im Februar und März 1942 im Frauen-KZ Ravensbrück, in: Ravensbrückblätter 115 (Juni 2003), und Apel, Linde: Jüdische Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück 1939–1945, Berlin 2003, S. 296–316. Grundsätzlich zur Aktion „14f13“: Wachsmann, Nicolaus: KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, München 2016, S. 285–304.
 - 8 Vgl. dazu den Brief von Henriette Polak an ihre Mutter in den Niederlanden (Ravensbrück, März 1942), der als historisches Dokument in Everard, Myriam / de Haan, Francisca (Hrsg.): Rosa Manus (wie Anm. 1) abgedruckt ist (S. 408–417).
 - 9 Vgl. Finsterwalder, Sebastian / Pröß, Peter: Raubgut für den Wiederaufbau. Die Bergungsstelle für wissenschaftliche Bibliotheken in Berlin, in: Schönberger, Pia / Loitfellner, Sabine (Hrsg.): Bergung von Kulturgut im Nationalsozialismus. Mythen – Hintergründe – Auswirkungen, Wien 2016, S. 331–357, vor allem S. 354–356, und ZLB: Internationales Archiv der Frauenbewegung, online unter <https://www.zlb.de/de/fachinformation/spezialbereiche/provenienzforschung/restitutionen/internationales-archiv-der-frauenbewegung.html> [Stand vom 19.03.2020].
 - 10 Zur langen (Kriegs-)Geschichte des IAV vgl. de Haan, Francisca: A „Truly International“ Archive for the Women’s Movement (IAV, now IIAV): From its Foundation in Amsterdam in 1935 to the Return of its Looted Archives in 2003, in: Journal of Women’s History, 16, 4 (2004), S. 148–172.



Feierliche Übergabe der Gedenktafel „Ereignisse im Herbst 1989“ am 1. Oktober 2019 vor dem Gebäude des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Verhaftet im Oktober '89 – Gedenktafel in Halle (Saale) eingeweiht

Anne Kupke-Neidhardt

Im Gebäude des heutigen Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt in der Reideburger Straße 47 in Halle (Saale) befand sich bis 1990 eine Schule der DDR-Transportpolizei mit einem großen Außengelände und einem Garagenkomplex, der inzwischen fast vollständig abgerissen wurde.

Im Zuge der Sanierung des Gebäudes hatte sich das Landesamt mit der Geschichte des eigenen Hauses befasst und den Wunsch geäußert, an diese mit einer Gedenktafel zu erinnern. Der ortsansässige Verein Zeit-Geschichte(n) e.V. hat diesen Wunsch unterstützt, einen Tafeltext formuliert und die notwendigen Gelder eingeworben. Einen Beitrag leisteten neben dem Zeit-Geschichte(n) e.V. die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Mitarbeiter des Landesamtes mit eigenen Spenden. Am 1. Oktober 2019 konnte die Tafel im Beisein

mehrerer Zeitzeugen, des Oberbürgermeisters der Stadt Halle (Saale), Dr. Bernd Wiegand, und der Landesbeauftragten Birgit Neumann-Becker feierlich enthüllt werden. Dabei wurde an die Ereignisse im Herbst 1989 erinnert: Das Ministerium für Staatssicherheit hatte am Sitz des heutigen Landesamtes bereits 1988 einen „Zentralen Zuführungspunkt“ eingerichtet, das heißt im Falle einer „Konterrevolution“ sollten hier Menschen ohne Haftbefehl und außerhalb öffentlicher Wahrnehmung festgesetzt und verhört werden.

Anfang Oktober 1989 erging vom Nationalen Verteidigungsrat der DDR in Bezirke und Kreise der Befehl, alle militärischen, paramilitärischen und polizeilichen Kräfte sowie die Staatssicherheit in erhöhte Alarmbereitschaft zu versetzen. Die Kernaussage des Befehls lautete wie folgt: „Konterrevolutionäre Aktivitäten sind schon im Ansatz und mit allen Mitteln zu verhindern!“¹ Am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR, und am Montag, dem 9. Oktober 1989, kam es wie in vielen Orten auch in Halle (Saale) zu vereinzelt Protestaktionen. Bei den darauf folgenden gewaltsamen Räumungen des Marktplatzes wurden Menschen auf LKW verladen und zum „Zentralen Zuführungspunkt“ in der Reideburger Straße gebracht: 48 Menschen am 7. und 37 Personen am 9. Oktober – darunter nur wenige Demonstranten, sondern mehrheitlich Erwachsene und Minderjährige, die sich nur zufällig auf dem Marktplatz aufgehalten hatten. In offenen Garagen mussten sie – viele bis zum nächsten Morgen – mit dem Gesicht zur Wand stehen. Es war ihnen verboten, sich hinzusetzen oder zur Erwärmung zu bewegen. Verpflegung gab es nicht. Wer sich beschwerte, musste zur Strafe die „Fliegerstellung“ einnehmen – sich mit gespreizten Armen und Beinen an die Wand lehnen – oder vor dem Gebäude im Regen stehen.

Mitarbeiter der Staatssicherheit legten ihnen in Einzelverhören vorbereitete Geständnisse über die „Teilnahme an einer illegalen Demonstration“ zur Unterzeichnung vor, in einigen Fällen verbunden mit erkennungsdienstlicher Behandlung und Blutentnahme. Eine Rechtsbelehrung erfolgte nur in Einzelfällen. Zu Entlassungen kam es erst in der Nacht und den frühen Morgenstunden. Mehrere Personen wurden aber auch in die Stasi-Untersuchungshaftanstalt ROTER OCHSE überführt.

Das Entsetzen über Willkür und Gewalt gegen unbescholtene Bürger war Anlass zur Gründung einer Mahnwache auf dem Gelände der halleschen Georgenkirche und einer Bürgerversammlung in der Pauluskirche mit der Forderung „Gewaltfreiheit für unsere Stadt“. Durch zahlreiche Hinweise von Besuchern der Mahnwache und Anrufern des

Kontakttelefons wurde das ganze Ausmaß der Gewalt bei der Räumung des Marktplatzes und den Festnahmen im Umfeld sichtbar.

Auf Druck der Mahnwache und der Montagsdemonstrationen erklärte sich die Stadtverordnetenversammlung am 12. November 1989 zur Unterstützung einer unabhängigen Bürgerkommission zur „Untersuchung von Willkür und Gewalt im Demokratisierungsprozess“ bereit. Deren Abschlussbericht dokumentiert das Geschehene und benennt die Verantwortlichen: Die politische Verantwortung lag bei der SED, deren 1. Sekretär der Bezirksleitung den Vorsitz der Einsatzleitung hatte. Im Einsatz waren Volkspolizei, Staatssicherheit und paramilitärische „Betriebskampfgruppen“, deren Vorgehen sowohl DDR-Gesetze als auch die von der DDR unterzeichneten internationalen Menschenrechtsabkommen verletzte.

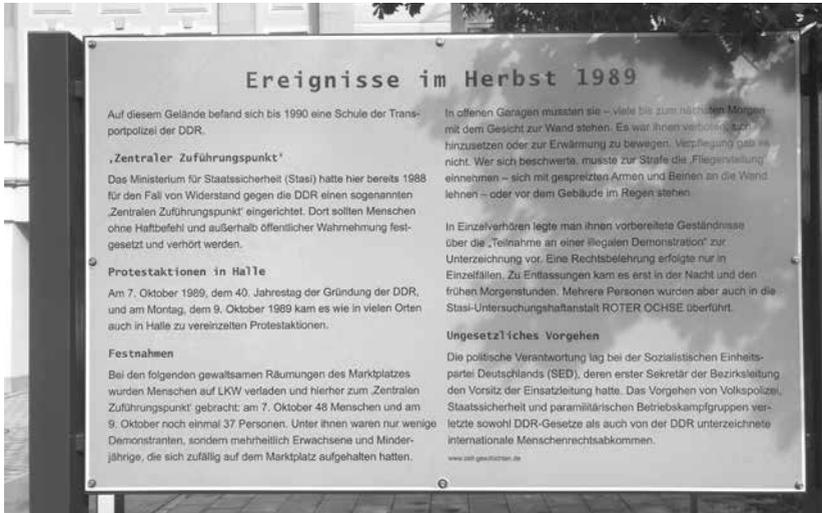
Die Mahnwache in der Georgenkirche dokumentierte das Geschehen unmittelbar durch die Sammlung von Zeugenaussagen. Diese Zeitzugnisse liegen heute im Archiv des Vereins Zeit-Geschichte(n).

Vier Zeitzugnisse sollen hier stellvertretend für viele andere zu Wort kommen²:

„Andreas Friedrich besuchte am 7.10. mit einem Freund den Halle-Basar. Vor dem Roten Turm sahen beide die Menschenansammlung und blieben aus Neugier stehen. Bei der gewaltsamen Räumung des Marktplatzes wurde er auf den Rücken und in den Magen geschlagen, so dass zwei Rippen brachen. In den Garagen musste er von 20 Uhr bis zum Nachmittag des 8. 10. mit erhobenen Händen stehen. Nach seiner Befragung wurde er in den Roten Ochsen gebracht. Nach erneuter Befragung erhielt er am 10. 10. das Urteil: 6 Monate Haft. Einen Rechtsanwalt konnte er nicht hinzuziehen. Am 13. 10. wurde Herrn Friedrich mitgeteilt, dass die Strafe zur Bewährung über 2 Jahre ausgesetzt wurde. Es folgte die Bemerkung: ‚Das ist eine Geste von uns.‘

Als er auf der Arbeitsstelle seinen Krankenschein abgab, wurde ihm mitgeteilt, dass es ihm frei stehe, sein Arbeitsverhältnis aufzulösen.“

Wilfried Völlger hat am 9. 10. Folgendes beobachtet: *„Gegen 19:20 Uhr wurde ich auf dem halleschen Marktplatz Zeuge von gewalttätigen Ausschreitungen einzelner Angehöriger der Volkspolizei. Insbesondere musste ich von meinem Standort Stadthaus/Ecke Schmeerstraße mit ansehen, wie ein junger Mann von drei Polizisten brutal zusammengeschlagen und misshandelt wurde. Der junge Mann kam im Laufschrift aus*



Die vom Verein Zeit-Geschichte(n) e.V. erstellte Gedenktafel zur Erinnerung an die Ereignisse im Herbst 1989 in Halle (Saale)

Richtung Boulevard gelaufen und wurde etwa zwischen Händeldenkmal und Stadthaus von zwei Polizisten eingeholt, ergriffen, dann mit Gummiknüppeln vielfach geschlagen. Auch als der Mann wehrlos am Boden lag, schlugen die beiden Uniformierten weiter auf ihn ein, und ein dritter Polizist, der dazukam, schlug ebenfalls und trat mehrfach mit dem Stiefel den am Boden Liegenden in die Seite. Danach wurde der Mann weggeschleift. Das Geschehen vollzog sich etwa 20–30 Meter entfernt von mir, dauerte etwa eine halbe Minute und war wegen der elektrischen Beleuchtung des Platzes präzise zu beobachten.“

Jens S. gab Folgendes zu Protokoll: „Er wurde am 9. 10. auf dem Markt beim Umsteigen in die Straßenbahn ‚zugeführt‘ und in die Reideburger Str. gebracht. Weil er nach einer Zigarette fragte, musste er 8 Stunden im Freien stehen. Er wurde geschlagen mit den Worten ‚Ihr müsst endlich lernen, zu gehorchen.‘ Am nächsten Morgen wurde er gegen 10 Uhr durch das MfS und die Kripo verhört. Ebenso wurden von ihm Fingerabdrücke und Fotos gemacht.“



Gedenkveranstaltung am 19. November 2019 in der Marktkirche der Stadt Halle (Saale)

„Arno Genzel hatte am 9.10. am Mikrofon in der Marktkirche zum gewaltlosen Protest und zum Austritt aus den Massenorganisationen aufgerufen. Anschließend wurde er auf der Treppe zum Hallmarkt von 5 Sicherheitskräften zu Boden geworfen, mit Gummiknüppeln geschlagen und auf einen LKW geworfen. In den Garagen wurde ihm gegen die Beine getreten, weil er sich umdrehte, um zu sehen wie viele Menschen anwesend waren.“

Die Aufstellung der Gedenktafel am Rande der Stadt wurde begleitet von einer Veranstaltung in der Marktkirche. Rund 400 Besucher sahen dort den Überwachungsfilm, den das MfS am 9. Oktober 1989 auf dem Marktplatz aufgenommen hatte. Dieser Film war bisher nur einmal in einer Ausstellung des Vereins Zeit-Geschichte(n) zu sehen und wurde in dieser Form noch nie öffentlich aufgeführt. Vier Zeitzeugen kommentierten den Film und erläuterten insbesondere das, was auf den Bildern nicht zu sehen ist. Das MfS hat den Film vermutlich beschnitten, denn die Zeitspanne, in der die gewaltsame Räumung des Marktplatzes stattfand, ist nicht auf Band erhalten.

Über das Geschehen im damaligen „Zentralen Zuführungspunkt“ berichteten Stefan Hellem und Anja Falgowski. Hellem war am 7. Oktober 1989 auf dem Marktplatz verhaftet worden und demonstrierte bereits am 9. Oktober wieder dort mit. Heute ist er Redakteur beim Mitteldeutschen Rundfunk. Anja Falgowski war am 9. Oktober auf dem Marktplatz als zufällige Passantin verhaftet und in die Reideburger Straße gebracht worden. Heute ist sie als freie Redakteurin tätig.

Über das Geschehen auf dem Marktplatz und in der Marktkirche sprachen anschaulich Wolfgang Schuster und Günther Buchenau. Schuster ist seit den 1980er Jahren engagiert bei der Ökologischen Arbeitsgruppe Halle³, heute arbeitet er beim Umweltaamt der Stadt Halle (Saale). Günther Buchenau war 1989 Superintendent des Kirchenkreises Halle und sprach auch über die innerkirchlichen Diskussionen zum Umgang mit den Oppositionsgruppen. Die Leiterin der BStU Außenstelle Halle (Saale), Marit Krätzer, bereicherte die Veranstaltung, indem sie an den entsprechenden Stellen die minuten-genauen Aufzeichnungen des MfS aus dem Lagebericht verlas.

Zahlreiche Wortmeldungen von Zeitzeugen aus dem Publikum rundeten das Bild ab und bekräftigten, wie wichtig es ist, auch daran zu erinnern, dass die Friedliche Revolution nicht überall ganz so friedlich war.

Anmerkungen

- 1 Abschlussbericht und Dokumentation: Zeitweilige Kommission zur Untersuchung von Willkür und Gewalt im Zusammenhang mit dem Demokratisierungsprozess in Halle 1989/1990. Abschlussbericht. Archiv Verein Zeit-Geschichte(n).
- 2 Dokumentation der Mahnwache, Archiv Verein Zeit-Geschichte(n).
- 3 Vgl. dazu u.a. Berg, Wieland: Wasser auf die Mühlen: Die Saaleaktion 1989 zwischen Wahlfälschung und Montagsdemos in Halle – und wie die Stasi nur noch hinterher lief. Eine Dokumentation hrsg. v.d. Ökologischen Arbeitsgruppe Halle, 2000.



Kampagnenlogo des Arbeitskreises für das Veranstaltungsjahr „Aufbruch 1989 – 30 Jahre Friedliche Revolution in Magdeburg“, © anbosco Annett Bohse-Sonntag 2019

„Aufbruch 1989 – 30 Jahre Friedliche Revolution in Magdeburg“ – Ein Rückblick auf das Veranstaltungsprogramm zum Jubiläum

Daniel Bohse

Im Mittelpunkt der Ausstellungs- und Veranstaltungsplanung der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg im Jahr 2019 stand das Jubiläum „30 Jahre Friedliche Revolution in der DDR“. Wie schon für das 25-jährige Jubiläum im Jahr 2014 hatte die Gedenkstätte auch dieses Mal in Kooperation mit dem Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Magdeburg e.V. einen Arbeitskreis initiiert, um ein breites Veranstaltungsprogramm für die Stadt Magdeburg zu entwickeln. Hierfür trafen seit August 2018 mehrfach Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Institutionen, Kultur- und Bildungseinrichtungen zusammen, darunter unter anderem die BStU-Außenstelle Magdeburg, das Stadtarchiv Magdeburg, das Kulturhistorische Museum Magdeburg, der Evangelische Kirchenkreis Magdeburg, das Roncalli-Haus Magdeburg, das

Literaturhaus Magdeburg, das Landesarchiv Sachsen-Anhalt, die Stadtbibliothek Magdeburg, das Theater Magdeburg, die Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt, die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, das Bürgerkomitee Magdeburg e.V., die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, der Ökumenische Arbeitskreis „Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung“, die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, die Fachhochschule Magdeburg-Stendal und die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Zum Arbeitskreis stießen im Laufe der Monate auch einige an der Mitarbeit am Veranstaltungsprogramm interessierte Magdeburger Kulturschaffende, wie beispielsweise die Schriftstellerin Sophia Alt und der Fotograf Matthias Pavel.

Die Mitglieder des Arbeitskreises verständigten sich schnell auf ein Veranstaltungsjahr, galt es doch nicht nur an die Friedensgebete und Demonstrationen im Herbst 1989, sondern auch an verschiedene Zäsuren und Entwicklungen im Vorfeld und Nachgang der Friedlichen Revolution in der DDR zu erinnern bzw. an diese anzuknüpfen. Hierzu gehören unter anderem die Kommunalwahlen in der DDR vom Mai 1989, bei denen Bürgerrechtler von den zuständigen SED-Funktionären gedeckte bzw. veranlasste Wahlfälschungen festgestellt und öffentlich gemacht hatten. Eine andere wichtige Zäsur stellten die ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR vom März 1990 dar, bei denen sich die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für das CDU-geführte Wahlbündnis und damit für die möglichst schnelle Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik entschieden hatte. Diese beiden historischen Bezugspunkte galten als Eckpfeiler des Veranstaltungsjahres, das sich schließlich von März 2019 bis März 2020 erstreckte. Ein Ziel des Arbeitskreises bestand darin, mit einer großen Bandbreite an Formaten an möglichst vielen Orten in Magdeburg das gesamte Veranstaltungsjahr zu nutzen, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Um die Veranstaltungen als eine gemeinsame Reihe einheitlich bewerben zu können, diskutierte der Arbeitskreis auch über eine Dachmarke, die schließlich mit „Aufbruch 1989 – 30 Jahre Friedliche Revolution in Magdeburg“ gefunden wurde. Diese trägt dem Wunsch Rechnung, zu verdeutlichen, dass es den Veranstaltenden nicht nur um eine Rückschau auf Vergangenes ging, sondern – mit Blick auf die Gegenwart – auch um von der Friedlichen Revolution ausgehende und zum Teil auch noch heute wirkende Impulse. Der Dachmarke zur Seite gestellt wurde ein eigens entwickeltes Logo, das für die Bewerbung aller Veranstaltungen Verwendung fand.

Über die Reihe „Aufbruch 1989 – 30 Jahre Friedliche Revolution in Magdeburg“ und die in Magdeburg zum Jubiläum geplanten Veranstaltungen informierten die Mitglieder des Arbeitskreises am 13. März 2019 während eines Pressegesprächs in der BStU-Außenstelle Magdeburg. Bereits zu diesem Zeitpunkt umfasste das Programm 22 Veranstaltungen, darunter Gedenkgottesdienste- und Konzerte, ein Sternmarsch, eine Baumpflanzaktion, Sonderausstellungen, Lesungen und Filmvorführungen sowie Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. Die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg war in diesem Ursprungsprogramm – teilweise in Kooperation mit anderen Einrichtungen – mit sechs Veranstaltungen und fünf Ausstellungen vertreten.

Das Veranstaltungsjahr begann am 19. März 2019. Im Rahmen einer Kooperation des Stadtarchivs Magdeburg mit der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg referierte der Jurist und Rechtshistoriker Dr. Enrico Rennebart (Berlin) im Stadtarchiv über die 1987 ins Leben gerufene Städtepartnerschaft Magdeburg-Braunschweig im Visier des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Zum gleichen Zeitpunkt las in der Stadtbibliothek Magdeburg die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky, aus ihrem Buch „Frauen in der DDR“.

Das Veranstaltungsprogramm umfasste bereits im Frühjahr 2019 eine Fülle von Formaten: Neben Ausstellungen (beispielsweise im Dom zu Magdeburg) lockten unter anderem Workshops mit dem Künstler Martin Hoffmann, Lesungen (Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt, Stadtbibliothek), Podiumsgespräche (unter anderem mit dem früheren Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, organisiert von der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt), eine Ringvorlesung im Roncalli-Haus unter anderem mit dem Theologen Wunibald Müller und auch ein Blick hinter die Kulissen inklusive Probenbesuch und Diskussion mit der Regisseurin und dem Dramaturgen des Stückes „Düsterbusch City Lights“ im Theater Magdeburg. Ein besonderes Highlight im Veranstaltungsprogramm stellte das von der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt und der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt am 14. und 15. Juni 2019 veranstaltete Osteuropa-Seminar dar. Referentinnen und Referenten aus Deutschland, Ungarn, Tschechien, Polen und Rumänien zogen eine aktuelle Bilanz zum Thema „Das Erbe der Dissidenten Osteuropas. Von Mut, Aufbruch und verlorenen Hoffnungen“. In der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg referierte und diskutierte am 2. Mai 2019 die Historikerin Dr. Sabine Pannen (Berlin) unter dem Titel „Wo ein Genos-

se ist, da ist die Partei ...“ zum inneren Verfall der SED-Parteibasis im letzten Jahrzehnt der DDR. In ihrer 2018 erschienen Studie hat sie am Beispiel eines DDR-Großbetriebes erstmals systematisch das Innenleben der SED-Basis von den späten 1970er-Jahren bis zu ihrem Zerfall im Dezember 1989 untersucht. Die Veranstaltung in Kooperation mit dem Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Magdeburg rahmte zugleich die Eröffnung der bis zum 30. Mai 2019 in der Gedenkstätte präsentierten Sonderausstellung „Lageberichte“, eine Eigenproduktion des Dokumentationszentrums auf der Grundlage von Lageberichten und Stimmungsbildern, die der Staatssicherheitsdienst vom Mai zum Jahresende 1989 aus Betrieben des Bezirkes Magdeburg zusammengetragen hatte.

Auch in den Ferienmonaten Juli und August konnten sich daheimgebliebene Magdeburgerinnen und Magdeburger ebenso wie Auswärtige in unterschiedlichen Formaten mit den Ereignissen vor 30 Jahren auseinandersetzen. Eine Möglichkeit dazu bot sich in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, die vom 4. Juli bis zum 27. August 2019 die von der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn erarbeitete Sonderausstellung „SED, wenn Du nicht gehst, dann gehen wir“ präsentierte. Die von zahlreichen Besucherinnen und Besuchern wahrgenommene Ausstellung mit ihren vielen Medienstationen dokumentiert die Friedliche Revolution in der DDR und den Prozess, der zur deutschen Einheit führte, wobei das Hauptaugenmerk den Protagonisten der Bürgerrechtsbewegung gilt. Als einer der Ausstellungsmacher bot Rainer Potratz (Potsdam) am 15. August 2019 einen Einblick in das Konzept und gab den Anwesenden anschließend eine Einführung in die Ausstellung. Im August 2019 öffneten gleich mehrere Ausstellungen ihre Pforten: Im Kulturzentrum Moritzplatz (unter anderem in Kooperation mit dem Stadtarchiv Magdeburg) wurden unter dem Titel „Herbstbilder – Magdeburg 1989“ Aufnahmen des Fotografen Dieter Müller (Magdeburg) präsentiert, im Landesfunkhaus Magdeburg (in Kooperation mit der Kloster Bergeschen Stiftung) die Exposition von Matthias Pavel „Wir sind das Volk – Eine fotografische Dokumentation der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 in Magdeburg“ und im Landesarchiv Magdeburg unter dem Titel „REVOLUTION! 1989/90 in Magdeburg und im Bezirk“ eine erstmalige Präsentation zahlreicher Dokumente aus der Überlieferung der Volkspolizei und anderer staatlicher Behörden sowie Parteien und Massenorganisationen (bis zum 30. Juni 2020). In der Gedenkstätte Moritzplatz eröffnete am 29. August 2019 die vom Martin-Luther-King-Zentrum Werdau erarbeitete Ausstellung „Unter Druck. Die Zeitungen der Friedlichen Revolution“, die

in Kooperation mit dem Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Magdeburg bis zum 6. Oktober präsentiert wurde. Im Rahmen der Reihe MAGDEBURGER REDEN ÜBER KULTUR veranstaltete das Forum Gestaltung am Vortag ein Podiumsgespräch mit dem Schriftsteller und Publizisten Stephan Wackwitz (Berlin) zum Thema „Geschichten von eurer und unserer Freiheit. Was wir von Osteuropa lernen könnten“.

Das Gros der Veranstaltungen und Ausstellungen konzentrierte sich auf die Monate September bis November. Schließlich hatten nun auch andere Institutionen das Jubiläum in den Blick genommen und im Rahmen ihrer Veranstaltungsplanungen berücksichtigt. Für das gesteigerte öffentliche Interesse an den Veranstaltungen hatte neben der ohnehin bestehenden medialen Präsenz des anstehenden Jubiläums auch am 5. September der Aufruf von Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper anlässlich des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989 beigetragen.

Das Jubiläum war am 8. September in Form einer Lesung mit den Schauspielerinnen Carmen-Maja und Jennipher Antoni unter dem Titel „Brigitte Reimann – Post vom schwarzen Schaf. Geschwisterbriefe“ auch im Programm der 28. Magdeburger Literaturwochen verankert (Forum Gestaltung in Kooperation mit dem Literaturhaus Magdeburg). Die Stadtbibliothek Magdeburg knüpfte vier Tage später mit einem Vortrag der Vorstandsvorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dr. Dagmar Enkelmann, unter dem Titel „Emanzipiert und stark – Frauen in der DDR“ an ihre Veranstaltung vom 19. März an. In der Wallonerkirche lud die Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen-Anhalt am 19. September zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Friedliche Revolution 1989 und der Prozess des Zusammenwachsens“ ein, an der auch Innenminister Holger Stahlknecht teilnahm. Die BStU-Außenstelle Magdeburg präsentierte die Wanderausstellung „Stasi Ohn(e)Macht. Die Auflösung der Geheimpolizei“ (2. September 2019 bis 21. Februar 2020).

Ein weiteres Highlight stellte ab dem 5. Oktober (Uraufführung) die vom Theater Magdeburg erarbeitete Stadtrauminszenierung „UTOP 89 ... und wer kümmert sich jetzt um die Fische?“ der Regisseure Meret Kiderlen und Kim Willems dar. Der nach wie vor im Programm befindliche, etwa zweistündige Audioguide-basierte „hörbare Stadtrundgang“ führt an verschiedene Orte in der Stadt, die im Herbst 1989 „Ereignisorte“ waren. Hierbei kommen jeweils auch Protagonisten und Zeitzeugen der Friedlichen Revolution zu Wort, sodass sich im Kopf der Zuhörenden ein Eindruck verdichtet, was im Herbst 1989 an verschiedenen Stellen in Magdeburg passierte und wie sich das auf die Menschen



Besucher in der Ausstellung „Herbst 1989 in Magdeburg“ im Magdeburger Dom

vor Ort auswirkte. Einer dieser Ereignisorte und im Jubiläumsjahr zugleich Schauplatz verschiedener Veranstaltungen ist der Dom zu Magdeburg. Am 1. Oktober wurde hier die von der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg gemeinsam mit dem Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Magdeburg erstellte Wanderausstellung „Herbst 1989 in Magdeburg“ (1. Oktober bis 15. November 2019) eröffnet. Am Nachmittag des 9. Oktober war der Dom Ziel eines an die Demonstrationen vom Herbst 1989 erinnernden Sternmarsches unter dem Motto „Schutzdach Kirche und aufrechter Gang“, an dem sich zahlreiche Personen beteiligten. Bereits an den Ausgangspunkten des Sternmarsches fanden verschiedene Aktionen statt – so am Hasselbachplatz das Singen von Friedensliedern, in der Kathedrale St. Sebastian ein Gebet und vor der Johanneskirche die Baumpflanzaktion „ein Baum für die Demokratie“ auf Initiative des ehemaligen Oberbürgermeisters Dr. Willi Polte, des ehemaligen Dompredigers Giselher Quast, des Landesvorsitzenden des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Dieter Steinicke, und des langjährigen Stadtverordneten Hans-Dieter Bromberg. Der anschließende Gottesdienst im Dom firmierte wie im Herbst 1989 als Friedensgebet und „Gebet für gesellschaftliche Erneuerung“. Zwei Tage später standen im Forum Gestaltung in der

Reihe MAGDEBURGER REDEN ÜBER KULTUR die Umbrüche und Aufbrüche der Theater Ostdeutschlands nach 1989 am Beispiel der Freien Kammerspiele Magdeburg im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion. Am 14. Oktober verfolgten in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, wie schon 14 Tage zuvor im Magdeburger Dom, wieder zahlreiche Gäste die Vorführung des Films „Magdeburg im Herbst 1989. Zeitzeugen berichten“, der eigens vom Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees produziert worden war. Das Roncalli-Haus startete am 18. Oktober seine dreitägige Seminarreihe „Katholische Kirche 30 Jahre nach der Revolution“ und in der Stadtbibliothek fanden im Oktober und November gleich mehrere Buchvorstellungen und Diskussionen statt: am 16. Oktober mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Roland Jahn, zu neuen Gräben zwischen Ost und West 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution, am 29. Oktober mit dem Magdeburger Autoren Reinhard Spindler über dessen neues Buch „Eigenheim und Planwirtschaft in den Zeiten des Sozialismus ...“ und am 5. November mit dem Historiker Dr. Rainer Karlsch zur Tätigkeit der Treuhand und zur Transformation der ostdeutschen Wirtschaft. Es folgten eine Woche später ein Literaturabend mit Tobias von Elsner vom Kulturhistorischen Museum Magdeburg und am 21. November eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit dem Journalisten und Autoren Peter Wensierski über oppositionelle Gruppen in den 1980er Jahren in Berlin und Leipzig. In die Reihe derartiger Veranstaltungen im November 2019 fügten sich jene in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg nahtlos ein. Hier stellte die Magdeburger Autorin Sophia Alt im Begleitprogramm der Ausstellung „Herbst 1989 in Magdeburg“ am 20. November ihren im Magdeburg der Wende- und Nachwendezeit angesiedelten historischen Roman „Das Land hinter der Mauer“ vor. Am 25. November referierte Matthias Ohms von der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am Beispiel von Magdeburg über die sich wandelnde Rolle der Volkspolizei während der Friedlichen Revolution – vom Schlagstockeinsatz hin zur Sicherheitspartnerschaft. Und auch die vom Ökumenischen Arbeitskreis „Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung“ im Zeitraum vom 10. bis zum 20. November veranstaltete Ökumenische FriedensDekade mit Friedensgebeten, Bittgottesdiensten und weiteren Aktionen stand unter anderem im Zeichen des Erinnerns an die Friedliche Revolution. Eine besondere Rolle im Veranstaltungsjahr spielte natürlich der 9. November als Jahrestag der Öffnung der innerdeutschen Grenze. Hierfür hatten mehrere Kirchengemeinden ein Dank- und Gedenkkonzert organisiert, das am Abend des 9. November unter



Lesung mit Sophia Alt in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg am 20. November 2019

dem Titel „Te Deum – 30 Jahre Friedliche Revolution“ als klassisches Konzert für Chor und Orchester viele Menschen in seinen Bann ziehen konnte. Zum gleichen Anlass war bereits zwei Tage zuvor im Landtag von Sachsen-Anhalt die Ausstellung „1989. 30 Jahre Friedliche Revolution in Magdeburg“ (bis zum 20. Dezember 2019) mit Fotografien von Matthias Pavel eröffnet worden.

Auch nach der Weihnachtspause und dem Jahreswechsel bot das Veranstaltungsjahr „Aufbruch 1989 – 30 Jahre Friedliche Revolution in Magdeburg“ noch einige Highlights, sowohl in Form von Veranstaltungen als auch von Ausstellungen. Im Begleitprogramm seiner Sonderausstellung „REVOLUTION! 1989/90 in Magdeburg und im Bezirk“ hatte das Landesarchiv Sachsen-Anhalt die Veranstaltungsreihe „Revolution im Rückblick: Zeitzeugen im Gespräch zur Friedlichen Revolution“ etabliert. In diesem Rahmen referierte und diskutierte am 3. Februar 2020 Prof. Dr. Konrad Breitenborn, der von 1990 bis 1994 dem ersten Landtag von Sachsen-Anhalt angehört hatte, unter anderem über die politischen Weichenstellungen im Jahr 1990 in Magdeburg. Eingebettet in den Tag der Archive, konnten Besucherinnen und Besucher einer Diskussionsveranstaltung im Landesarchiv Sachsen-Anhalt am 7. März 2020 verschiedenen Zeitzeugen lauschen,

die eindrücklich über die damaligen Ereignisse in Magdeburg berichteten. Diese stand ebenso wie die Veranstaltungen im Stadtarchiv unter dem Motto „Wir sind das Volk! Die mündigen Bürger von 1989/90“. Im Stadtarchiv referierte der Journalist Fabian Hermann über den Runden Tisch in Magdeburg. Des Weiteren diskutierten der „Wende-Fotograf“ Dieter Müller, Pfarrerin Renate Höppner sowie die damals im Bürgerkomitee Magdeburg aktiven Barbara Bumke und Winfried Overmann über ihre seinerzeitigen Erfahrungen.

Bedingt durch die Corona-Krise und die hierdurch erfolgte Schließung sämtlicher Kultur- und Bildungseinrichtungen konnten gerade zum Ende des Veranstaltungsjahres nicht alle Projekte wie ursprünglich geplant stattfinden. Das betraf Veranstaltungen ebenso wie einige Ausstellungsprojekte, mit denen das Themenjahr seinen Abschluss finden sollte. Den besonderen Umständen geschuldet, konnte die vom Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees neu erstellte und am 1. März in der Gedenkstätte Moritzplatz eröffnete Ausstellung „Vom Zettelfalten zum freien Wählen“ zur ersten freien Volkskammerwahl vom 18. März 1990 deutlich weniger Menschen erreichen, als es bis zum Ende der Präsentation am 9. April angedacht war.

Gleichsam kann bilanziert werden, dass den Magdeburgerinnen und Magdeburgern die Friedliche Revolution vom Herbst 1989 auch nach 30 Jahren ein wichtiges Thema zu sein scheint: Sei es aus eigenem Erleben heraus und teilweise auch bedingt durch den Stolz, dabei gewesen zu sein, sowie aus dem Reflektieren der seinerzeitigen Erwartungen und Wünsche an die Zukunft, aus dem Bewusstsein, dass damals auch in ihrer Stadt Geschichte geschrieben wurde, oder sei es aus purem Interesse, wie die Friedliche Revolution die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner verändert hat. Deutlich wurde das nicht nur anhand der Besucherzahlen der Veranstaltungsreihe „Aufbruch 1989 – 30 Jahre Friedliche Revolution in Magdeburg“, die neben den hier genannten noch zahlreiche weitere, hier nicht erwähnte Projekte und Veranstaltungen umfasste, sondern auch an den positiven Reaktionen und Rückmeldungen der Gäste.

Aus der Arbeit der Stiftung



1945 | 2020

Das Kriegsende in und um Prettin: Ein Rückblick nach 75 Jahren

Lisa Lindenau

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte eine bereits langfristig geplante Gedenkveranstaltung anlässlich des Kriegsendes vor 75 Jahren bedauerlicherweise nicht wie ursprünglich vorgesehen in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin durchgeführt werden. Um der Bedeutung des Themas dennoch gerecht zu werden und der Befreiung der Konzentrationslager und der Opfer des Nationalsozialismus würdig zu gedenken, hat sich das Team der Gedenkstätte dazu entschieden, eine digitale Form des Gedenkens zu ermöglichen und eine Social-Media-Kampagne entwickelt.

Unter dem Titel „1945 | 2020. Das Kriegsende in und um Prettin: Ein Rückblick nach 75 Jahren“ wurden vom 8. bis zum 24. April 2020 auf der Facebook-Seite der Gedenkstätte thematische Postings veröffentlicht, darunter Zitate von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mit unterschiedlichen Perspektiven sowie historische Hintergrundinformationen zu den Ereignissen im Frühjahr 1945. Interessierte waren zudem eingeladen, ihre eigenen bzw. familiären Erinnerungen unter den Hashtags #Erinnern, #Prettin und #75Befreiung zu teilen.

8. April 2020

Karl Hennig war 12 Jahre alt, als die ersten Kolonnen im April 1945 Prettin erreichten. „Von den ersten Apriltagen an kamen Marschkolonnen vorbei, in ihren gestreiften Haftanzügen, bewacht von Soldaten [...]“¹

Die deutsche Bevölkerung reagierte weitgehend passiv auf die Kolonnen, die durch ihre Dörfer und Städte getrieben wurden. Teilweise wurden die Wachmannschaften jedoch auch aktiv unterstützt – beim Weitertransport der Gefangenen, bei deren Ermordung und beim Verscharren der Leichen. Neben Funktionsträgern wie Polizisten, lokalen NSDAP-Funktionären oder Mitgliedern des Volkssturms und der Hitlerjugend beteiligten sich auch Zivilisten. Versuche der Hilfeleistung für die KZ-Häftlinge blieben die Ausnahme. Akteure und Situationen ähnelten sich dabei im gesamten Reichsgebiet,

ohne dass es eine zentrale Steuerung oder eine funktionierende Kommunikationsstruktur gegeben hätte.

9. April 2020

#OnThisDay, am 9. April 1945, befahl die Leitung des KZ-Außenlagers Langenstein-Zwieberge nahe Halberstadt die Räumung des Lagers. Alle marschfähigen Gefangenen wurden in sechs Kolonnen zu jeweils 500 Menschen eingeteilt und auf Todesmärsche Richtung Osten getrieben.

Einer der Gefangenen war Paul Le Goupil.

Paul Le Goupil hatte sich 1942 einer Widerstandsbewegung angeschlossen und im August 1943 den Arbeitsdienst für die Deutschen verweigert. Er war in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald inhaftiert, bevor er schließlich in das Außenlager Langenstein-Zwieberge verlegt wurde.

Hintergrund:

Aufgrund der alliierten Bombardierungen hatte das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im März 1944 geplant, ein unterirdisches Stollensystem in der Nähe von Halberstadt zu errichten. Unter dem Decknamen „Malachit“ sollte eine Teilproduktion der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke unter Tage verlagert werden.

Die Mehrheit der insgesamt 7.000 Gefangenen musste im Stollen arbeiten. Infolge der körperlichen Strapazen, der mangelhaften Ernährung und unzureichenden medizinischen Versorgung starben bis April 1945 – in weniger als einem Jahr – nahezu 2.000 Menschen.

10. April 2020

Der erste Stopp der Kolonne war die Stadt Rieder.

„Gegen drei Uhr morgens wurden wir in einer großen Halle in der Nähe eines Flugfeldes in Rieder [...] einquartiert. [...] Bei Einbruch der Nacht am 10. April formierte sich die Kolonne neu, und über die Landstraßen und Dörfer ging es weiter in Richtung Osten. Einige meiner Kameraden wollten fliehen, doch rechts und links von uns marschierte alle vier bis fünf Meter ein bewaffneter Soldat, und es war noch nicht sehr dunkel.“²



11. April 2020

In Ermsleben angekommen, schiefen die Gefangenen unter freiem Himmel zusammengekauert in ihren Decken. Am nächsten Morgen sah Paul Le Goupil, wo genau sie die Nacht verbracht hatten, und vor allem mit wem: „Das Stadion, das in einem ehemaligen Steinbruch erbaut worden war, bildete einen Kessel von drei bis vier Metern Tiefe, in dem es von fast 3.000 verlausten, zerlumpten Gestalten wimmelte, die der Hölle entronnen waren.“³

12. April 2020

In Prettin lebte Karl Hennig nur noch mit seiner Mutter zusammen. Männer ab 15 Jahren wurden entweder zum Wehrdienst oder zum Dienst beim Volkssturm eingezogen. So auch Karl Hennigs damals 15 Jahre alter Bruder, der an der Elbe stationiert war. Die Kolonne von Paul Le Goupil erreichte #OnThisDay, am 12. April, die Stadt Sandersleben. Erst einen Tag zuvor war ein Bombenangriff auf den Ort erfolgt, bei dem es 39 Tote gab.

13. April 2020

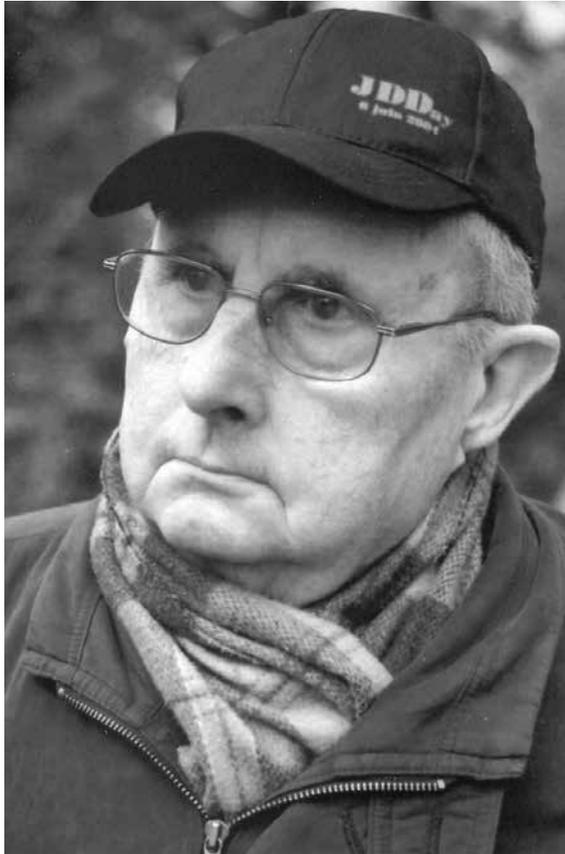
„Wir sollten die Saale, einen großen Strom, überqueren, bevor die Amerikaner die Brücken einnehmen würden. Daher einigten wir uns darauf, das Marschtempo der Kolonne so weit wie möglich herabzusetzen. Im Echo hörte man Stimmen: ‚Pause! Pause!‘ Kolbenschläge brachten sie zum Schweigen [...].“⁴

14. April 2020

Etwa am 14. April 1945 passierte zumindest ein Teil der Marschkolonnen die Mulde bei Bitterfeld. Das Marschtempo war sehr hoch und forderte viele Opfer. Im Gebiet zwischen Bitterfeld und Mühlbeck war in diesen Tagen eine Vielzahl von KZ-Häftlingen aus dem Harzvorland auf Todesmärschen unterwegs.

15. April 2020

„Am Sonntag, dem 15. April wurden wir durch Schreie und Schüsse geweckt: Die SS-Männer hatten ein halbes Dutzend Flüchtlinge eingefangen und schossen sie vor unseren Augen nieder, in den Spargelbeeten, um uns zu zeigen, was uns bei einer gescheiterten Flucht erwartete.“⁵



Paul Le Goupil (1922 - 2017) berichtet in seinen Erinnerungen eindrücklich vom Todesmarsch, der die Inhaftierten des KZ-Außenlagers Langenstein-Zwieberge unter anderem auch nach Prettin führte.

16. April 2020

Bis zum 16. April 1945 marschierten die Gefangenen an der damaligen Landesgrenze zwischen Sachsen und der preußischen Provinz Sachsen bis über die Elbe. Eine Route führte über Krina und Söllichau nach Trossin, eine zweite über Düben und Kossa nach Trossin, von wo der Weg über Dommitzsch und Prettin in Richtung Wittenberg weiterführen sollte.

„Als wir ein Dorf durchquerten – ich glaube, es war Trossin –, weinten deutsche Frauen, als sie uns sahen, und einige von ihnen stellten Wassereimer am Straßenrand auf, doch die SS-Männer stießen sie mit dem Fuß um, bevor wir sie ergreifen konnten.“⁶

17. April 2020

„Gegen achtzehn Uhr überquerten wir die Elbe auf einer Bootsbrücke in Richtung der nahegelegenen Stadt Prettin. Kurz bevor wir die Vorstädte erreichten, errichteten Kinder zwischen vierzehn und sechzehn Jahren, die dem Volkssturm angehörten und aussahen, als veranstalteten sie eine Schnitzeljagd, Barrikaden und gruben Löcher für die Panzerfäuste. Am Eingang der Stadt marschierten wir zwei Kilometer weit auf der Straße nach Torgau und nahmen dann einen Feldweg in Richtung des Flusses, weit entfernt von jeder Behausung, und pausierten in einem sumpfigen Feld, am Rand eines Teiches, nicht weit entfernt von einem jungen Tannenwald entfernt.“⁷

Auch die Prettinerin Edith Brauße erinnert sich: „Ich war damals 9 Jahre alt und hörte von meinem Opa und meiner Mutter, dass Häftlinge mit ihren Bewachern [...] hinter den Anlagen [...] lagern würden und dies wohl einige Tage.“⁸

18. April 2020

Der damals 12-jährige Karl Hennig beschreibt die Ereignisse wie folgt: „Man sah den Gefangenen an, dass sie durch den langen Fußmarsch und mangelnde Verpflegung stark geschwächt waren. Nachts versuchten einige Häftlinge zu fliehen. Auf der Flucht wurden einige kaltblütig von den Bewachern erschossen.“⁹

Auch am Haus der Familie Brauße kam die Kolonne vorbei: „[...] gegen Abend hörten wir schlurfige Schritte in unserer Hinterseerstraße. Also gingen wir vor die Hoftür. [...]

Dort schleppten sich die armen Gestalten vorbei. Zwischen unserem Haus und dem Nachbargrundstück rief plötzlich ein Häftling etwas und brach dann zusammen. Darauf hin kam ein Bewacher zurück und erschoss ihn.“¹⁰

19. April 2020

Seit dem 17. April mussten die Gefangenen in einem Prettiner Wäldchen lagern, umschlossen von einer SS-Postenkette. „Am 19. April gegen zwanzig Uhr riefen die SS-Männer schnell alle Kolonnen für den Aufbruch zusammen, denn es war zu einem Angriff der amerikanischen Luftwaffe in Richtung Torgau gekommen, von wo große schwarze Rauchwirbel aufstiegen.“¹¹

Edith Brauße erinnert sich: „Am nächsten Morgen wurden die Toten dann von Bauern mit dem Leiterwagen eingesammelt und [...] verscharrt.“¹²

Auf dem Friedhof von Prettin steht heute ein Denkmal, das jenen „unbekannten Opfern faschistischen Terrors“ gewidmet ist.

20. April 2020

„Gegen Mitternacht erreichten wir nach 20 Kilometern Jessen. [...] Es war der 20. April 1945, und die Russen hatten 80 Kilometer von uns entfernt die Front an der Oder durchstoßen. [...] Die SS-Männer verboten jegliches Lagerfeuer und stießen erbarungslos alle Schüsseln um, in denen Tannenzapfen kochten.“¹³

Zur selben Zeit im KZ-Außenlager Prettin: „Im April, ungefähr am 19. oder 20. schickte Anton mich in den SS-Waschraum, um den Hahn zu reparieren. [...] Ich reparierte den Hahn und währenddessen brach unter den SS-Leuten große Panik aus. Aus den Gesprächen konnte ich verstehen, dass die sowjetischen Panzer schon 25 km von Prettin entfernt waren. Alles war durcheinander. Jemand durchwühlte in den Taschen irgendwelche Papiere, die anderen zerrissen Fotos und warfen sie in den Müll.“¹⁴

Von September 1941 bis zum Kriegsende war im Schloss Lichtenburg in Prettin ein KZ-Außenlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen untergebracht.





Der Ukrainer Stanislaw Nikitowitsch Grizenko (Aufnahme 2009) konnte seine Tagebuchaufzeichnungen, die er heimlich im KZ Sachsenhausen begonnen hatte, mit in das KZ-Außenlager Prettin schmuggeln, wo er sie weiterführte.

Einer der Inhaftierten war der Ukrainer Stanislaw Nikitowitsch Grizenko, der im Oktober 1943 mit vier weiteren Gefangenen nach Prettin verlegt worden war.

21. April 2020

Die Kolonne, in der Paul Le Goupil marschierte, pausierte gerade in Jessen, als gegen vier Uhr morgens die Alarmsirenen der Panzer zu hören waren. Sofort mussten sich die Gefangenen zum Abmarsch bereit machen. Wer dazu nicht mehr in der Lage war, wurde von SS-Männern an Ort und Stelle erschossen.

Der Weg führte Richtung Wittenberg, fast ohne Unterlass mussten die Menschen auf Sand- und Waldwegen marschieren. Die Lebensmittelrationen wurden immer geringer, die Pausen immer kürzer.



Ehrenmal in Jessen (Elster), Aufnahme 2020

Am Nachmittag erreichte die Kolonne Wittenberg. „[...] Weiter vorne blieben Gruppen von Passanten in Sonntagskleidung auf dem Bürgersteig stehen; einige von ihnen hielten Kinder an der Hand und starrten verblüfft auf diese Horde zerlumpter Gespenster, die an ihnen vorbeimarschierte.“¹⁵

Die letzte Station der Kolonne war ein freies Feld bei Apollensdorf. Paul Le Goupil lief in der Abenddämmerung des 21. April 1945, #OnThisday, mit einigen weiteren Gefangenen aus seiner Gruppe in Richtung der Bahngleise und war plötzlich frei.

Die Fotos¹⁶ zeigen das Ehrenmal in Jessen (Elster) für 43 Menschen, die während des Todesmarsches ermordet wurden. Das Denkmal wurde 1961 von dem Maler und Bildhauer Jürgen von Woyski gestaltet.





Ein sensationeller Fund: Das Tagebuch von Stanislaw Nikitowitsch Grizenko konnte im August 2008, in einem Stapel mit weiteren Papieren verdichtet, geborgen werden, nachdem Grizenko es im April 1945 – kurz vor seiner Flucht – vergraben hatte. Das Fundstück ist heute in der Dauerausstellung der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin zu sehen, Aufnahme 2019.

22. April 2020

Als die SS-Männer mit der Räumung des KZ-Außenlagers Prettin begannen, überlegte Stanislaw Nikitowitsch Grizenko, was er mit seinem Tagebuch machen sollte, das er im Mai 1943 heimlich begonnen hatte. „Eines Tages wurden italienische luftdichte, rostfreie Essensbehälter für die Soldaten geliefert. Ich organisierte mir einen. In dieses Behältnis legte ich meine gesamten Aufzeichnungen hinein und vergrub es in der Ecke zwischen der Wand, die den Hof der Lichtenburg von dem Garten trennte [...]. Auf dem Titelblatt des großen Heftes schrieb ich in deutscher Sprache: ‚Denjenigen, der dieses Heft findet, bitte ich das Heft in die Ukraine zu schicken.‘“¹⁷

23. April 2020

Karl Hennig erinnert sich: „Es war der 23. April 1945. Wir packten schnell den großen Handwagen mit Dingen, die wir retten wollten. Lebensmittel, Kleidung und ein paar Betten.“¹⁸

Mit dem näher rückenden Frontverlauf entschlossen sich immer mehr Familien für die Flucht über die Elbe Richtung Westen. Ein Großteil der Häuser und Höfe in Prettin war verwaist.

Am gleichen Tag kam es zur Aufgabe des KZ-Außenlagers in der Lichtenburg. Bei der Räumung des Standortes mussten sich die verbliebenen Gefangenen dem Tross der SS-Einheit anschließen, die in den Kampf gegen die Rote Armee geschickt wurde. Am 3. Mai 1945 gerieten die SS-Männer bei Hof in amerikanische Gefangenschaft, die Inhaftierten konnten sich kurz zuvor absetzen und waren dadurch befreit.

Stanislaw Nikitowitsch Grizenko hatte es bereits vor der Räumung des Lagers geschafft, mit einigen Mitgefangenen ein Auto vom Hof der Lichtenburg mit Lebensmitteln zu beladen und Richtung Gräfenhainichen zu fliehen.

24. April 2020

„Bestimmte Erinnerungen ließen mich nicht los, die Fahrt im Viehwagon, Auschwitz und seine Vernichtungsfabrik, Langenstein und der Evakuierungsmarsch, vor allem die Straße, auf der ich weitermarschierte, immer wieder, jede Nacht, und ich sah wieder und wieder die schrecklichen Szenen der Kameraden, die nicht sterben wollten, die mir ihre Arme entgegenstreckten und denen ich nicht helfen konnte.“¹⁹

Anmerkungen

- 1 Hennig, Karl: In eine Kinderseele eingebrannt. Erlebnisse 1945, in: Heimatkalender für das Jessener Land 2006, S. 101.
- 2 Le Goupil, Paul: Erinnerungen eines Normannen 1939-1945, Paris 1995, S. 240f.
- 3 Ebenda, S. 241f.
- 4 Ebenda, S. 243.
- 5 Ebenda, S. 246.
- 6 Ebenda, S. 249.
- 7 Ebenda.
- 8 Brauße, Edith: Meine Erinnerungen an den Todesmarsch der KZ-Häftlinge aus Langenstein-Zwieberge, Prettin 2013, Sammlung Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin.
- 9 Hennig, Karl: In eine Kinderseele eingebrannt (wie Anm. 1), S. 101.



Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

- 10 Brauße, Edith: Meine Erinnerungen an den Todesmarsch (wie Anm. 8).
- 11 Le Goupil, Paul: Erinnerungen eines Normannen (wie Anm. 2), S. 251.
- 12 Brauße, Edith: Meine Erinnerungen an den Todesmarsch (wie Anm. 8).
- 13 Le Goupil, Paul: Erinnerungen eines Normannen (wie Anm. 2), S. 252.
- 14 Grizenko, Stanislaw Nikitowitsch: Erinnerungen nach 65 Jahren, 2009, Sammlung Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin.
- 15 Le Goupil, Paul: Erinnerungen eines Normannen (wie Anm. 2), S. 256.
- 16 Das Facebook-Posting vom 21.04.2020 enthielt zwei Fotos.
- 17 Grizenko, Stanislaw Nikitowitsch: Erinnerungen nach 65 Jahren (wie Anm. 14).
- 18 Hennig, Karl: In eine Kinderseele eingebrannt (wie Anm. 1), S. 101.
- 19 Le Goupil, Paul: Erinnerungen eines Normannen (wie Anm. 2), S. 285.

Veranstaltungen am 27. Januar 2020 in den Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus

Gesine Daifi / Melanie Engler / Andreas Froese / Judith Gebauer / Michael Viebig

Vor nunmehr 75 Jahren, am 27. Januar 1945, befreiten Einheiten der Roten Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.

Auschwitz gilt heute weltweit als Synonym für die nationalsozialistischen Verbrechen, insbesondere den Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden sowie an den Sinti und Roma, „[e]s steht für Brutalität und Unmenschlichkeit, für Verfolgung und Unterdrückung, für die in perverser Perfektion organisierte ‚Vernichtung‘ von Menschen“¹. Im Januar 1996 erklärte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus: „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. [...] Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“²

Der 27. Januar wird seither jenen Menschen gewidmet, „die durch das nationalsozialistische Regime entrechtet, verfolgt, gequält oder ermordet wurden“³.

Genau diesem Gedanken folgend, nehmen die jährlich stattfindenden Veranstaltungen in der **Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin** jeweils eine Inhaftiertengruppe bzw. einen Aspekt der Geschichte der Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg in den Blick, um zugleich aufzuzeigen, wie vielfältig die Häftlingsgesellschaft und wie systematisch und umfassend nationalsozialistische Verfolgungspolitik war. Mehr als 10.000 Menschen waren zwischen 1933 und 1945 im Schloss Lichtenburg inhaftiert, weil sie aus politischen, „rassischen“, religiösen und sozialhygienischen Gründen, wegen ihrer sexuellen Orientierung sowie als „asozial“ Stigmatisierte verfolgt wurden.

Stellvertretend für all jene Menschen war die diesjährige Veranstaltung den jüdischen Frauen im KZ Lichtenburg gewidmet, die wegen ihrer Beziehungen zu nicht-jüdischen Männern markiert, systematisch verfolgt und inhaftiert wurden.

Gedenkstättenleiterin Melanie Engler hatte in ihrer Ansprache zunächst die Etappen der antijüdischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten skizziert.





Prettin: Die Schülerinnen und Schüler des Deutschkurses 12/1 des Jessener Gymnasiums präsentieren die szenische Lesung „Ich überlebte, als die Welt in ihren Fugen bebte.“

Dabei ging sie insbesondere auf die Nürnberger Gesetze von September 1935 ein, die Jüdinnen und Juden zu Menschen minderen Rechts klassifizierten. Mit dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ wurden Eheschließungen und außerehelicher Verkehr zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Personen als sogenannte Rassenschande kriminalisiert. Dementsprechend wurden jüdische Frauen wegen ihrer Beziehungen zu nicht-jüdischen Männern verfolgt und unter anderem im KZ Lichtenburg inhaftiert.

Antisemitismus sei allerdings keinesfalls auf die Zeit des Nationalsozialismus zu begrenzen, so Melanie Engler in ihrer Einleitung. Vielmehr sei dies ein Thema, dass auch in unserer Gegenwart sehr präsent ist: „Ich denke hier an einen sichtbaren und zunehmend erstarkenden Antisemitismus in unserer Alltagskultur, der sich nicht nur sprachlich äußert; Menschen, die Angst davor haben, in der Öffentlichkeit eine Kippa oder einen Davidstern zu tragen. Ich denke an tätliche Übergriffe auf Jüdinnen und Juden. Und natürlich denke ich vor diesem Hintergrund auch an den versuchten Mordanschlag auf die Menschen in der Hallenser Synagoge am Tage des jüdischen Versöhnungsfestes im Oktober des vergangenen Jahres – direkt vor unserer Haustür.“

Jürgen Dannenberg, Landrat des Landkreises Wittenberg, richtete im Anschluss daran ein Grußwort an die mehr als 120 Anwesenden und plädierte eindrücklich dafür, Gedenktage wie den 27. Januar immer wieder auch zum Anlass zu nehmen, um das gesellschaftliche Miteinander vor dem Hintergrund eines erstarkenden Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus kritisch zu hinterfragen und demokratische Diskurse zu führen: „Was tun wir in unserem Alltag – in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Familie, in der Nachbarschaft oder im Verein? Sehen und hören wir weg? [...] Die Antworten, wie wir als Bürgergesellschaft unser ethisches und kulturelles Fundament bewahren können, scheinen deutlich schwerer als noch vor wenigen Jahren. [...] Ein solcher Gedenktag nimmt uns in die Pflicht, [...] dort wo es notwendig ist, entschieden zu widersprechen. Konkret, umgehend, faktenreich und sachlich.“

Unter dem Titel „Ich überlebte, als die Welt in ihren Fugen bebte.“ präsentierte der Deutschkurs 12/1 des Jessener Gymnasiums im Anschluss daran eine szenische Lesung, die die 20 Schülerinnen und Schülern gemeinsam mit ihrer Lehrerin Cosima Schmidt unterrichtsbegleitend und mit sehr viel Engagement entwickelt hatten. Dabei hatten sie sich intensiv mit der Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus auseinandergesetzt und verschiedenste Quellen zum KZ Lichtenburg ausgewertet. Aus diesen Materialien entstand schließlich eine Lesung, die am 27. Januar uraufgeführt werden konnte. Im Mittelpunkt der sehr bewegenden Inszenierung standen die Lebensgeschichten von jüdischen Frauen, die im KZ Lichtenburg inhaftiert waren.

Im Anschluss an die Gedenkstunde im Besucher- und Dokumentationszentrum wurden vor den Zellentüren im ehemaligen „Bunker“, dem Ort des verschärften Arrests im KZ Lichtenburg, Blumen und Gebinde niedergelegt. Die Anwesenden waren zudem eingeladen, an selbst gewählten Plätzen im „Bunker“ Kerzen abzustellen.

Zudem beteiligte sich die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin an der bundesweiten Kampagne „Lichter gegen Dunkelheit“, an der mehr als 100 Gedenkstätten und Initiativen teilnahmen, um zur Wertschätzung des seit 1945 gewachsenen Vertrauens in ein vereintes Europa und der demokratischen Verfasstheit der deutschen Gesellschaft beizutragen.

Um ein sichtbares Zeichen für eine demokratische, vielfältige, integrative und partizipative Erinnerungskultur zu setzen, wurde an den Fensterscheiben des Seminarraums der Schriftzug ‚Erinnern!‘ sowie der Hashtag #LichterGegenDunkelheit beleuchtet.





Bernburg: Ilka Knüppel berichtet über ihre Großtante Ruth Rosa Mühlmann, die in der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg ermordet wurde

Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung in der **Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg** stand dieses Mal die Perspektive der Angehörigen von „Euthanasie“-Opfern. Ilka Knüppel, deren Großtante Ruth Rosa Mühlmann in Bernburg ermordet worden war, war eigens aus den USA angereist, um unter dem Titel „Sie hatte eine Familie, die sie liebte...“ über ihre eigenen Recherchen und die Lebensgeschichte ihrer Verwandten zu sprechen.

Nach einem Grußwort von Gedenkstättenleiterin Dr. Ute Hoffmann an die zahlreichen Gäste berichtete Ilka Knüppel, dass ihre Familie erst nach 77 Jahren die wahren Umstände von Ruths Tod in Erfahrung bringen konnte. Mit privaten Fotoaufnahmen, Briefen und Anekdoten gab sie dem Publikum dann einen tiefen Einblick in ihre Familiengeschichte und ihre Nachforschungen. Ruth Rosa Mühlmann wurde am 11. Juli 1920 in Magdeburg geboren. Im Alter von zwei Jahren erkrankte sie an Scharlach. Das mit der Krankheit einhergehende hohe Fieber führte bei ihr zu deutlichen Einschränkungen der geistigen Fähigkeiten. Ihre Familie brachte sie daher 1931 in den Neinstedter Anstalten unter. Im Frühjahr 1941 erfasste dann die Massenmordaktion an kranken und behinderten Menschen auch die Patientinnen und Patienten dieser Einrichtung. In diesem

Zusammenhang wurde Ruth Ende Januar 1941, nach mehreren Jahren Aufenthalt in Neinstedt, nach Altscherbitz in der Nähe von Schkeuditz gebracht. Wie Ilka Knüppel bei ihrer Recherche herausfinden konnte, musste ihre Großtante dann bereits zwei Monate später die dortige Landesheilanstalt wieder verlassen: Mit 74 weiteren Frauen erfolgte am 31. März 1941 die Verlegung in die „Euthanasie“-Anstalt Bernburg. Dort wurden Ruth Rosa Mühlmann und die anderen Frauen noch am Tag ihrer Ankunft in der Gaskammer ermordet.

Nach diesen bewegenden Einblicken in das Leben von Ruth Rosa Mühlmann und der Suche ihrer Angehörigen nach der Wahrheit begaben sich die Gäste, begleitet von den sphärischen Celloklängen von Matthias Marggraff (Magdeburg) alias Prypjat Syndrome, zur Grabstelle vor dem Gedenkstättengebäude. Die Anwesenden gedachten mit einer Kranzniederlegung und einer Schweigeminute der über 14.000 Opfer der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg.

Besonders in diesem Jahr: Im Zuge der Social-Media-Aktion #LichterGegenDunkelheit wurde die Grabstelle erstmals beleuchtet. Die Gäste bekamen darüber hinaus die Möglichkeit, Kerzen zum Gedenken anzuzünden und diese um die Grabstelle herum zu positionieren. Mit dieser Aktion, an der sich bundesweit eine große Anzahl an Erinnerungsorten beteiligte, sollte ein gemeinsames Zeichen gegen Hass und Rassismus gesetzt werden.

In der **Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge** führte das Käthe-Kollwitz-Gymnasium Halberstadt das seit 2009 bestehende Projekt „Schüler führen Schüler“ fort. Rund 130 Schülerinnen und Schüler der fünften und zwölften Jahrgangsstufe erkundeten das ehemalige Lagergelände des KZ Langenstein-Zwieberge, wobei die Älteren den Jüngeren ihr Wissen über die Geschichte des Lagers und der darin inhaftierten Menschen vermittelten. Die Zwölftklässler hatten sich im Vorfeld eingehend mit dieser Geschichte befasst, das ehemalige Lagergelände und die Ausstellung der Gedenkstätte angesehen und das Gespräch mit der Gedenkstättenpädagogin gesucht. So konnten sie mit anderen Worten als üblich ihre Kenntnisse an die jüngeren Mitschülerinnen und Mitschüler weitergeben. Zuvor hatte ihnen Denise Lucas, Schülerin einer der 12. Klassen, die folgenden Worte mit auf den Weg gegeben: „Gemeinsam liegt es an uns, genau das auszuleben, was der Nationalsozialismus unmöglich machte: Toleranz. Gleichberechtigung. Demokratie. Achtung der Menschenwürde. Ich denke uns





Langenstein: Das Gedenkstättengebäude wird zum Lichtspielhaus – innen wie außen

allen ist bekannt, dass die Bewahrung dieser Werte auch heute noch ein Problem ist. Noch immer zieren Hakenkreuze Wände in verlassenem Ortsteilen. Noch immer hört man zum Teil gerade auch aus der Politik: Ausländer raus. Noch immer bin ich einfach nur entsetzt, wenn ich daran denke, dass öffentlich vor vier Jahren auf einer rechtsextremistischen Veranstaltung gesagt wurde, dass die KZs ja leider außer Betrieb seien. Vor einigen Monaten dann der Angriff eines Rechtsextremisten auf eine Synagoge in Halle. Wie sollen wir damit umgehen? Was bedeutet heutiger Antisemitismus für uns? Wie lebe ich in einer Welt, die den Holocaust verurteilt, aber zeitgleich zulässt, dass auch heute Juden- und Fremdenhass in unserer Gesellschaft besteht? Die Antwort darauf ist vielleicht ernüchternd: Ich selber finde keine passende. Doch lasst mich bitte eines sagen: Wir haben die Chance, jederzeit ein Zeichen gegen Fremdenhass zu setzen. Wir haben die Chance, es besser zu machen, indem wir die nicht vergessen, die Fremdenhass und Antisemitismus zum Opfer fielen.“

Nach dem Rundgang trafen sich die Schülerinnen und Schüler, deren Lehrerinnen und Lehrer sowie Menschen aus der Region an den Massengräbern, um der Opfer dieses Konzentrationslagers zu gedenken. In einer sehr persönlichen Ansprache legte Regina

Zimmermann, Schulleiterin des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums, die Gründe dafür dar, warum ihr der Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus so wichtig ist.

Nachdem die Schülerinnen und Schüler an den Gräbern Lichter angezündet hatten, gedachten auch die anderen Anwesenden mit Kränzen, Blumen und einer Minute des Schweigens der Opfer. Udo Lindbergs Lied „Wir ziehen in den Frieden“, vorgetragen vom Singekreis des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums, beendete die Veranstaltung.

Am Nachmittag luden Gedenkstätte und Moses Mendelssohn Akademie zur Vorführung des Films „Chichinette – Wie ich zufällig Spionin wurde“ in den Seminarraum der Gedenkstätte ein. Dieser Dokumentarfilm der Regisseurin Nicola Alice Hens berichtet über das Leben der französischen Jüdin Marthe Cohn, Jahrgang 1920, die in einer jüdisch-orthodoxen Familie in Metz französisch- und deutschsprachig aufwuchs. Als ihre Schwester Stéphanie nach Auschwitz deportiert und ihr Verlobter Jacques aufgrund seiner Tätigkeit in der Résistance von den Deutschen hingerichtet wurde, tauchte die Familie in Südfrankreich unter. Dieser Teil des Landes war nicht von den Nationalsozialisten besetzt. Im November 1944 kehrte Marthe Cohn in das inzwischen befreite Paris zurück, kam aufgrund ihrer guten Deutschkenntnisse zum französischen Geheimdienst und wurde als Spionin ausgebildet. In dieser Zeit erhielt sie den Spitznamen „Chichinette“ – kleine Nervensäge. Unter Einsatz ihres Lebens erkundete sie im Schwarzwald die Stellungen deutscher Truppen, so dass die Alliierten diese Stellungen umgehen und somit Kampfhandlungen vermeiden konnten.

Marthe Cohn hat jahrzehntelang über ihre Tätigkeit als Spionin geschwiegen, doch heute reist die fast Hundertjährige rastlos um die Welt, um ihre Geschichte mit der jungen Generation zu teilen, die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus wachzuhalten und zum Nachdenken über die Frage anzuregen, was der einzelne Mensch gegen Unmenschlichkeit und Hass tun kann.

Ein ausgesprochen lebhaftes Gespräch der Regisseurin Nicola Alice Hens mit den über 80 Zuschauerinnen und Zuschauern schloss sich der Filmvorführung an.

Auch die Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge nahm an der bundesweiten Aktion #LichterGegenDunkelheit teil und beleuchtete im Rahmen eines an diesem Tag initiierten Lichterflashmobs ihre verschiedenen (Ge)denkorte. Auf diese Weise wurde sie Teil eines Lichtermeeres, das in der ganzen Bundesrepublik von Gedenkstätten, Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands befassen, entzündet wurde.





„Lichter gegen Dunkelheit“ in Gardelegen: Im Rahmen einer bundesweiten Beleuchtungsaktion zum 75. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz und als sichtbares Zeichen gegen Rechts versammelten sich etwa 150 Menschen auf dem Ehrenfriedhof in der Gedenkstätte Gardelegen mit Kerzen und bildeten eine gemeinsame Lichterkette

Mit einer öffentlichen Kranzniederlegung am Gedenkstein auf dem Ehrenfriedhof in der **Gedenkstätte Feldscheune Isenschribbe Gardelegen** erinnerten die Hansestadt Gardelegen und die Gedenkstätte gemeinsam an die Opfer des Nationalsozialismus. Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Bürgermeisterin Mandy Schumacher die rund 150 Anwesenden auf dem Gelände. Mit sehr persönlichen Worten schilderte sie ihre Eindrücke aus der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel, die sie kurz zuvor besucht hatte. Dort sei es gelungen, einen würdigen Gedenk- und Bildungsort mit einem Dokumentationszentrum zu schaffen, das zur intensiven Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus anrege. Dass dies demnächst nach der baulichen Fertigstellung des neuen Gedenkstättengebäudes und der neuen Dauerausstellung auch in Gardelegen möglich werde, erfülle sie mit vorfreudiger Neugier auf zukünftige Besuche der Gedenkstätte. Anschaulich rief sie den Anwesenden den Verlauf der politischen Machtübergabe an die Nationalsozialisten im Jahr 1933 in Erinnerung: „Bitte vergessen Sie niemals: Am Anfang stand für alle eine Wahl!“

Gedenkstättenleiter Andreas Froese ging in seinen einführenden Worten auf den konkreten historischen Bezug des Gedenktages – die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz vor 75 Jahren – ein, das heute als Inbegriff für die nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelte. Der Blick auf den historischen Tat- und Begräbnisort für die Ermordeten des Massakers in der Isenschreiber Feldscheune mache allerdings deutlich, dass die räumliche Befreiung der Lager durch alliierte Truppen im Frühjahr 1945 für die meisten KZ-Häftlinge noch keine persönliche Befreiung bedeutet habe, da die Verbrechen auf Räumungstransporten und Todesmärschen fortgesetzt wurden und die Überlebenden die Folgen ihrer erfahrenen Entrechtung und Entmenschlichung für ihr weiteres Leben behielten. Zugleich seien die Massenverbrechen nicht der Anfang des Nationalsozialismus gewesen. Dessen gesellschaftlicher und politischer Aufstieg habe in den 1920er Jahren zunächst mit öffentlichen Aufrufen zu Hass, Gewalt, Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit begonnen, um die Grenzen des vermeintlich Denk-, Sag- und Machbaren immer weiter nach rechts zu verschieben. Historisch-politische Bildungsarbeit müsse sich mit der Funktionsweise der damaligen Gesellschaft beschäftigen: „Wie gelang es damals den Rechten im Land, ihr radikales Denken und Handeln in der öffentlichen Kommunikation als vermeintlich ‚harmlos‘ und ‚bürgerlich‘ erscheinen zu lassen, um in der Bevölkerung immer mehr Unterstützung, Anhängerschaft und schließlich Wahlen zu gewinnen?“

In seiner Gedenkrede ging Dr. Hans-Joachim Becker, Vorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Altmarkkreis Salzwedel, auf gegenwärtige Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein. „Wir erleben heute Antisemitismus, Rassismus, und Aufrufe zu Hass, Gewalt und Mord nicht als historische, sondern als aktuelle Phänomene.“ Dass die Verbrechen des Nationalsozialismus in manchen Parteien und Parlamenten unter öffentlichem Beifall verharmlost, beschönigt oder gar geleugnet werden, sei inakzeptabel. Nur eine engagierte grenzübergreifende Zusammenarbeit könne die Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Europa schaffen. Nach seiner Rede verlasen Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums „Geschwister Scholl“ Gardelegen eigene Gedichte, die sie nach einem Besuch der Gedenkstätte im Rahmen eines Projekttages verfasst hatten. Musikalisch umrahmte der Postchor der Hansestadt Gardelegen unter der Leitung von Anne Preuß die Gedenkveranstaltung. Im direkten Anschluss beteiligten sich die Anwesenden an der Beleuchtungsaktion





Halle (Saale): Bürgermeister Egbert Geier (links) und Gedenkstättenleiter Michael Viebig im Gespräch mit Schülerinnen und einem Schüler des Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasiums, die an der Erarbeitung der Ausstellung „Auschwitz. 75 Jahre danach. Gedenken und Lernen“ beteiligt waren

„Lichter gegen Dunkelheit“, zu der ein Bündnis aus mehr als 100 Gedenkstätten bundesweit anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz und als sichtbares Zeichen gegen Rechts aufgerufen hatte. Mit Kerzen bildeten die Teilnehmenden eine gemeinsame Lichterkette auf dem Ehrenfriedhof in der Gedenkstätte Gardelegen.

Am 27. Januar 2020 gedachten auch in Halle (Saale) zahlreiche Menschen an unterschiedlichen Orten in der Stadt der Opfer des Nationalsozialismus.

Bei einer Kranzniederlegung im Hof der **Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)** betonte Bürgermeister Egbert Geier die wichtige Rolle von Gedenkorten für das kollektive Gedächtnis einer Stadt. Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, unterstrich diese Einschätzung, indem er einen Zusammenhang zwischen einem Gefängnis wie in Halle (Saale) und einem geradezu symbolhaften Ort wie dem Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz herstellte und dabei auf die Lebenswege jüdischer Gefangener einging, die nach ihrer Haft in Halle nach Auschwitz überstellt und dort ermordet worden waren.

Im Anschluss daran eröffneten Schülerinnen und Schüler des Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasiums Halle (Saale) eine Ausstellung von Fotos und Texten, die sie unter dem Titel „Auschwitz. 75 Jahre danach. Gedenken und Lernen“ gemeinsam mit dem Fotokünstler Knut Mueller aus Halle gestaltet hatten. Die außerordentlich beeindruckende Exposition ist das Ergebnis mehrerer Reisen zur Gedenkstätte Auschwitz und einer intensiven Beschäftigung mit diesem Ort während des Unterrichts.

Am Nachmittag trafen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines weiteren Projektes in der Gedenkstätte ein. 60 Schülerinnen und Schülern, davon 25 aus der Region Centre-Val de Loire und 35 aus der LATINA August Hermann Francke Halle (Saale), hatten sich unter dem Titel „Wege der Erinnerung“ über mehrere Tage in Halle (Saale) auf den Spuren von NS-Opfern befunden, an die in der Saalestadt Stolpersteine erinnern. Am 25. und 26. Januar setzten sie sich in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) in fünf französisch-deutschen Projektgruppen mit den folgenden Themen auseinander: Verfolgung und Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden, Völkermord an den Sinti und Roma, „Aktion T4“, NS-Justiz, die Gerechten unter den Völkern. Die Ergebnisse der gemeinsamen Recherchen wurden durch eigens angefertigte Plakate illustriert und im Plenum vorgestellt. Darüber hinaus gestalteten die Schülerinnen und Schüler Steine, Skulpturen und Präsentationen, mit denen an die Opfer erinnert wurde.

Am Vormittag des 27. Januar besuchte die Gruppe verschiedene Stolpersteine im Stadtgebiet, um an den jeweiligen Orten über die Menschen, für die die Steine verlegt worden sind, zu sprechen. Bei einer Kranzniederlegung am Jerusalemer Platz gedachten die jungen Leute gemeinsam mit Bildungsminister Marco Tullner der Opfer des Nationalsozialismus.

Im Rahmen der Abschlussveranstaltung, die am Nachmittag in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) stattfand, brachten Sylvie Massière (Botschaft der Republik Frankreich in Berlin), Max Privorozki (Jüdische Gemeinde zu Halle), der schon an der Ausstellungseröffnung zuvor teilgenommen hatte, Tobias Bütow (Deutsch-Französischer Jugendaustausch) sowie ein hochrangiger Vertreter der Region Centre den Schülerinnen und Schülern ihre Wertschätzung zum Ausdruck.

Im Anschluss berichteten die einzelnen Gruppen von ihren Projekten. In Plakatform gestaltete und gerahmte Zusammenfassungen stellten sie dem Bildungsministerium zur Verfügung.



Insgesamt konnten am 27. Januar mehr als 200 Gäste in der Gedenkstätte begrüßt werden, einhundert weitere bei einer gemeinsam mit Kooperationspartnern gestalteten Lesung und einem Konzert am Abend in der Theaterbühne am Holzplatz.

Anmerkungen

- 1 Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag vom 19.01.1996, online unter http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1996/01/19960119_Rede.html [Stand vom 02.04.2020].
- 2 27. Januar - Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus - Proklamation des Bundespräsidenten, online unter https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/1990-1999/1996/03-96_Herzog_1.html [Stand vom 02.04.2020].
- 3 Ebenda.



Dr. Burkhard Veigel bei seinem Vortrag während des Halle-Forums am 17. Oktober 2019 in den Räumen der Saline

Das 25. Halle-Forum vom 16. bis zum 18. Oktober 2019: 30 Jahre Mauerfall: Grenzregime – Flucht – Erinnerung

André Gursky

Inhaltlicher Schwerpunkt des 25. Halle-Forums 2019 war das DDR-Grenzregime. Die Veranstaltung thematisierte die Zeit der deutschen Teilung, „Republikflucht“-Versuche und Fluchthilfe aus dem Westen sowie Fragen der Aufarbeitung. Erinnert wurde an die Verzweiflung und den Mut der Menschen, die den Eisernen Vorhang überwinden wollten und an jene, die dabei getötet wurden, daneben aber auch an die Freude und das Freiheitsgefühl der Menschen, denen die Flucht aus dem sowjetischen Einflussbereich im damaligen Ostblock gelang. Zum Empfang in den Räumen des Technischen Hallen- und Salinemuseums in Halle (Saale) am frühen Mittwochabend begrüßte Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung. Grußworte sprachen Dr. Bernd Wiegand, Oberbürger-



meister der Stadt Halle (Saale), Johannes Rink, Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V., Miroslav Kasacék vom Verein Pamet (Bratislava) und Alexander Ewelt, der das diesjährige Halle-Forum mit einer großzügigen Spende unterstützte. Mit großem Einfühlungsvermögen ging Innenminister Holger Stahlknecht in seiner Rede auf den Freiheitsdrang des Menschen ein. Er spannte dabei den Bogen von der Vernichtung verfassungsmäßig garantierter Rechte während des Nationalsozialismus und der damaligen Verfolgung Andersdenkender hin zu den vermeintlich demokratischen Errungenschaften der DDR, die aber nur denen zugutekamen, die sich dem Staat bedingungslos unterordneten.

Am zweiten Veranstaltungstag wurde der Kinofilm „Ballon“ aus dem Jahre 2018 von Michael Herbig im The Light Cinema in Halle-Neustadt gezeigt. Der beeindruckende Film erzählt die Geschichte der Ballonflucht zweier Familien aus Pößneck (Thüringen) und versetzt das Publikum in die Zeit Ende der 1970er Jahre in der DDR. Im Anschluss daran sprach Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, mit dem Zeitzeugen Günter Wetzel, einem der realen Akteure der Kinoverfilmung. Viele der ehemaligen Häftlinge, Teilnehmende des Halle-Forums, fühlten sich nach eigenem Bekunden sehr schnell zurückversetzt in die Zeit von Mangelwirtschaft, offizieller Staats- und Parteipropaganda und geheimdienstlich bestimmtem Alltag, dessen Defizite den Menschen zumeist gar nicht bewusst waren.

Über die „Grenzen des Sozialismus“ sprach am Nachmittag Prof. Dr. Stefan Appelius vom Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin. Dabei betrachtete er das gesamte mitteleuropäische Ost-West-Grenzregime der Nachkriegszeit, insbesondere die Zusammenarbeit der sogenannten Bruderorgane, der östlichen Geheimdienste, mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Zahlreiche Fluchtversuche von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern endeten in bulgarischen, tschechoslowakischen, rumänischen oder jugoslawischen Gefängnissen, deren Zustände in der sich anschließenden Diskussion nachhaltig reflektiert wurden. Nicht wenige der Teilnehmenden des Halle-Forums durchliefen solche Flucht-, Verhaftungs- und Auslieferungswege.

Über seine Aktivitäten als Fluchthelfer referierte Dr. Burkhard Veigel, der ca. 650 Menschen im geteilten Berlin dazu verholfen hatte, die DDR zu verlassen. Mit einer Gruppe Gleichgesinnter grub er Fluchttunnel unterhalb der Berliner Mauer und baute Autos zu Fluchtfahrzeugen um. Sehr bekannt geworden ist ein Cadillac DeVille, bei dem das Versteck für die Flüchtlinge unter dem Armaturenbrett untergebracht war. Zwei Ent-

führungsversuche des MfS überstand er unbeschadet. Seine spannenden, mitunter hochriskanten und abenteuerlichen Aktionen belegte der Referent mit zahlreichen aussagekräftigen historischen Fotos und Dokumenten. Der seit 2017 von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur jährlich ausgelobte Karl-Wilhelm-Fricke-Preis wurde durch eine Spende von Burkhard Veigel ermöglicht. Für sein Engagement erhielt er 2012 das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Der Fluchtweg von Lothar Herfurth und Elisabeth Voitzech führte durch mehrere Ostblockstaaten – bis zu ihrer Festnahme an der jugoslawischen Grenze im August 1972.

Für das MfS war Lothar Herfurth quasi ein „Bandenchef“, da es sich bereits um seinen zweiten Fluchtversuch handelte. Das wirkte strafverschärfend: drei Jahre Gefängnis. Der gelernte Kfz-Schlosser arbeitete bis zu seinem Freikauf in die Bundesrepublik (Gelsenkirchen) im September 1973 im „Roten Ochsen“ in einem Strafgefangenenarbeitskommando. Elisabeth Voitzech, die Lebensgefährtin von Herfurth, war ebenfalls im „Roten Ochsen“ inhaftiert und arbeitete in den Bereichen Küche, Wäscherei und Säuberung der Vernehmerräume. Ihr Freikauf erfolgte bereits im Sommer 1973. Beide Personen sprachen über ihre Erfahrungen und persönlichen Schicksalswege, die in der Diskussion vielfach kommentiert, ergänzt und mit allen Beteiligten des Halle-Forums vertieft wurden. Am Ende des zweiten Veranstaltungstages besichtigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung die von der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur initiierte Ausstellung „An der Grenze erschossen. Erinnerungen an die Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Sachsen-Anhalt“.

Am dritten Veranstaltungstag diskutierte Maik Reichel, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, in einem Podium über den Stand der Aufarbeitung und Erinnerung im Jahr 2019 mit Gästen des Vereins Pamet (Gedächtnis) aus der Slowakei. Miroslav Kasacék und Ludek Navara berichteten über ein Forschungsprojekt, das die Aufarbeitung von Schicksalen tschechischer, slowakischer, polnischer, österreichischer und deutscher Personen, die zwischen 1948 und 1989 an der südlichen tschechoslowakischen Grenze ums Leben kamen, zum Ziel hat. Allein im Abschnitt der südmährischen Grenze verloren 53 Menschen ihr Leben. Ein „Freiheitsweg“ und eine Gedenkstätte erinnern heute an die Opfer. Bislang wurden aus den Archiven die Namen von insgesamt 282 Menschen recherchiert. Das Projekt versteht sich als Ehren-



bezeugung an all jene, die es nicht auf die andere Seite der Grenze geschafft haben. Mit der Dokumentation, betonte Miroslav Karacék, soll an das Leiden der Opfer erinnert werden, ihre Geschichten und Lebenswege sollen gleichzeitig als Mahnung dienen und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass sich diese Epoche nie wiederholen und die Freiheit und das Leben als höchste Werte gelten mögen.

Das 25. Halle-Forum wurde als Kooperationsveranstaltung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt, der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, der Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e.V., der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. und des Vereins gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. organisiert.



Unmittelbare Trauerbekundungen noch am Abend des 9. Oktober 2020 vor der Synagoge in Halle (Saale)

Stellungnahme der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt zum Terrorakt in Halle (Saale) am 9. Oktober 2019

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt verurteilt den antisemitisch motivierten Mordanschlag in Halle zutiefst. Der terroristische Angriff auf die am Tage des jüdischen Versöhnungsfestes voll besetzte Synagoge galt Menschen aus unserer Mitte und zielte zugleich auf das friedliche Miteinander und das demokratische Selbstverständnis unseres Landes. Dass der Antisemitismus fast 75 Jahre nach dem Untergang des Nationalsozialismus in Deutschland wieder zu einer tödlichen Gefahr geworden ist, ist eine erschütternde Tatsache! Sie ist auch Ausdruck einer Änderung des politischen Klimas, in dem Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Teilen unserer Gesellschaft wieder anschlussfähig geworden sind.



Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Vor diesem Hintergrund ruft die Stiftung alle Menschen in Sachsen-Anhalt auf, gemeinsam für die Verteidigung unserer demokratischen Werte einzustehen! Unsere Trauer und unser Mitgefühl gelten den Angehörigen der beiden Mordopfer und den schwerverletzten Überlebenden. Unsere besondere Solidarität gilt der jüdischen Gemeinschaft in Halle, die das eigentliche Ziel der feigen Tat gewesen ist.

Magdeburg, den 10. Oktober 2019



Festveranstaltung zum 70. Jahrestag der Gründung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, begleitet von Matthias Marggraff alias Prypjat Syndrome mit seinem Elektrocello

Festveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge

Nicolas Bertrand

Am 11. September 1949 wurde ein erstes Mahnmal auf dem Gelände des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge¹ eingeweiht. Der Grund für die Errichtung dieser Gedenkstätte in Langenstein ist im Protokoll der Kreistagssitzung des Kreises Wernigerode vom 11. Mai 1948 explizit erläutert. Es sollte in erster Linie darum gehen, „den dort liegenden Toten durch die Errichtung eines Mahnmals die ihnen gebührende Ehrung zuteilwerden zu lassen“². Im Rahmen der geplanten Baumaßnahme sollten die Gräber (sowohl die Massen- als auch die Einzelgräber) eingefasst werden. Der Antrag zur Bewilligung der dafür erforderlichen Zuschüsse in Höhe von 5.000 RM wurde vom Kreistag des Kreises Wernigerode einstimmig angenommen, nachdem der Kreistagsvorsitzende





Eine Szene aus der filmischen Zeitreise: Der Umbau des Mahnmals, 1967

Folgendes erklärt hatte: „Weitere Ausführungen erübrigen sich hier wohl, denn wir alle wissen, daß wir in der Nazizeit eine große Anzahl Ausländer beschäftigt haben, so daß wir auch dem Ausland gegenüber in dieser Hinsicht beweisen, daß wir gewillt sind, alles zu tun, um zu verhindern, daß solche Vorgänge, wie sie in der Nazizeit üblich waren, sich wiederholen“³.

70 Jahre später ist durch den Einsatz des Gedenkstättenpersonals und zahlreicher engagierter Bürgerinnen und Bürger aus der Gedenkstätte ein internationaler Ort des Erinnerns, der historisch-politischen Bildung und der historischen Forschung geworden. Am 11. September 2019 lud die Gedenkstätte um 16 Uhr zu einer Festveranstaltung in einen Hörsaal der Hochschule Harz in Halberstadt ein und konnte 200 Gäste willkommen heißen. Nach der Begrüßung durch Professor Folker Roland, Rektor der Hochschule Harz, hielt Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, eine Rede, in der er unter anderem über die letzten Entwicklungen hinsichtlich eines Besucherzugangs zum Stollensystem berichtete, der ein grundlegendes und unverzichtbares Element zur Weiterentwicklung der Gedenkstätte darstellt: „Während der diesjährigen Gedenkveranstaltung [im April 2019 – Anm. d. Verf.] aus Anlass der

Lagerbefreiung durch US-amerikanische Truppen hat Staatsminister Robra, Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur, eingestanden, dass die Privatisierung des Stollensystems nach 1990 ein schwerer Fehler gewesen ist. Die Landesregierung hat erklärt, dass sie das Anliegen des Fördervereins und der Stiftung im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt. So wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich u.a. mit der Frage befasst, ob ein Ankauf des Areals durch das Land infrage kommt oder nicht. Eine eindeutige Antwort darauf gibt es jedoch nicht, weil das vorliegende Verkehrswertgutachten nicht die Höhe der erforderlichen Mittel berücksichtigt, um das Stollensystem dauerhaft zu sichern. Die Kosten dafür sind derzeit kaum abschätzbar. Unabhängig von einem möglichen Grundstückserwerb zielen die Aktivitäten des Landes darauf ab, die ‚derzeitige Nutzung möglichst im Rahmen einer Vereinbarung mit einem neuen Eigentümer fortzuführen‘. Vor diesem Hintergrund will sich das Land mit dem Bund als ehemaligem Eigentümer ‚ins Benehmen setzen‘. Die Hoffnung ist, ihn dazu zu veranlassen, das Objekt erneut zu erwerben und dem Land Teile davon zur Verfügung zu stellen. Ob es zu dieser oder einer anderen Lösung im Sinne der Gedenkstätte kommt, wird sich zeigen. Ich bin optimistisch, dass es mit weiterer Unterstützung des Landes und der Stadt Halberstadt gelingen wird, den Zugang zum Stollensystem dauerhaft zu sichern.“

Nach den Worten des Stiftungsdirektors bereicherte Matthias Marggraff alias Prypjat Syndrome mit Klängen seines elektronischen Violoncellos die Veranstaltung in Form eines kleinen Konzerts.

Anschließend moderierte Gedenkstättenleiter Dr. Nicolas Bertrand eine filmische Zeitreise durch 70 Jahre Gedenkstätten Geschichte. Filmsequenzen von einer Gedenkveranstaltung am 1949 eingeweihten Mahnmal, der Umgestaltung der Gedenkstätte zwischen 1967 und 1969, vom Gedenken in der Zeit der Deutschen Demokratischen Republik, von Treffen ehemaliger Häftlinge mit Schülerinnen und Schülern und Aktionen der „Gruppe der 2. Generation“ wurden auf zwei Leinwänden vorgeführt und durch Erläuterungen zum historischen Kontext ergänzt. In Anwesenheit des Regisseurs Dr. Karl Heinz Leonhardt wurde außerdem der Kurzfilm „Im Tal der Zwieberge“ gezeigt. Mit diesem Werk aus dem Jahr 1971 wollte sich der Regisseur von den damals üblichen Filmen unterscheiden, die seiner Meinung nach durch eine emotionsfreie Aufzählung wiederkehrender Veranstaltungen mit Blasmusik und politischen Reden geprägt waren. Sein Amateurfilm stellte somit den Versuch einer anderen Betrach-



tungsweise dar und war kein Auftragsfilm der SED. Dennoch wurde er 1971 als „Bester Amateurfilm der DDR“ ausgezeichnet und in verschiedenen Ländern Ost- und Westeuropas aufgeführt.

Mit individuellen Gesprächen während eines kleinen Empfangs fand die Veranstaltung ihren Abschluss.

Anmerkungen

- 1 Von April 1944 bis April 1945 mussten die Häftlinge des Außenlagers Langenstein-Zwieberge unter mörderischen Arbeits- und Lebensbedingungen ein Stollensystem graben und ausbauen. Von den 7.000 Inhaftierten starben ca. 2.000 in der Lagerzeit und weitere ca. 1.500 während des Todesmarsches bis Ende April 1945.
- 2 Protokoll über die 11. Tagung des Kreistages am 11. Mai 1948, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg, K 13 Wernigerode, Nr. 9.
- 3 Ebenda.



Bis Juli 2019 komplett: Die Widmungstafel aus Polen (Mitte), umgeben von zwei anderen Widmungstafeln aus Frankreich (im Bild links) und den USA in der Gedenkstätte Gardelegen

Entwendete Erinnerung. Zum Diebstahl einer Widmungstafel für die Ermordeten des Massakers von Gardelegen

Andreas Froese

Montag, 22. Juli 2019, frühmorgens in Gardelegen: Am wolkenlosen Himmel über dem Außengelände der Gedenkstätte geht die Sonne auf. Ein schöner Sommertag bricht an. Doch die Mitarbeitenden der Gedenkstätte machen an diesem Morgen eine unfassbare Entdeckung: An der Fassade einer Mauerwand unweit des historischen Tatorts des Feldscheunen-Massakers vom 13. und 14. April 1945¹ fehlt eine der drei internationalen Widmungstafeln für die Ermordeten des Todesmarschverbrechens. Die Spuren vor Ort sind deutlich sichtbar: Die Steintafel, die eine polnische Delegation der damaligen Mahn- und Gedenkstätte bei einem Freundschaftsbesuch im September 1969 übergeben hatte, wurde gewaltsam aus ihrer Verankerung in der Mauerwand gelöst. Reste der zerstörten Metallverschraubungen hängen noch lose in der Wand. Nur ein kleines





Historische Ansicht des ersten Standortes: Die beiden Widmungstafeln am Sockel der Gedenkmauer am früheren Standort der Isenschribber Feldscheune (Bildmitte), um 1975

Bruchstück des entwendeten Gedenkzeichens liegt auf dem Boden. Der Rest der Stein-
tafel fehlt. Schnell verständigen die Mitarbeitenden der Gedenkstätte die Polizei, die
kurz darauf vor Ort eintrifft und die vorgefundenen Spuren siehtet.

Der an diesem Morgen entdeckte Vorfall ist ein markanter Einschnitt in der jüngeren Ge-
schichte der Gedenkstätte Gardelegen. Es handelt sich um den ersten Übergriff auf ein
Gedenkzeichen im Außengelände seit den beiden Schändungen des Ehrenfriedhofes
im Oktober 2012 und im Januar 2013. Damals hatten Unbekannte 18 Metallkreuze
mitsamt der Einfassungen aus den Gräbern herausgerissen und sie auf der benachbar-
ten Rasenfläche zu einem großen Hakenkreuz zusammengelegt. Diese Schändungen
hatten bundesweit für Aufmerksamkeit und Empörung gesorgt und sind seitdem auch
nicht vergessen.² Da die beiden Taten von 2012 und 2013 offiziell als politisch mo-
tivierte Kriminalität mit rechtsextremem Hintergrund gelten, wurde das Gelände der
Gedenkstätte mit einer Videoüberwachung ausgestattet und in die polizeiliche Sicher-
heitskategorie der landesweit 22 „gefährlichen Orte“ aufgenommen.³ Seitdem hatte
sich dort bis zum Diebstahl der Widmungstafel im Juli 2019 kein neuer Vorfall ereignet.

Knapp 50 Jahre befand sich die entwendete Tafel auf dem Gelände der Gedenkstätte. Sie zeugt vom Besuch einer Delegation von Wasserbauingenieuren und -arbeitern im September 1969, der damals offiziell zur Stärkung der sozialistischen Freundschaft auf Bezirksebene zwischen der DDR und Polen gewürdigt wurde. Die auf Polnisch verfasste Aufschrift widmete die Tafel „den Opfern des Faschismus“ – ein genereller Widmungsanspruch, der sich an diesem historischen Gedenkort insbesondere auf die Ermordeten des Feldscheunen-Massakers vom 13. und 14. April 1945 bezog. Viele der in Gardelegen ermordeten KZ-Häftlinge stammten aus Polen.

Zunächst bekam die Tafel einen hervorgehobenen Präsentationsort direkt an der Gedenkmauer, die Anfang der 1950er Jahre am Standort der Feldscheune angelegt worden war. Später wurde sie umgesetzt und zusammen mit zwei weiteren Widmungstafeln an der Innenseite einer benachbarten Mauerfassade auf dem Gelände angebracht: neben der Tafel eines französischen Verbands ehemaliger KZ-Häftlinge und der Tafel von einer Veteranenvereinigung der 102. US-Infanteriedivision, deren Angehörige den Tatort des Massakers in der Isenschribber Feldscheune am 15. April 1945 entdeckt hatten. Dies ist ein Ort, an dem sie bis zu ihrer Entwendung ebenfalls öffentlich wahrgenommen wurde: Bis zuletzt lagen immer wieder frische Blumen und Grablichter vor der Mauer im Bereich der polnischen Widmungstafel.

Entsprechend deutlich fielen auch die öffentlichen Reaktionen auf diesen Diebstahl aus. Lokale und überregionale Medien berichteten darüber.⁴ Die Nachricht von dieser Tat wurde in den sozialen Netzwerken wahrgenommen, kritisch diskutiert und verurteilt. Insbesondere aus Polen gingen sorgenvolle Anfragen bei der Gedenkstätte Gardelegen ein, die sich nach dem näheren Hintergrund erkundigten. Und auch eine Delegation der Amicale Internationale KZ Neuengamme und der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme, beides Verbände ehemaliger KZ-Häftlinge und ihrer Familienangehörigen, die im September 2019 die Gedenkstätte Gardelegen besucht hatten, verurteilten die Tat als einen Angriff auf das Andenken an die Ermordeten und auf die erinnerungskulturelle Arbeit vor Ort in Gardelegen: „Gedenken muss auch immer wieder verteidigt werden. Es spricht viel dafür, dass es sich bei dieser Tat nicht um irgendeine Form von Diebstahl oder Vandalismus handelt.“⁵

Inwiefern ein politischer Hintergrund besteht, bleibt der Klärung durch zukünftige Ermittlungen vorbehalten. Überraschend war, dass die Mitarbeitenden der zuständigen Polizeibehörde in Gardelegen diese Frage dennoch zunächst nicht prüfen und den



Vorfall lediglich als Diebstahl zur Anzeige aufnehmen wollten. Erst auf beharrlichen Nachdruck der örtlichen Gedenkstättenleitung erklärten sie sich bereit, die Anzeige entsprechend auszuweiten.

Die nun klaffende Lücke an der Stelle der entwendeten Widmungstafel zeigt den Besucherinnen und Besuchern, dass es leider auch in Sachsen-Anhalt Vandalismus in Gedenkstätten gibt. Inzwischen hat die zuständige Staatsanwaltschaft Stendal im März 2020 ihre Ermittlungen bis zur Entdeckung weiterführender Hinweise vorläufig eingestellt. Doch die Sorgen in der Öffentlichkeit vor schwindendem Respekt gegenüber dem Andenken an die im Nationalsozialismus Ermordeten und um den notwendigen Schutz der Gedenkstätten bleiben innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen weiterhin bestehen.

Anmerkungen

- 1 Beim Massaker in der Isenschnibber Feldscheune am Stadtrand von Gardelegen wurden in der Nacht vom 13. zum 14. April 1945 insgesamt 1.016 KZ-Häftlinge aus dem KZ-Außenlager Hannover-Stöcken und aus mehreren Außenlagern des KZ Mittelbau ermordet. Zuvor waren sie in mehreren Räumungstransporten und auf Todesmärschen in die Altmark getrieben worden.
- 2 Vgl. dazu Hakenkreuz auf der Gedenkstätte, Altmark-Zeitung vom 15.01.2013; 42 Schriftzüge und Symbole, Jüdische Allgemeine vom 04. 10.2013; Angriff auf die Erinnerung, Die Zeit vom 26.06.2019.
- 3 Vgl. dazu „Big Brother“ am Gräberfeld, Altmark-Zeitung vom 02.11.2013; Die gefährlichsten Orte in Sachsen-Anhalt, Volksstimme vom 27.04.2018; Gedenkstätte als gefährlicher Ort, Volksstimme vom 29.04.2018.
- 4 Vgl. dazu Gedenktafel gestohlen, Volksstimme Gardelegen vom 22.07.2019; Gedenktafel zerstört: Vandalismus auf Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe, Altmark-Zeitung vom 23.07.2019; „Diese Straftat ist verabscheuungswürdig“, Altmark-Zeitung vom 25.07.2019.
- 5 Granzow-Rauwald, Swenja: Für jedes einzelne Opfer ein würdiges Gedenken, online unter <https://reflections.news/de/besuch-in-gardelegen/> [Stand vom 23.04.2020].

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. Nicolas Bertrand ist Leiter der Gedenkstätte für Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Prof. Dr. Wolfgang Benz** ist emeritierter Professor für Zeitgeschichte. Er leitete bis 2011 das Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin. | **Dr. Daniel Bohse** ist Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. | **Gesine Daifi** ist pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte für Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Melanie Engler** ist Leiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin. | **Dr. Myriam Everard** arbeitet als freie Historikerin in Leiden (Niederlande). | **Andreas Froese** ist Leiter der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen. | **Judith Gebauer** ist pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg. | **Dr. Iris Groschek** verantwortet den Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Social Media der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen. | **Prof. Monika Grütters** ist Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. | **Dr. André Gursky** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Anne Kupke-Neidhardt** ist Mitglied im Vorstand des Vereins Zeit-Geschichte(n) e.V. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Lisa Lindenau** ist pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin. | **Michael Viebig** ist Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Prof. Dr. Moshe Zimmermann** ist einer der führenden Historiker Israels. Bis zu seiner Emeritierung 2012 war er Professor für deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem.

Fotonachweis

Titelbild: Denkmal für die Opfer des KZ-Außenlagers „Magda“ in Magdeburg-Rothensee; Foto: Kai Langer | S. 1/3: Stefanie Böhme | S. 13/14: Staatskanzlei / Peter Gercke | S. 16: Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt / atelier42 | S. 19: Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt / Manuel Pape | S. 43/46/48: BStU | S. 53/55/59: IAV-Sammlung im Atria, Institut für Emanzipation und Frauengeschichte in Amsterdam | S. 62/65: Juliane Bischoff | S. 66: Torsten Bau | S. 69: anboso | S. 74: Sammlung Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg | S. 76: Clara Tischer, Sammlung Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg | S. 83: Monika Rozmysłowicz | S. 86: Alternatives Jugendzentrum e.V. Dessau | S. 87/92: Sammlung Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin | S. 88: Sebastian Lehner / Kreatives | S. 94: Sammlung Gedenkstätte Bernburg | S. 96/110: Sammlung der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge | S. 98/113/114: Sammlung Gedenkstätte Gardelegen | S. 100: Thomas Ziegler, Stadt Halle (Saale) | S. 103: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) | S. 107: Kai Langer | S. 109: Anne-Christine Piechulik

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org

Redaktion: Kai Langer (verantw.) | Lukkas Busche | Gesine Daifi | Melanie Engler | Ute Hoffmann |
Michael Viebig

Gestaltung | Druck: laut wie leise, Halle | Quedlinburg Druck

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | Tel.: (035386) 60 99 75 | Fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
Tel.: (03471) 31 98 16 | Fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@erinnern.org
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | Tel.: (03941) 56 73 26 | Tel./Fax (03941) 30 248
mail: info-langenstein@erinnern.org | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

An der Gedenkstätte 1 | 39638 Hansesstadt Gardelegen | Tel.: (03907) 77 590 812 | Fax (03907) 77 590 820
Mail: info-isenschnibbe@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag: 09:00 bis 15:30 Uhr |
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr | Das Freigelände ist tags-
über zugänglich. | Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | Tel.: (0345) 470 698 337 | Fax (0345) 470 698 339
mail: info-roterochse@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | Tel.: (0391) 24 45 590 | Fax (0391) 24 45 599 9
mail: info-moritzplatz@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 09:00 bis 16:00 Uhr Donnerstag
09:00 bis 18:00 Uhr | Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | Tel.: (039406) 92 090 | Fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@erinnern.org | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | Öffnungszeiten Gedenkdenkmal Hötensleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

**Aufgrund der Corona-Pandemie bitten wir darum, sich auf der Webseite
über die aktuellen Öffnungszeiten zu informieren.**

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel.: (0391) 244 55 930 | Fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org
web: www.erinnern.org



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT